senschaft jener, die unter Freiheit die Freiheit zum zügellosen Gewinnstreben, zur Ausbeutung und Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit verstehen und den Besitzlosen die Freiheit überlassen möchten, unter Brücken zu schlafen, von der Karl Marx mit beißendem Hohn gesprochen hat. Wenn wir ihnen das Feld räumen würden, wäre der heroische Freiheitskampf der Berkiner, wäre unser Kampf um Deutschland und um die Menschheit verloren. Denn nicht die Bajonette der Westmächte, sondern nur die bessere Idee kann das Vordringen der östlichen Barbarci auf die Dauer verhindern. Diese bessere Idee ist die Freiheit, gezügelt vom Sittengesetz in der Brust des einzelnen, die im Mitmenschen den Bruder und nicht das Opfer zu sehen hat, und gebändigt durch das Gesetz des Staales, der Gerechtigkeit und das Wohl aller Bürger sich zur Richtschnur seines Handelns dienen lassen muß. Das ist die Freiheit, wie sie uns zu Beginn des Parteitages verheißungsvoll aus der unsterblichen Freiheitsmusik der Leonoren-Ouvertüre entgegenklang, die Freiheit, die allein die Menschheit aufwärtsführen kann im Sinne jenes Goethe-Wortes:

"Vergebens werden ungebund'ne Geister nach der Vollendung reinen Höhen streben. In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister, und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben."

Vorsitzender Gnoß: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Henßler.

Fritz Henßler, Dortmund: Ich bitte den Parteitag, damit einverstanden zu sein, daß nach der vorzüglichen Rede des Genossen Veit unmittelbar das Referat des Genossen Zorn kommt. Ich stelle den Antrag, weil ich glaube, daß ich diesen Wunsch gemeinsam mit dem Parteitag habe, daß die Diskussion sich nicht dem Gestern zuwendet, sondern dem Heute und dem Morgen. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Zur Geschäftsordnung hat das Wort die Genossin Krahnstöver.

Anni Krahnstöver, Kiel: Die außerordentlich tiefgreifenden und uns sehr erfreuenden Ausführungen des Genossen Veit berechtigen uns wohl alle zu der Annahme, daß sie es wert sind, in die weiteste Öffentlichkeit zu kommen. Wir stellen deshalb den Antrag, diese Rede sofort als Broschüre in großer Auflage der Partei zur Verfügung zu stellen. (Bravorufe.)

Vorsitzender Gnoß: Ich habe jetzt über zwei Anträge abstimmen zu lassen. Ich frage zunächst, ob gegen den geschäftsordnungsmäßigen Antrag des Genossen Henßler, jetzt das Referat des Genossen Zorn folgen zu lassen, Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Der Antrag der Genossin Krahnstöver wünscht die Drucklegung der Rede des Genossen Veit. Ich möchte auch diesen Antrag sofort erledigen. Ich glaube, aus dem Beifall schließen zu können, daß Sie dem Antrag zustimmen und der Parteivorstand danach gehalten sein wird, die Drucklegung der Rede des Genossen Veit möglichst sofort zu veranlassen. Ich glaube, daß dem irgendwelche Schwierigkeiten nicht im Wege stehen werden. Nunmehr hat das Wort Genosse Dr. Zorn.

## Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe

Dr. Rudolf Zorn, München: In der Juli-Nummer der Frankfurter Hefte unterzieht einer ihrer Herausgeber, Walter Dirks, die CDU und die SPD einer eingehenden Kritik; es ist keine bösartige, sondern eine besorgte Kritik, die helfen nöchte. Der CDU prophezeit der Verfasser, daß sie auseinanderfallen werde, wenn sie sich nicht im schlichten, christlichen Geist läutere, wenn sie sich nicht zu einem wirklichen Opfer durchringe. Von der SPD stellt er fest, sie wäre überaltert und

in manchem veraltet. Sie habe das Erbe des Marxismus verschleudert, statt es zu mehren; sie habe zwar Konzepte, aber kein Konzept. Ohne Konzepte aber könne man keine Geschichte machen, höchstens Geschichte erleiden. Er kommt zu dem Schluß, daß die SPD das schwere Kunststück vollbringen müsse, eine neue sozialistische Ordnung zu erkämpfen und zugleich den Staatsapparat zu bedienen. In der bisherigen Praxis habe die SPD über die Verantwortung für die Gegenwart häufig die Verantwortung für die Zukunft vergessen.

Genossen! Wenn wir ehrlich in uns gehen, müssen wir zugeben, daß in dieser Kritik etwas Wahres steckt. Es scheint in der Tat bisweilen so, daß wir keine richtungweisende politische Konzeption haben. Unser politisches und wirtschaftliches Ziel zeigt sich uns nur in nebelhaften Umrissen; es hat in entscheidenden Zügen noch keine klare Gestalt; es fehlt an der Vorstellung, wie die Ordnung unserer Gesellschaft in Zukunft aussehen muß, wenn wir das alte und doch ewig junge sozialistische Fernziel der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit verwirklichen wollen.

Wenn unsere Funktionäre in den Versammlungen draußen im Land von unserer Zukunft reden, dann tun sie es allzuhäufig im Stil und mit dem Rüstzeug des Erfurter Programms vom Jahre 1891. Sie sprechen nach überalterten Schablonen von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, von der totalen Planwirtschaft und bieten damit nur einen verdünnten Aufguß der kommunistischen Rezepte. Die Massen aber fühlen, daß bei einer solchen Agitation etwas nicht mehr in Ordnung ist, daß Theorie und Praxis nicht mehr übereinstimmen; und viele verlassen unbefriedigt, unaufgeklärt und voller Zweifel solche Versammlungen. Was vor 57 Jahren, als das Erfurter Programm herauskam, noch revolutionär war und als Ziel in weite Ferne gerückt schien, das ist heute dank der unermüdlichen Arbeit und dank der Schlagkraft unserer Partei Wirklichkeit geworden. Es gilt daher heute, neue Aufgaben zu stellen und neue Ziele zu stecken; das haben wir in den letzten Jahrzehnten leider versäumt und dadurch an zukunftsträchtiger Spannung verloren. Wir sind völlig in den Gegenwartsaufgaben aufgegangen. Wir haben in kleinen Bereichen reformiert, wir haben für soziale Verbesserungen gekämpft, wir sind immer und überall für die Freiheit und für die soziale Gerechtigket eingetreten. Aber wir haben bei unserer politischen Arbeit zwei Versäumnisse begangen: Über der Sorge um eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes haben wir die Gestaltung der wirtschaftlichen Produktion der bürgerlichen Rechten überlassen, und wir haben das Zukunftsbild der neuen Ordnung den Kommunisten ausgeliefert. So sind wir in diesen zwei wichtigen Bereichen wirkungslos geblieben.

Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir diese Versäumnisse nachholen. Wir müssen uns um die Neugestaltung des ganzen Lebens kümmern, nicht bloß um Ausschnitte daraus. Wir müssen uns ein Bild von dieser Zukunft machen, an dem sich unsere Abgeordneten in den Parlamenten, unsere Bürgermeister in den Gemeinden und unsere Minister in den Regierungen bei ihrer praktischen Arbeit orientieren können. Dieses Bild müssen wir uns erarbeiten; wir müssen die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Erscheinungen und ihre funktionalen Zusammenhänge mit wissenschaftlicher Genaulgkeit untersuchen und auf Grund des Untersuchungsergebnisses unsere politischen Aktionen entwickeln. Es genügt nicht mehr, mehr oder weniger imaginäre Forderungen zu erheben; wir müssen darauf achten, daß unsere Forderungen in der Praxis auch verwirklicht werden können; und wir müssen den festen Willen haben, diese Forderungen auch in die Tat umzusetzen, wenn wir Gelegenheit dazu haben. Das ist die Arbeitstechnik, die wir auf allen Gebieten anwenden müssen. Dies hatte wohl auch August Bebel im Auge, als er das Wort prägte, das dem ersten Eindruck befremdend und lächerlich erscheint: "Sozialismus wäre auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft." Wo eine solche Arbeitstechnik fehlt, da fehlt es immer auch an der nüchternen Erkenntnis der Wirklichkeit, da beherrschen Vorurteile und Schlagworte das Feld. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Vorurteile beseitigt, daß die Herrschaft der Schlagworte eingedämmt wird und daß auch der Laie versteht, was wir in Praxis wollen.

Es fehlt heute auf allen Gebieten, besonders aber auf dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen, an klaren Vorstellungen; darum sind gerade diese Gebiete der bevorzugte Tummelplatz der Schlagworte. Wenn zehn Wissenschaftler das Wort Kapitalismus verwenden, so haben kaum neun darüber die gleiche Vorstellung. Und wenn die Menschen vom Sozialismus reden, so sind die Anschauungen darüber nicht weniger bunt und verschiedenartig. Ja, nicht einmal die Anhänger des Marxismus haben über diesen die gleichen Anschauungen. Die Bolschewisten lassen nur den Leninismus und Stalinismus als einzig richtige Deutung gelten. Wir Sozialisten des Westens lehnen zwar diese Russifizierung des Marxismus ab, die heute für die Kommunisten der ganzen Welt Richtschnur und Modell ist; aber wir selber haben kein klares Marx-Bild geschaffen. Wir haben es, wie schon gesagt, fast ausschließlich den Kommunisten überlassen. Ja, wir haben sogar darüber gestritten, ob wir die Erbschaft des Karl Marx antreten wollen oder nicht. Dadurch haben wir dazu beigetragen, einen Glauben bei den Massen zu zerstören. Unsere Skepsis hat übersehen, welch ungeheure Anziehungskraft von den großen Männern einer Bewegung ausgeht. Wir sind keine junge Partei und wir sind in der glücklichen Lage, bedeutende Männer und Märtyrer zu haben. Pflegen wir ihr Gedächtnis; eine große Kraft wird unserer Bewegung aus dieser Pflege des Gedächtnisses zuteil werden! Es bedarf ja durchaus keiner Geschichtsklitterung, um zu beweisen, daß das große Ziel, das Karl Marx vorgeschwebt hat, heute noch seine Leuchtkraft nicht verloren hat und daß die Impulse seines Wollens auch noch unsere Impulse sind, gerade well wir wissen, daß sein letztes Ziel die Freiheit war und nicht die Vergottung des Staates und die Verknechtung des Individuums. Seine Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles sind allerdings gerade so zeitbedingt, wie es die Produktionsverhältnisse waren, die er kennengelernt hat. Sein Werk ist wohl in weiten Teilen veraltet. Aber es finden sich auch bedeutende Teile darin, die noch so lebendig und frisch sind, wie wenn sie heute geschrieben worden wären. Es wäre daher eine dankenswerte und gleichzeitig eine propagandistische Aufgabe erster Ordnung, aus dem Gesamtwerk des Karl Marx das herauszuschälen, was heute noch lebt. Es ist für uns ohne Belang, ob seine Mehrwertlehre richtig ist oder nicht, ob sich seine Theorien über die Akkumulation des Kapitals und über die Verslendung der Massen bewahrheitet haben oder nicht; seine Auffassungen hierüber waren bedingt und begrenzt durch die wissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Zeit. Wollte man ihm dies zum Vorwurf machen — es wäre gerade so, wenn man den James Watt, den Erfinder der Dampfmaschine, tadeln wollte, weil er seine Maschine vor 180 Jahren nicht nach den letzten Modellen von 1948 konstruiert hat. Wir wollen von Karl Marx nicht retten, was zeitbedingt ist; dies hätte niemandem ferner gelegen als ihm selber, dem Schöpfer einer dynamischen Wirtschaftsaussassung. Er lebt als der Begründer einer großen Bewegung, als Begründer der Organisation der Arbeiterklasse, die der Welt ein anderes, sozialeres Gesicht gegeben hat; er lebt als der Prophet eines neuen Zeitalters der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, als der Schöpfer einer Denkmethode, die uns einen wichtigen Weg der Erkenntnis dazu wies.

In Zeiten der Unklarheit und der Wirrnis tut man gut daran, zu den Quellen zurückzugehen. Wir Sozialdemokraten werden zu den Anfängen unserer sozialistischen Bewegung zurückgehen und untersuchen, was diese groß und stark gemacht hat. In unseren Anfangszeiten war die Quelle unserer Stärke wohl der unerschütterliche Zukunftsglaube der Massen an eine Ordnung der Freiheit und Gerechtigkeit. Mit dem Schwinden dieses Glaubens ist die Kraft unserer Partei trotz zahlenmäßiger Zunahme der Mitglieder immer schwächer geworden; die Opferbereitschaft der Genossen hat immer stärker nachgelassen, bis schließlich der jämmerliche Zusammenbruch im Jahre 1933 erfolgte. Es war vor 15 Jahren nicht bloß der äußere Zusammenbruch unserer Organisation, sondern auch der Zusammenbruch unserer Ideale, unseres Glaubens. Es war die Krise des Marxismus. Bereits in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, in denen die Frage der Sozialisierung in ein akutes Stadium getreten war, regten sich bei manchen Sozialisten, und nicht den schlechtesten, die Zweifel, ob diese Vergesellschaftung der Produktionsmittel wirklich das

Allheilmittel für eine bessere Zukunft sei. Karl Marx und seine Interpreten waren, wie Sie wissen, der Meinung, daß das Gesellschaftselgentum an den Produktionsmitteln die Ausbeutung der besitzlosen Lohnarbeiterschaft beseitige, eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts schaffe und automatisch die Konkurrenzwirtschaft durch eine Planwirtschaft ersetze. Es war Marx nicht vergönnt, Erfahrungen über die praktische Auswirkung seiner Vorschläge zu machen. Wir dagegen haben diese Erfahrungen gemacht. Wir wissen heute aus dem bolschewistischen Beispiel, daß durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel die Schattenseiten der kapitalistischen Ordnung durchaus nicht beseitigt werden, daß durch sie weder die Freiheit noch die sozlale Gerechtigkeit verwirklicht werden. Diese Erkenntnis hindert uns nicht daran, festzustellen, daß die Überführung bestimmter Produktionsmittel in Gemeineigentum zumindest eine politische Notwendigkeit erster Ordnung ist. Um die Wirtschaft der Gesellschaft neu zu ordnen, dazu ist allein die Planung und Lenkung dieser Wirtschaft nötig. Nur dadurch sind bestimmte Ziele auf dem Gebiet der Produktion und der Verteilung zu erreichen, Für die Planung und Lenkung ist es aber völlig gleichgültig, ob ein Unternehmen in Gemeineigentum steht oder ob es Privaten gehört. Die Leiter der Unternehmen haben sich auf jeden Fall den Lenkungsanweisungen zu fügen, ob sie nun einem sozialisierten oder einem staatlichen Betrieb vorstehen. Solche Gedankengunge erschienen noch vor 30 Jahren als ein gröblicher Verstoß gegen die reine Lehre des Marxismus. Man glaubte zwar schon lange nicht mehr an sie, aber man hatte nicht den Mut, es auszusprechen. Ahnlich ging es mit der Forderung des Karl Marx, daß allein die Diktatur des Proletariats die klassenlose Geschlschaft herbeizuführen vermöchte. Marx lebte bekanntlich in einer teils reaktionär-monarchistischen, teils bürgerlich-kapitalistischen Zeit. Die Erkämpfung der Freiheit schien ihm nur dadurch möglich, daß das Proletariat, also die Unfreien, zur herrschenden Klasse würde. Marx hat sich keine Gedanken darüber gemacht, wer die Diktatur des Proletariats ausüben soll. Wir aber machen uns diese Gedanken; denn wir wissen, daß die Massen die Diktatur nicht selber ausüben können, sondern nur einzelne; und so ist die Diktatur in der Geschichte immer zu Willkur und zum Mißbrauch der Macht geworden. Gerade das bolschewistische Beispiel zeigt uns, daß die sogenannte Diktatur der Arbeiterklasse zur unbeschränkten Herrschaft über die Arbeiterklasse geworden ist. Der Begriff "Diktatur", gleichgültig, woher sie kommt, ist uns heute immer verdächtig, weil wir eben in den letzten 100 Jahren Erfahrungen gemacht haben, die Marx nicht machen konnte. Dies wußten wir alle; und noch manche andere berechtigte, sich aus den Realitäten des Lebens ergebende Zweifel an den Lehren des Marxismus hatten wir Sozialdemokraten in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg; aber wir sprachen sie nicht aus. Unsere Partei nahm nie Stellung dazu. Dadurch entstand eine gewisse Unsicherheit in der Partei, die ihr die Stoßkraft nahm. Heute dagegen bekennen wir, daß unser Zielfeststeht wie je. Es ist noch das gleiche, das Marx proklamiert hat, nümlich - ich zitiere - "eine Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Über die Frage allerdings, wie dieses Ziel zu erreichen ist, sind die Anschauungen des Karl Marx nicht mehr unsere Anschauungen.

Leider haben wir die Ideen des Karl Marx nicht weiter entwickelt; wir hatten zwar eine hervorragende Marx-Exegese, die jeden Winkel seiner Lehre durchleuchtet hat. Aber sie brachte uns das große Ziel, das Karl Marx aufgestellt hat, nicht näher. Theorie und Praxis gingen völlig getrennte Wege. Die Ideologie, die man vertrat, wurde nicht im läuternden Feuer praktischer Verwirklichung geprüft. In der Theorie war man für das Klassenkampf-Ideal, in Praxis für die gütlichschiedliche Klassenauseinandersetzung. Man trat in Theorie nach wie vor für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein; in Praxis war man für Kommunalisierung, Verstaatlichung und den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb; und der Genosse Schreinermeister wollte überhaupt nicht viel von der Vergesellschaftung seiner Schreinerei wissen. Kurz und gut, die tägliche Praxis söhnte sich immer mehr mit dem herrschenden System aus und machte ganz gern ihre Geschäfte mit ihm. Die Folge dieses Zwiespalts war eine gewisse politische Unsicherheit unserer

Partei, die ihren besonderen Ausdruck in der Zerfahrenheit der Weimarer Zeit fand, und ferner eine weitgehende Zerstörung des Glaubens der Masse an die Kraft der sozialistischen Idee. Besonders unsere jungen Genossen empfinden es daher heute befreiend, wenn die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis einfach dadurch gelöst werden, daß man kurz entschlossen allen theoretischen Ballast früherer Jahrzehnte, der die Feuerprobe des praktischen Lebens nicht bestanden hat, über Bord wirft.

Die Menschen von heute gehen über die vielen Dutzende von Definitionen und Theorien, die man einst über den Sozialismus aufgestellt hat, einfach zur Tagesordnung über. 261 verschiedene Begriffsbestimmungen darüber hat der Engländer Griffith vor 25 Jahren in einem Buch zusammengestellt. Es kommt heute nur darauf an, ob eine Theorien die Kraft gehabt hat, die Menschen zu bewegen, und ob sie diese Kraft heute noch hat. Diese Kraft hat keine einzige der vielen Theorien über den Sozialismus gehabt, außer der marxistischen. Alle anderen Lehren haben nur Sekten hervorgerufen. Selbst der sogenannte katholische Sozialismus, der sich im wesentlichen auf die päpstliche Enzyklika "Quadrogesimo Anno" gründet und auf eine weitgehende Verwendung der marxistischen Theorie stützt, ist keine Volksbewegung gewonden; wäre es ihm gelungen, den politischen Katholizismus in Deutschland zu prägen, es stünde wohl besser um unser Land. Die päpstliche Enzyklika ist bekanntlich nur eine Empfehlung an die Gläubigen und wird in Praxis kaum befolgt.

Im Gegensatz zu diesen Erscheinungen hat die marxistische Lehre auch heute noch trotz der Änderung der Verhältnisse die Kraft, die Massen zu bewegen. Wir dürfen sie nur nicht erstarren lassen; wir müssen sie ständig weiter entwickeln und sie ständig den gegebenen Verhältnissen anpassen. Dies ist ja auch ganz im Sinne des Karl Marx, denn es gibt kein Passepartout einer überall anwendbaren, all-gemeinen historisch-philosophischen Theorie, so sagt Marx selber einmal, deren

größte Tugend es sei, sozusagen überhistorisch zu sein.

Das Bild, das sich heute die Sehnsucht der Massen nach einer besseren und gerechteren Ordnung macht, ist ein anderes geworden, als es ehedem war. Die Menschen, und besonders die Jugend von heute, sind völlig voraussetzungslos, untheoretisch und undogmatisch. Programme und Manifeste haben kein Gewicht mehr; Geltung hat nur noch, was verwirklicht wird. Bei vielen Diskussionen und Unterhaltungen habe ich immer wieder die Beobachtung gemacht, daß den jüngeren Menschen gar nichts an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und an der Planwirtschaft liegt, wenn diese Institutionen keine Besserung der wirtschaftlichen, politischen und geseilschaftlichen Lage bringen oder gar, wenn ihre Lage hierdurch noch verschlechtert würde, wie dies so viele Menschen aus eigener Anschauung in Sowjetrußland erlebt haben. Überhaupt stehen gerade die jüngeren Menschen allen kollektivistischen Gedankengängen sehr skeptisch gegenüber. Sie wissen, daß gegenüber dem Kollektiv, hinter dem die Autorität der ganzen Gesellschaft steht, die individuellen Fonderungen viel schwieriger zu vertreten und zu verteildigen sind, als einem Privatmann, einer privaten Gesellschaft oder dem demokratischen Staat gegenüber. Sie wissen auch aus Erfahrung, daß es in den autoritären Staaten überhaupt keine Individualrechte mehr gibt, daß es keine der vielen Freiheiten der liberalen Verfassungen gibt, daß die Arbeiter kein Streikrecht haben, daß es keine Verwaltungsgerichte gibt, die die Verwaltungsakte des Staates der richterlichen Nachprüfung unterziehen und das Individuum gegen dessen Übergriffe schützen. Wäre die sozialistische Ordnung nur eine Zwangsordnung, die das Individuum der Gesellschaft unterwirft, so würden wohl die meisten Menschen der westlichen Zonen nichts vom Sozialismus wissen wollen; denn sie lehnen es ab, nur Mittel des Kollektiys, des Staates zu werden, um diesen Staat möglichst leistungsfähig zu machen, wie dies in der östlichen Ordnung der Fall ist.

Bei allen Unterhaltungen über den Sozialismus kristallisieren sich die Gespräche immer um die gleichen vier Kernforderungen, die ohne Zweifel wesentlich und

unabdingbar für die Neuordnung sind. Man erhebt:

- 1. Die Fonderung eines gerechten Lohns und wirtschaftlicher Sicherheit.
- Die Forderung der demokratischen Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht.
- 3. Die Forderung der gleichen Chance für jedermann,
- 4. Die Forderung der Konsumfreiheit.

Zu 1. Wir wissen alle, daß man darüber streiten kann, was gerechter Lohn ist. Sicher aber ist, daß der Anteil der Arbeit am Ertrag der Wirtschaft solange ungerecht ist, als es hierdurch noch Proletariat als Klasse in einer Klassengesellschaft gibt, solange es noch eigentumslose Lohnarbeiter gibt, die nichts anderes haben als ihre Arbeitskraft. Damit ist nicht gesagt, daß die Lohnarbeit abgeschafft werden solle, wie es noch Marx gefondert hat, oder daß der materielle Antrieb zur Arbeit unter allen Umständen durch ideelle oder kollektive Antriebe ersetzt werden müsse. Dies dürfte in Praxis wohl sehr schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich sein. Jedenfalls haben die Versuche, die damit in Sowietrußland gemacht wurden, diese Anschauung zumindest als sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Da diese Versuche mißlungen sind, haben die Bolschewisten Lohndifferenzen eingeführt, wie es sie in keinem kapitalistischen Land der Erde mehr gibt. Nicht die Abschaffung der Lohnarbeit, sondern der gerechte Anteil der Arbeit am Ertrag der Volkswirtschaft scheint mir die Forderung der Zeit zu sein. Diese Forderung wird auch von der katholischen Sozialethik erhoben. Gerade diese ist es auch, die alle Einwendungen, daß hierdurch häufig die Lebensfähigkeit der Unternehmen gefährdet würde, kurzerhand zurückweist mit der Forderung, daß eben dann entsprechende organisatorische Maßnahmen durchgeführt werden müßten, um dies zu verhüten.

So wichtig ein gerechter Lohn für die Neuordnung der Gesellschaft ist, so ist dieser doch noch nicht ausreichend, um den Arbeitern und Angestellten auch wirtschaftliche Sicherheit zu geben. Diese wirtschaftliche Sicherheit oder, mit anderen Worten, die Beseitigung der ständigen Bedrohung der Arbeiter und Angestellten mit Wirtschafskrisen und mit Arbeitslosigkeit muß das A und O einer sozialistischen Neuordnung sein. Es ist unmöglich, die Massen für ein demokratisches System zu gewinnen, wenn dieses nicht in der Lage ist, eine Politik der Vollbeschäftigung zu treiben. Dieses Problem der Vollbeschäftigung oder des Rechts auf Arbeit macht - auch darüber müssen wir uns im klaren sein - tiefe Eingriffe nötig, nicht nur in die Produktion und Investition, sondern unter Umständen auch in das Privatieben der Arbeiter und Angestellten. Sie setzt eine staatliche Investitionskontrolle voraus, die Tempo und Richtung der Produktion bestimmt, sie muß Preise und Löhne überwachen, sie erfordert die Lenkung des Arbeitseinsatzes. Die Lösung dieses Kardinalproblems der Neuordnung ist in einer zügellosen Marktwirtschaft, die heute wieder ihre föhliche Urständ feiert, zweifellos unmöglich. Zur Lösung dieses Problems bedarf es aber auch nicht der totalen Planwirtschaft, wie Professor Röpke und die Neu-Liberalen behaupten. Röpke stützt diese Behauptung auf die Erfahrungen, die man in Nazideutschland und in Sowjetrußland gemacht hat. Aber diese Beispiele sind nicht stichhaltig. Die Ursachen des Zwangs in diesen Ländern waren und sind weniger wirtschaftlicher als vielmehr politischer Natur. Die nazistische Planwirtschaft diente allein der politischen Macht und der Kriegsindustrie, die bolschewistische nicht weniger. Voraussichtlich aber wird eine Lenkungswirtschaft, die lediglich die Erhöhung des Lebensstandands bezweckt, ganz anders verlaufen. Wir haben allerdings noch keine Erfahrung gesammelt, wie ein System von Lenkungsmitteln aussehen muß, um die Prinzipien der Freiheit und gleichzeitig der Sicherheit zu verwirklichen. Es ist jedoch bis jetzt nicht bewiesen, daß es unmöglich wäre. Im Gegentell, das englische Experiment scheint vielmehr den Beweis zu erbringen, daß dies sehr wohl möglich ist. Es wird Sache der Fachlcute, der Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker sein, den Politikern die Wege vorzuschlagen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. In Sowjetrußland wird die Vollbeschäftigung durch Arbeitszwang und durch Verschickung in Arbeitslager erreicht, in denen heute ebensoviele Menschen Sklavenarbeit verrichten, wie in der ganzen russischen Industrie Normalarbeiter beschäftigt sind. In der sozialistischen Neuordnung dagegen wird das Problem gelöst durch kreditpolitische Stützungsmaßnahmen, durch rechtlich geförderte Investitionsaufgaben, durch

Regulierung der Arbeitszeit und dergleichen mehr.

Zu 2. Was wir Sozialdemokraten von der Neuordnung in zweiter Linie fordern, ist die demokratische Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht. Das Problem der Teilnahme an der politischen Macht dürste im wesentlichen gelöst sein. In den letzten 150 Jahren sind die Menschen aus Untertanen zu Bürgern geworden, die durch ihre gewählten Vertreter an der politischen Macht teilhaben. Zwar befindet sich unsere heutige parlamentarische Demokratie, unsere gemeindliche Selbstverwaltung in einer Krise, und zwar dadurch, daß die wählenden Massen die gleichen Rechte haben, die einst nur die Elite hatte. Dies ist zwar eine Notwendigkeit, aber auch eine Gefahr; denn der Durchschnittswähler hat nun einmal weder die politische Bildung noch den politischen Instinkt, um nur einen Teil der politischen Verantwortung tragen zu können, die ihm die Verfassungen aufbürden. Dies gefährdet aber die Arbeitsfähigkeit der demokratischen Führer. Gerade in Zeiten der Not, wo es besonders auf Mäßigung und Klarheit des Urteils ankommt, folgen die Massen bekanntlich gerne jedem politischen Rattenfänger. In autonitären Ordnungen ist das Problem "Führer und Masse" gelöst, allerdings mit den Methoden der Gewalt; in den Demokratien ist es bis jetzt nicht gelöst. Aufgabe unserer Zeit ist es infolgedessen, neue Formen zu entwickeln, um einerseits die Massen an der politischen Willensbildung teilnehmen zu lassen und andererseits die Demokratie arbeitsfähig zu erhalten. Hierzu bedarf es einer unermüdlichen Erziehung der Menschen, einer ständigen Aufklärung, die bereits in der Schule einzusetzen hat, und später durch Funk, Presse und Film fortgesetzt wird. Die uns aus der Nazizeit so sattsam bekannte "Schulung", der immer etwas Gowaltsames, Tendenziöses anhaftet, und die von dieser Zeit her noch übel beleumundete Propaganda, die nichts anderes ist als offizielle Lüge, mögen durch ihre Methoden der Massenbeeinflussung Augenblickserfolge erzielen; Dauererfolge gewährleistet immer nur eine systematische Erziehung und sonst nichts. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Sozialismus in erster Linde ein Erziehungsproblem ist. Unseren Parteischulen, die nun allerorts eröffnet werden, kommt daher eine besonders wichtige Funktion zu.

Während das Problem der Beteiligung der Massen an der politischen Macht trotz des augenblicklichen Krisenzustands im allgemeinen als gelöst anzusehen ist, ist das Problem der Wirtschaftsdemokratie heute noch nicht gelöst. Wir wissen aus der Erfahrung der Weimarer Zeit, daß die politische Demokratie ohne Demokratisierung der Wirtschaft keinen Bestand haben wird. Die Wirtschaftsdemokratie fordert, daß der Arbeiter und Angestellte aus einem dem Betriebsleiter unterworfenen Wirtschaftsobjekt zu einem Wirtschaftsbürger wird, der diesem in Freiheit und Gleichberechtigung gegenübersteht. Wir haben in unserer Volks-wirtschaft etwa 70 Prozent unselbständige Existenzen. Diese sind acht Stunden täglich an ihren Arbeitsplatz gebunden, auf dessen Gestaltung sie im Grunde keinen Einfluß haben. Es ist ihnen bis jetzt nicht gestattet, an den Entschlüssen des Arbeitgebers, der autoritär über ihr wirtschaftliches Wohl und Wehe entscheidet, auch nur in bescheidenem Maß mitzuwirken. Die Arbeiter und Angestellten fordern daher, daß sie an der Leitung und Venwaltung der Betriebe teilhaben können. Dies heißt durchaus nicht, daß die Betriebsentscheklungen nach dem Mehrheitsprinzep durch Betriebsleiter und Betriebsrat gemeinsam gefällt werden sollen; denn dies wäre wohl nicht selten der Untergang des Betriebes. Die Demokratisierung der Betriebe fordert aber, daß die Arbeiter wenigstens in ihren ureigensten Angelogenheiten an der Verwaltung der Betriebe tellhaben sollen, daß sie iber die Betriebsvorgänge unterrichtet werden, daß sie gehört werden, und wor allem auch, daß sie die Betriebsleitung insoweit kontrollieren, ob diese ihre

volkswirtschaftliche Funktion erfüllt. Den Betriebsräten muß auch das Recht eingeräumt werden, unter gewissen gesetzlich normierten Voraussetzungen und nach einem gesetzlich geregelten Verfahren die Abberufung eines Betriebsleiters fordern zu können, wenn dieser seine sozialen und volkswirtschaftlichen Pflichten nicht erfüllt. Wir sind zu arm geworden, um um sehlechte Betriebsleiter und Landwirte leisten zu können. Alle diese Forderungen sind auch moralisch durchaus gerechtfertigt; denn der Arbeiter trägt auf dem Umweg des Arbeitsmarktes das Betriebsrisiko in gleicher Weise wie der Kapitalgeber; infolgedessen muß danach gestrebt werden, den Arbeiter möglichst eng mit dem Wohl und Wehe eines Betriebes zu verbinden.

Es gehört zur stolzen Tradition unserer Partel, daß sie bei allen Entscheidungen über diese Fragen immer in der ersten Linie mitgekämpft hat; und dieser Tradition wird unsere Partel auch in Zukunft treu bleiben.

Zu 3. Die dritte Forderung, die die Massen an die Neuordnung stellen, ist die der gleichen Chance für jedermann. Sie dans nicht verwechselt werden mit der Forderung der Gleichheit. Diese beiden Forderungen nach Gleichheit und nach der gleichen Chance schließen sich gegenseitig aus; denn die Einräumung der gleichen Chance führt infolge der ungleichen Anlagen der Menschen automatisch zur Ungleichheit. Die Forderung nach Gleichheit war bekanntlich der Kampfruf der Französischen Revolution. Damals verstand man darunter die politische Gleichheit, also die Gleichheit vor dem Gesetz. Diese ist heute in allen Kulturstaaten eine Selbstyerständlichkeit geworden. Anders verhält es sich mit der Gleichheit im wirtschaftlichen Bereich. Gar mancher ist der Meinung, die klassenlose Gesellschaft wäre ihre Erfüllung. Das ist allerdings ein Irrtum; denn die Forderung nach Gleichheit ist unerfüllbar; sie würde die Gleichheit der Menschen voraussetzen, die nun einmal nicht gleich sind. Die Forderung nach wirtschaftlicher Gleichheit wird daher auch kaum mehr erhoben. Mit um so stärkerer Intensität und Berechtigung wird aber die gleiche Chance für jedermann in Anspruch genommen. Diese gleiche Chance bedeutet, daß die Unterscheidung zwischen ausführender und leitender Arbeit nicht erblich sein darf, wie sie es in der kapitalistischen Ordnung ist; sie bedeutet, daß auch den Kindern der kleinen Einkommensempfänger der Weg zu den höchsten wirtschaftlichen und politischen Spitzen eröffnet wird, daß die Begabten auf Kosten der Allgemeinheit ausgebildet werden. Die kompromißlose Einräumung der gleichen Chance ist eine mächtige Waffe, um unser ganzes derzeitiges Gesellschaftsgefüge umzuordnen; denn die gleiche Chance schafft eine neue herrschende Schicht. Diese wird nicht mehr, wie bisher, durch die Größe des Vermögens und Einkommens, sondern nur durch Begabung und Leistung bestimmt. Damit würde die alte herrschende Klasse beseitigt und eine neue Elite geschaffen, eine wirklich demokratische Elite der Begabung und Leistung. Unsere alte Gesellschaftsordnung befindet sich in voller Auflösung; die alten Eliten sind nicht mehr da, neue sind im Werden. Es scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit zu sein, die Bildung einer neuen Elite mit allen Kräfien zu fördern; denn ohne Elite gibt es keine Zivilisation und keine Kultur. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht ganz interessant, festzustellen, wie sehr sich Sowjetrußland um die Schaffung einer neuen Elite bemüht, nachdem es seine alte Elite ausgemerzt hat. Die neue Elite Sowjetrußlands besteht allerdings aus den Partei- und Staatsfunktionären. Diese spielen bei den Sowjets eine so beherrschende Rolle, daß man sie heute bereits als eine neue Klasse, nämlich "die Klasse den Direktoren" anspricht. Schetverständlich kann es nicht der Sinn einer Neuordnung der Gesellschaft sein, eine neue Klasse mit alten Klassenprivilegien zu schaffen, was die Sowjets zur Zeit tun. Es ist im wohlverstandenen Interesse jeder Gesellschaftsordnung gelegen, ihren Eliten keine Privilegien zu geben, sie ständig zu ergänzen und auszuwechseln. Nur dadurch wird eine Erstarrung des Gesellschaftsgefüges verhütet, und nur dadurch kommt das Prinzip der gleichen Chance, das Prinzip der Leistung und Begabung wirklich zur Herrschoft.

10 Protokoll 145

Zu 4. Die vierte Forderung, die die Menschen an die Neuordnung stellen, ist die Konsumfreiheit. Man versteht darunter die Freiheit, kaufen zu können, was einem beliebt, und nicht, was eine staatliche Planungsstelle zu kaufen vorschreibt. Der Konsumzwang ist beim Westeuropäer nicht beliebt. In der heutigen Mangellage mag diese Forderung keine große Rolle spielen. Sie wird aber wieder eine Rolle spielen, wenn der dringendste Notbedarf der Menschen gedeckt ist. Es wäre sicherlich für den Westeuropäer schwer erträglich, wenn es in der sozialistischen Neuordnung das vielfältige Warenangebot der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr gäbe. Nun ist zweifellos die Konsumfreiheit nur im freien Markt möglich. Sie schließt aber durchaus nicht aus, daß der Markt gelenkt und manipuliert wird. Davon wird noch zu sprechen sein. Zweifellos wird es eines der Schwierigsten Probleme der gesellschaftlichen Neuordnung sein, Mittel und Wege zu finden, um auch in dieser die Konsumfreiheit zu ermöglichen.

Diese vier wirtschaftlichen Grundforderungen, deren Erfüllung sich der heutige Mensch von der sozialistischen Neuordnung erwartet, können mit den Mitteln, die uns die Altväter des Sozialismus gezeigt haben, nicht erreicht werden. Das Allheilmittel war für sie, wie schon gesagt, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Mit dieser allein kann keine einzige dieser vier Forderungen erfüllt werden. Insoweit diese Forderungen in die Struktur unseres derzeitigen Wirtschaftssystems eingreifen, sind sie nur zu verwirklichen durch eine entsprechende Lenkung der Wirtschaft. Es bedarf hierzu durchaus nicht der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln ist, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus geseh*e*n, eine zweitrangige Frage geworden, denn durch die Sozialisierung wird keine Tonne Kohle mehr gefördert als im Privatbetrieb; auch bringt die Sozialisierung allein noch lange keine Stärkung der Stellung des Arbeiters im Betrieb mit sich. Und trotzdem ist die Sozialisierung wenigstens gewisser Produktionsmittel ein Politikon erster Ordnung. Die Sozialisten von einst wollten im Anschluß an Karl Marx die ganze Wirtschaft vergesellschaften. Man ist jedoch, nicht zuletzt durch die Erfahrungen in Rußland, zu der Überzeugung gekommen, daß es volkswirtschaftlich geradezu schädlich sei, sämtliche Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft, des Staates, oder wer sonst dieses Kollektiv sein mag, zu überführen. Denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine solche Maßnahme nicht nur Initiative und Unternehmergeist, ohne die die Wirtschaft nun einmal nicht zu denken ist, stark beeinträchtigt und die Wirtschaft erstarren läßt, sondern daß sie auch zu einer Machtzusammenballung führt, die die menschliche Freiheit vernichtet und den Menschen zur Termite macht. Andererseits aber ist man sich darüber im klaren, daß es dringend nötig ist, die sehr kapitalintensive Grundindustrie und die monopolreife Industrie in Gemeineigentum überzüführen; denn wir wollen verhüten, daß die wirtschaftliche Macht, die in diesen Unternehmungen zusammengeballt ist, sich jemals wieder in politische Macht umsetzen kann, wie wir dies gerade im Deutschland der letzten hundert Jahre bis in die jungste Zeit hinein immer wieder erleben mußten. Selbstverständlich wollen wir auch nicht, daß an die Stelle des Privatmonopols einfach das Staatsmonopol oder ein anderes kollektives Monopol tritt; denn wir müssen auch verhüten, daß sich politische Macht in wirtschaftliche Macht umsetzt, wie etwa in Sowjetrußland. Wir wollen vielmehr die Aufsplitterung der Macht, und zwar nicht bloß der politischen, sondern vor allem auch der wirtschaftlichen. Dies erreichen wir dadurch, daß wir möglichst vielgestaltige Eigentumsträger für die vergesellschafteten Betriebe bilden. Als solche kommen in Betracht etwa die in Hessen vorgeschlagenen Sozialgemeinschaften, die Genossenschaften, die Gemeinden, der Staat oder auch Rechtsträger besonderer Art. In einem Fall jedoch läßt sich die Sozialisierung übrigens auch als eine wirtschaftliche, nicht bloß als eine politische Zweckmäßigkeit denken, und zwar dann, wenn es gilt. Investitionsaufgaben durchzuführen, die Private nicht durchführen können oder wollen. Hier hat die Gemeinschaft einzutreten. Die Frage, die anläßlich des Problems der Sozialisierung immer wieder gestellt wird, ist die: Wie wird im sozialisierten Betrieb gewirtschaftet? Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß auch der vergesellschaftete Betrieb wirtschaftlich, d. h. rechenmäßig geführt werden muß und genau so wie jeder Privatbetrieb rationell zu arbeiten hat. Sein Ziel ist nicht der Gewinn, sondern die Deckung des Bedarfes. Sollten trotzdem Gewinne gemacht werden, so fließen sie, wie es selbstverständlich ist, der Allgemeinhelt zu, oder sie dienen der Verbilligung des Produkts. Daß auch im sozialisierten Betrieb die demokratische Kontrolle unerläßlich ist und daß überhaupt die sozialisierten Betriebe in erster Linie dazu berufen sind, soziale Musterinstitute zu werden, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Wie wir Sozialdemokraten uns die Sozialisierung heute wünschen, kann nicht hesser ausgedrückt werden, als es in dem Brief geschehen ist, den der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Besatzungszone an die Abgeordneten des Landes Rheinland-Westfalen anläßlich der Debatte über die Frage der Sozialisierung des Bergbaues geschrieben hat. Hier heißt es: "Wir wünschen eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Eigentumsverhältnisse im Bergbau, freilich in einer Form, die eine möglichst unbürokratische Wirtschaftsführung, die Entfaltung kaufmännischer und technischer Initiative und weitgehend demokratischer Selbstverwaltung gewährleistet... Wesentlich ist, daß der Kohlenbergbau dem privatwirtschaftlichen Macht- und Gewinnstreben entzogen und öffentlichen Organen überantwortet wird. Diese Forderung ist nicht an bestimmte politische Doktrinen gebunden; sie ist vielmehr längst zu einem Anliegen aller Volkskreise geworden, die sich ernsthaft um eine sozlale Neuordnung bemühen. Wir wissen, daß unsere Auffassung von bedeutenden Männern des sozialen Katholizismus und Protestantismus geteilt wird. In der jungen Generation ist sie unbestritten." - Soweit die Gewerkschaften. Diese Stellungnahme zur Frage der Sozialisierung kann auch für uns Sozialisten bei allen unseren Sozialisierungsbestrebungen allgemeine Richtschnur sein.

Um das sozialistische Ziel, nämlich die Entproletarisierung des Proletariats und die soziale Einbürgerung der Arbeiterklasse, zu erreichen, kommt es, wie ich bereits ausführte, in erster Linie auf eine entsprechende Lenkung und Überwachung der Wirtschaft an. Diese Lenkung und Überwachung der Wirtschaft hat nichts mit der totalen Planwirtschaft zu tun; sie braucht auch durchaus nicht zur totalen Planwirtschaft zu führen, wie von den Gegnern der Lenkungswirtschaft immer behauptet wird. Die totale Planwirtschaft lehnen wir demokratischen Sozialisten ab. Das haben wir oft genug zum Ausdruck gebracht; denn wir wissen gerade so wie unsere Gegner von rechts, daß es in der totalen Planwirtschaft nur einen einzigen wirklich Freien gibt, nämlich den obersten Wirtschaftsführer, und daß alle anderen nur willenlose Werkzeuge sind. Wo aber die Freiheit beseitigt ist, da wird auch die soziale Gerechtigkeit zur Farce. So wenig, wie wir eine Befchlswirtschaft wollen, so wenig wollen wir aber auch eine uneingeschränkte Konkurrenzwirtschaft! Wir wollen vielmehr eine Ordnung, die die Schäden der uneingeschränkten Konkurrenzwirtschaft ebenso beseitigt wie die Tyrannis der Produktions- und Verteilungspläne. In dem heute wieder so modern gewordenen wirtschaftlichen Freiheitstaumel darf nicht übersehen werden. daß die freie, sich selbst überlassene Marktwirtschaft noch nie zu einem harmonischen Gleichgewicht der Kräfte geführt hat, sondern immer nur zu einer Vermachtung der Privatindustrie in Monopole und mono-polähnliche Gebilde. Dagegen gibt es kein Heilmittel in der freien Wirtschaft, und auch die Neu-Liberalen, wie Prof. Röpke, haben keines gefunden, außer eben die Überwachung und Lenkung der Wirtschaft, die sie durch ein Hintertürchen in ihr System wieder hereinlassen. Ohne Lenkung der Wirtschaft kommt überhaupt keine moderne Volkswirtschaft mehr aus; es gibt ja auch kein Land mehr, in dem unbeschränkt der freie Markt herrscht, nicht einmal die USA.

Die Neuordnung der Wirtschaft muß, wie gesagt, beide Extreme, die uneingeschrünkte Konkurrenzwirtschaft und die totale Planwirtschaft, vermeiden. Nur eine vernünftige Kombination beider Systeme ist ein geeignetes Ordnungsinstrument. Diese Kombination nennt die heutige Wissenschaft die regulierte Marktwirtschaft. Hierdurch wird zum Ausdruck gebracht, daß die Institution des Marktes auch weiterhin aufrechterhalten bleibt, daß aber gleichzeitig Direktiven für die Produktion und Verteilung gegeben werden, um die Schwankungen der freien Marktwirtschaft zu vermeiden. Die Kontrolle ist also ein wesentlicher Bestandteil der regulierten Marktwirtschaft.

Bei dieser Art Lenkungswirtschaft handelt es sich durchaus nicht um ein Kompromiß zwischen freier Verkehrswirtschaft und totaler Planwirtschaft, sondern um ein a bsolut originales Wirtschaftssystem. Es wäre auch unrichtig, dieses System einer interventionistischen Wirtschaftspolitik gleichzusetzen: denn der Interventionismus begnügt sich mit der Korrektur der extremen Einzelerscheinungen des Marktes, in den sonst in keiner Weise eingegriffen wird. Die Wirtschaftslenkung dagegen unterwirft den Markt bzw. die Einflußnahme auf ihn einem ganz bestimmten Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Markt kontrolliert und notfalls reguliert. In der totalen Planwirtschaft ist die Automatik von Angebot und Nachfrage völlig ausgeschaltet; es gibt nur den Bedarf, den die Behörde festlegt, und die Befriedigung des Bedarfs durch Zuteilung. Produktion und Konsum werden unmittelbar durch behördliche Beschle beeinflußt. In der gelenkten Wirtschaft dürste es ausreichend sein, nur die Produktion zu lenken; die Nachfrage dagegen braucht nicht beschränkt zu werden, doch wird sie selbstverständlich beobachtet.

Die gelenkte Wirtschaft ist also eine Wirtschaft zwischen organisiertem Angebot und freier Nachfrage. In der gelenkten Wirtschaft wird es voraussichtlich genügen, durch entsprechenden Druck auf die Spartätigkeit den Investitionsbedarf sicherzustellen und in die gewünschten Kanäle zu leiten. Im übrigen wird gerade an dem Problem der Investitionskontrolle der Unterschied der drei Wirtschaftssysteme am deutlichsten. In der freien Wirtschaft werden die Investitionen nach Maßgabe eines unkontrollierten Gewinnstrebens durchgeführt, das immer wieder Krisen nach sich zieht. In der totalen Planwirtschaft zu ganz bestimmten, häufig unwirtschaftlichen Zwecken, wie z. B. für die Kriegsrüstung. In der regulierten Marktwirtschaft werden Investitionen durch das soziale und wirtschaftliche Bedürinis veranlaßt und bezwecken leizten Endes die Harmonie der Gesellschaft.

Die Steuerung der Produktion dürfte in Praxis auf kelne allzu großen Schwierigkeiten stoßen, wenn man bedenkt, daß etwa 80 % des Budgets des durchschnittlichen Haushalts für lebensnotwendige Güter (Wohnung, Ernährung, Kleidung) ausgegeben werden und daß die Bevölkerungsentwicklung gleichfalls bekannt ist. Die globalen Quantitäten der Produktion liegen also annähernd fest. Auf diese allein braucht sich die Lenkung zu erstrecken. Denn hier könnten auf Grund verhältnismäßig gut feststellbarer Größenordnungen auch die Preise stabil gehalten werden. Die Herstellung von billigen Bedarfsgegenständen in großen Serien kann durch Rohstoftzuweisungen, durch Verbilligungsaktionen und notfalls durch Produktionsauflagen erreicht werden.

Der nicht lebensnotwendige Bedarf dagegen kann in den lenkungsfreien Bereich der Wirtschaft abgeschoben werden und wäre zweckmäßig mit hohen Stauern zu belegen. Die Scheidung des Wirtschaftsablaufes in zwei verschiedene Bereiche, wobei der eine gelenkt, der andere frei von Lenkung ist, würde jeden unnützen Zwang vermeiden. Die Investitionskontrolle würde in dieser Art Wärtschaftsordnung niemals rigoros sein, weil man neue Investitionen ja stets in den freien Sektor verweisen kann.

Nun haben wir in der Praxis allerdings noch kein erprobtes System der gelenkten Marktwirtschaft. Zwar wird in ganz Europa irgendwie gelenkt und reguliert; das Maß der Lenkung ist jedoch von Land zu Land verschieden. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die europäische Wirtschaft in allen Ländern zu Lenkungsmaßnahmen gekommen ist; denn nur durch die Lenkung ist es möglich, ein Höchstmaß der Produktion zu erreichen und gleichzeitig zu verhindern, daß die breiten Massen ins Elend absinken. Nur durch die Lenkung des Marktes ist es möglich, das europäische

Kardinalproblem "Preis" und "Lohn" zu lösen, um das es heute in allen Ländern Europas geht. Die primitiven Methoden der freien Marktwirtschaft sind dazu nicht imstande. Die moderne Wirtschaftspolitik hat nicht bloß für die "gütermäßige Deckung der Kaufkraft" zu sorgen, wie der derzeitige Wirtschaftsdirektor in Frankfurt meint, sondern sie hat auch auf eine soziale Einkommen se verteilung Rücksicht zu nehmen. Eine Wirtschaftspolitik ohne Berücksichtigung der sozialpolitischen Seite gibt es in der modernen Welt nicht mehr. Selbst in den Vereinigten Staaten ist sie seit mehr als einem Jahrzehnt völlig aus der Mode gekommen.

Man komme nicht mit dem Einwand, daß die Regulierung der Marktwirtschaft notwendig mit der Herrschaft der Bürokratie orkauft werden müßte. Es bleiben schließlich noch andere Mittel, um die Wirtschaft zu lenken als der vom Bürokraten ausgestellte Bezugschein. Und selbst wenn einige Bürokraten mehr eingesetzt werden müßten als in einer Wirtschaft des "Laissez faire", so wollen wir sie eben einsetzen, wenn wir hierdurch eine sozialere Ordnung erzielen. Die soziale Neuordnung, die einen gerechten Lohn und wirtschaftliche Sicherheit verbürgt, ist eben — darüber müssen wir uns im klaren sein — nur zu erreichen durch die Lenkung der Wirtschaft, und zwar dergestalt, daß zumindest die Investitionen kontrolliert und gelenkt werden und ferner die Einkommensverteilung durch Steuern, Preise und Löhne nach sozialen Gesichtspunkten beeinflußt wird. Bei der Stabiliserung der Preise wird besonders den Konsumgenossenschaften als Selbstbilieorganisationen gegen alle Arten der Preistreiberei eine bedeutende Rolle zufallen.

Ich habe in großen Zügen zu skizzieren versucht, worauf es bei der sozialen Neuordnung der Gesellschaft ankommt und mit welchen Mitteln wir dieses Ziel erreichen können. Es genügt jedoch nicht, die Neuordnung nur mit Gesetzen und Institutionen herbeizuführen und bewahren zu wollen. Der Glaube an die Wunderkraft der Gesetze und Institutionen, von dem gerade wir Sozialdemokraten vor 1933 beseelt waren, hat den Stürmen der Zeit nicht standgehalten. Gesetze und Institutionen müssen gestützt und geschützt werden von einer entsprechenden seelischgeistigen Haltung der Menschen. Daher ist auch der Sozialismus nicht denkbar ohne eine solche Haltung, ohne eine Moral der Güte, der Menschenfreundlichkeit und der Hilfsbereitschaft. Allein eine solche Moral ist der Kitt der neuen Ordnung. Ist die Neuordnung aber von einer wirklich ethischen Haltung getragen, dann sind die Menschen auch imstande, über ihre Einzel- und Sonderinteressen hinaus zu denken und immer das Ganze im Auge zu behalten. Die Zeiten sind vorüber, in denen nur Forderungen aufgestellt werden, ohne Rücksicht auf das Ganze zu nehmen. Wir müssen auf das Funktionieren der ganzen Volkswirtschaft Bedacht nehmen; dann fördern wir auch die Einzelinteressen. Dieser Gesichtspunkt kann nicht schöner und besser zum Ausdruck gebracht werden, als es der Führer der amerikanischen Automobilgewerkschaften, Walter Philipp Reuther, 1948 in einer nur aus zwei Sätzen bestehenden Resolution getan hat. Diese Resolution lautet: "Solange die organisierte Arbeiterschaft nur ihr eigenes Interesse verfolgt und auf die Interessen der anderen Werktätigen und der Allgemeinheit keine Rücksicht nimmt, kann sie den hohen Lebensstandard, den sie zu schaffen imstande wäre, nicht verwirklichen. Wir können unsere Errungenschaften nur behaupten, wenn wir mit der Gesamtheit und nicht auf deren Kosten vorwärtsschreiten." Diese Resolution ist heute die Richtschnur für Millionen amerikanischer Arbeiter. Ihr Grundgedanke gilt mutatis mutandis auch für unsere Partei.

Genossen! Bei allen Plänen zur Schaffung einer Neuordnung tauchen in unserer heutigen deutschen Situation sofort zwei Fragen auf. Die eine lautet: Ist es uns Deutschen angesichts unserer staatsrechtlichen Verhältnisse überhaupt erlaubt, unser Haus nach Belieben einzurichten? Und die zweite Frage ist: Ist die Neuordnung des demokratischen Sozialismus kraftvoll genug, um sich gegenüber den autoritären Systemen behaupten zu können? Wir Deutsche sind heute kein souveränes Volk; alle unsere politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen bedürfen letzten Endes der Genehmigung der Besatzungsmächte. Nun sind zweifellos, in den westlichen Zonen wenigstens, die Militärdiktaturen im ganzen gesehen loyal. Sie sind den Vorstellungen unserer Regierungsmänner im allgemeinen zugänglich. Aber

in manchen Dingen, und zwar gerade in den Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung unseres Lebens, lassen sie uns nicht schalten, wie wir es für unser Haus notwendig halten. Ich erwähne nur die Strangulierung unseres Außenhandels, die Behandlung der Sozialisierungsfrage und der Betriebsrätegesetze. Es sei auch in aller Offenheit festgestellt, daß immer noch, drei Jahre nach der Einstellung der Kriegshandlungen, sehr erhebliche Hemmungen des deutschen Gesundungsprozesses von den Besatzungsmächten ausgehen. Ich möchte hier nur an das für uns Deutsche besonders schmerzliche Kapitel der Reparationen, Restitutionen und Demontagen erinnern, die immer noch kein Ende genommen haben. Es ist entscheidend für unsere Zukunft, wieviel Maschinen und welche Maschinen von der Demontage verschont werden. Die Siegermächte müssen sich darüber im klaren sein. daß jede weitere Demontage die Preise hinauftreibt, unseren Export beeinträchtigt und unsere Lebenshaltung verschlechtert. Jüngst ging die Mitteilung durch die Presse, daß die Deutsche Reichsbahn für annähernd 300 000 Dollar Spiralbohrer einführen mußte, weil die entsprechende Werkzeugproduktion demontiert worden ist. Solche Maßnahmen der Besatzungsmächte stoßen uns immer tiefer in unser Elend und sind im Zeichen des Marshallplans überhaupt ohne jeden Sinn. Es sei aber auch anerkannt, daß die Besatzungsmächte der westlichen Zonen, im Gegensatz zur östlichen Besatzungsmacht, uns immerhin beachtliche Möglichkeiten zur selbständigen Ordnung auseres Wirtschaftslebens lassen. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, wie wir die Ordnung schaffen, ob wir das System der Planwirtschaft beibehalten, ob wir den freien Markt oder die regulierte Marktwirtschaft einführen. Wir wären also wohl in der Lage, unser Haus nach einem Modell einzurichten, das wir für richtig halten.

Eine andere Frage ist, ob die Neuordnung kraftvoll genug ist, um dem Autoritarismus standzuhalten. Hierauf können wir nur antworten: Wir werden ihm standhalten, denn der demokratische Sozialismus ist leistungsfähiger als die totale Planwirtschaft der Kommunisten; wir werden den Nachweis erbringen, daß wir ohne Zwangsarbeit und KZ die Massen voll beschäftigen können und daß wir mit unseren Methoden der Freiheit den Massen einen besseren Lebensstandard geben als der Osten mit seinen Zwangsmethoden. Daß der demokratische Sozialismus dazu in der Lage ist, dafür haben die Länder Westeuropas den Beweis erbracht. In England, in Schweden, in Dänemark, wo die Wirtschaft nach den Prinzipien des demokratischen Sozialismus gelenkt wird, ist bekanntlich der Lebensstandard der breiten Massen unvergleichlich besser als der Lebensstandard der Arbeiter in Sowjetrußland. Jeder Fürsorgeempfänger im Westen hat es besser als der Schwerarbeiter bei den Sowiets.

Und nun, Genossen, gestatten Sie mir die praktische Anwendung dessen, was ich theoretisch darlegte, in einigen Bereichen des politischen Alltags zu skizzieren. Aus der gewaltigen Fülle der Probleme unserer Tage möchte ich vier Fragen herausgreifen, zu denen die Öffentlichkeit eine klare und zielbewußte Stellungnahme unserer Partei, als der Partei des schaffenden Volkes, verlangt. Es sind vier Fragen, die für unsere wirtschaftliche Zukunft und politische Ordnung von lebenswichtiger Bedeutung sind: Die erste betrifft den Export, die zweite den Aufbau, die dritte den Lastenausgleich, die vierte die Agrarpolitik. Außerdem möchte ich wenigstens noch fragmentarisch dartun, wie ich mir die Arbeit unserer Partei im kulturellen Boreich vorstelle.

Die Frage, die wir uns bei der Behandlung dieser gewichtigen Probleme vorzulegen haben, ist die: Welche Schritte hat unsere Partel im politischen Alltag zu gehen, um zu einer Ordnung zu kommen, die dem Modell unserer Zukunftsordnung entspricht, und ferner, um uns den Weg in diese Zukunft nicht zu verbauen? Natürlich kann ich im engen Rehmen dieses Reforats nicht auf Detailfragen eingehen. Ich muß mich darauf beschränken, das Prinzipfelle herauszuarbeiten.

Das volkswirtschaftlich wichtigste und dringlichste Problem ist für uns heute der Export. Er ist schlechthin unser Schicksal geworden. Einst war er nur eine wünschenswerte Ergänzung unserer Binnenwirtschaft, heute ist er die Grundlage unserer Existenz; denn ohne Außenhandel können wir das Brot nicht bezahlen,

das wir zum Leben brauchen. Dieser Zwang zum Export stellt uns heute vor eine ungeheuer schwierige, kaum lösbare Aufgabe; denn wir haben die meisten Kostenvorteile verloren, die wir einst dem Ausland gegenüber hatten. Denken Sie nur an den Verlust von etwa einem Drittel unserer Industrieanlagen durch Ausbombungen und Demontagen; denken Sie an die Einbußen in unserer einst vorzüglichen Kapitalausrüstung und unseren Fabrikationseinrichtungen, an die Verluste unserer Patente und Fabrikationsverfahren! Dazu kommt als zusätzliche Belastung, daß wir mehr einführen müssen als bisher; denn wir haben etwa sieben Millionen Menschen mehr zu ernähren, die im Westraum eng zusammengepfercht leben, und wir sind heute gezwungen, Dinge einzuführen, die wir einst selber herstellten. Geblieben sind uns nur die wenigen Rohstoffvorkommen Kohle, Eisen und gewisse Steine und Erden und als wichtigstes die Arbeitskraft unserer Bevölkerung. Sie ist zwar verarmt und ausgehungert, aber arbeitswillig und berufserfahren. Wir sind das ärmste der zivilislerten Völker geworden und können unsere notwendigen Einfuhren daher nicht mit Devisen bezahlen. Wir haben als Gegenleistung im wesentlichen nur unsere billige Arbeitskraft zu bieten. Der deutsche Arbeiter muß daher zum gleichen Lohn höherwertige Arbeit oder gleiche Arbeit zu einem niedrigeren Reallohn leisten als sein ausländischer Kollege. Aus dieser unentrinnbaren Realität ergibt sich für uns Sozialdemokraten die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß der Reallohn durch Verbilligung der wichtigsten Bedarfsgüter, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. der Textilproduktion und der Wohnungskosten möglichst günstig gestaltet wird. Dazu bedarf es vor allem einer ständigen Steigerung des Produktionsfortschrittes. Das Problem ist also, die soziale Forderung nach einer gerechten Verteilung des Sozialprodukis mit der Notwendigkeit zur Leistungssteigerung und Kapitalbildung zu koordinieren. Von der Lösung dieses Problems hängen entscheidend der soziale Friede im Volk und unsere wirtschaftliche Gesundung ab.

Diese allgemeinen Erwägungen müssen wir uns vor Augen halten angesichts der Notwendigkeit, daß die Trizone nach dem neuen Industrieplan etwa 2,1 Milliarden Dollar, das sind etwa 7 Milliarden D-Mark, an Rohstoffen und an Nahrungsmitteln einführen und bezahlen soll. Abgesehen davon, daß diese Einfuhr wahrscheinlich zu gering ist, um unser Leben fristen zu können, ist es damit noch gar nicht getan; denn wir müssen wegen des Verlustes unserer Handelsslotte sehr erhebliche Frachten für diese Einfuhr bezahlen und ferner die Kosten für ausländische Überbrückungs- und Anlaufkredite. Frachten und Kreditkosten werden auf etwa 2,2 Milliarden D-Mark geschätzt. Der heutige Außenhandel Westdeutschlands ist von diesem Ausfuhr-Soll noch sehr weit entfernt. Die gegenwärtige Exportleistung erreicht noch nicht einmal 20 % dieses Solls.

Die brennende Frage ist nun: Wie soll sich eine unter den heutigen Verhältnissen so gewaltige Ausfuhr von etwa 9 Milliarden D-Mark zusammensetzen? Es ist sattsam bekannt, daß der Hauptteil unserer Bizonen-Ausfuhr aus Rohstoffen, nämlich vor allem aus Kohle und Holz und Halbfertigwaren, besteht. Dies ist geradezu die Umkehrung unserer weltwirtschaftlichen Funktion, die immer darln bestanden hat, lohnintensive Fertigwaren auszuführen. Deutschland war ja immer die Werkstatt der Welt. Mit der Kohlenausfuhr, zu der wir auch weiterhin gezwungen sein werden, können wir etwa ein Viertel des deutschen Ausfuhrerlöses decken. Es müssen also immer noch 6,8 Milliarden D-Mark an Ausfuhr aufgebracht werden. Nun entfielen 1936 etwa 80 % des Exports auf Investitionsgüter, vor allem auf Güter der eisenschaffenden Industrie, auf hochwertige deutsche Spezialitäten, elektrotechnische Artikel und Chemikalien; das sind gerade die Güter, die auch heute noch auf dem Weltmarkt von Deutschland in erster Linie begehrt werden. Erst in zweiter Linie will das Ausland von uns Verbrauchsgüter. Diese machten 1934 etwa 20 % unserer gesamten Ausfuhr aus und betrafen vor allem Textilien, Lederwaren, Holzwaren, Spielwaren, keramische Erzeugnisse usw. Um die Produktionsgüterausfuhr zu entlasten, wie es vor allem von Großbritannien gewünscht wird, müßte der Konsumgüterexport gegenüber dem Vorkriegsabsatz vervielfacht werden. Der Weltbedarf ist aber hierfür gar nicht aufnahmefählg. Zu den Schwierigkeiten der natürlichen Ausfuhrbedingungen kommen heute noch die künstlichen Schwierigkeiten der JEIA, die sich geradezu als eine Ausfuhreblockadeorganisation erwiesen hat. Aber selbst wenn die Ausfuhrhemmnisse sämtlich wegfallen würden, erscheint die Erreichung des Export-Solls von 9 Milliarden D-Mark immer noch wenig wahrscheinlich. Es ist klar, daß das Schwergewicht unserer Ausfuhr auch in Zukunft auf der Produktions-güterindustrie und der Chemie liegen wird. Hierfür ist der Weltmarkt in erster Linie aufnahmefähig. Um unsere Zahlungsbilanz auszugleichen, müssen wir unter allen Umständen mehr Fertigwaren exportieren als 1936. Dabei stoßen wirüberallauf die Konkurrenz des britischen Außenhandel alle wichtigen früheren Domänen des deutschen Exports besetzt hat. Es darf nicht verkannt werden, daß diese Ausfuhr für Großbritannien angesichts seiner gespannten Zahlungsbilanzsituation gleichfalls eine zwingende Notwendigkeit ist.

Wie sind nun diese Interessengegensätze zu überwinden? Man schlug die Intensivierung des intereuropäischen Handels vor; doch diese ist zum Ausgleich der Interessengegensätze zwischen der britischen und der deutschen Industrie in keiner Weise ausreichend, um so weniger, als der Osten infolge der politischen Verhältnisse nur beschränkt aufnahmefähig ist. Ausschlaggebend helfen kann hier nur, wenn die westliche Hemisphäre sich der Aufnahme europäischer Industrie-erzeugnisse nicht verschließt. Meines Erachtens haben die Vereinigten Staaten nur die Wahl, entweder selbst europäische Waren in möglichst großem Umfang aufzunehmen bzw. durch größere Rohstoffeinkäufe in den Rohstoffländern die Kaufkraft für europäische Erzeugnisse zu heben oder auf eine noch nicht abschbare Zeit den europäischen Lebensstandard durch laufende Kapitalzuschüsse auf einem halbwegs erträglichen Niveau zu halten. Vielleicht ist ihnen die damit erkaufte Prosperity im eigenen Lande mehr wert als Störungen ihres Wirtschaftskreislaufes durch europäische Warenlieferungen großen Ausmaßes.

Wie haben wir Sozialdemokraten uns nun zu diesen weltwirtschaftlichen Problemen zu verhalten? Wir müssen alle Maßnahmen fördern, die die Ausfuhr steigern. Dies fordert unsere nackte Selbsterhaltung. Wir haben ferner durch entsprechende Lenkungsmaßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß die absoluten Kostennachteile, die wir Deutschen heute bei der Ausfuhr auf uns zu nehmen haben, nicht allein von den Arbeitern und Angestellten, sondern vom ganzen Volk getragen werden. Dies geschicht dadurch, daß wir alle Maßnahmen unterstützen, die den Reallohn erhöhen und den Produktionsfortschritt heben.

Eine für das Leben unseres Volkes nicht minder wichtige Aufgabe als die Versorgung mit den nötigen Nahrungsmitteln durch den Export ist die Beschaffung der nötigen Wohnungen. Das Problem des Aufbaues umfaßt nicht bloß den sozialen Wohnungsbau, sondern auch den Industriebau, die öffentlichen Bauten und die Bauteparaturen. So wichtig auch der Industriebau und die öffentlichen Bauten sind, so bedürfen diese doch nicht so sehr der Fürsorge der politischen Parteien; denn für den Industriebau sorgt die Unternehmerschaft, für die öffentlichen Bauton die Bürokratie. Ein Stiefkind ist nur der soziale Wonungsbau, obgleich alle Welt die Notwendigkeit einsieht, für die Bombengeschädigten und Ausgewiesenen Wohnungen zu beschaffen. Es ist vor allem Sache unserer Partei, den sozialen Wohnungsbau trotz aller Rentabilitätsbedenken zu einer der fundamentalsten Aufgaben unseror Politik zu machen. Die anderen Parteien, die sich in der Theorie nicht weniger ernsthaft als wir mit dem deutschen Aufbau beschäftigen, müssen hier versagen; denn ihre Interessen haben sich noch nicht losgelöst von den kapitalistischen Vorstellungen, daß jede Kapitalanlage sich rentieren müsse. In der Erkenntnis der Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie in erster Linie dazu berufen ist, den sozialen Wohnungsbau zu fördern, haben wir in Bayern einen großzügigen Bauplan entworfen, der die Zustimmung weltester Kreise gefunden hat. Wir haben den Nachweis erbracht, daß genügend Material, Transportraum und Arbeitskräfte vorhanden sind, um unsere Baupläne sicherzustellen. Wir haben auch auf die Möglichkeit der Erschließung erheblicher Finanzierungsquellen hingewiesen,

wenn nur erst einmal der Mut gefunden wird, an diese Quellen heranzugehen. Was für bayrische Verhältnisse gilt, das gilt im großen und ganzen auch für das übrige Deutschland.

Mit einer Illusion muß allerdings gebrochen werden, und diese ist der heute in weitesten Kreisen verbreitete Glaube, man könne das Problem des Aufbaues mit den Methoden der freien Wirtschaft, durch die Automatik von Angebot und Nachfrage lösen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es auf dem Gebiete des Bauens eine freie Wirtschaft nicht gibt. Angesichts des ungeheuren Mißverhältnisses zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot kann aus sozialen Gründen eine amtliche Regelung des Wohnungsmarktes nicht entbehrt werden. Das Schicksal der Bauwirtschaft liegt infolgedessen gerade jetzt nach der Währungsreform auf Gedeih und Verderb in den Händen des Staates und der öffentlichen Kreditlenkung. Diese Kreditlenkung darf selbstverständlich nicht wie bisher allein den bürokratischen Stellen überlassen werden. Sie muß in aller Öffentlichkeit diskutiert werden; denn die Öffentlichkeit hat ein fundamentales Interesse daran, welche Teile des Einkommens für den Bausektor abgezweigt werden und wieviel für den gewöhnlichen Konsum verbraucht werden soll.

Wir hören heute häufig, daß das Bauen in unserer verarmten Volkswirtschatt ein Luxus wäre; besonders wären die Amerikaner nicht bereit, den Wohnungsbau in die erste Dringlichkeitsstufe einzureihen. Nun, daß der Wohnungsbau für die Millionen Bombengeschädigter und Ausgewiesener kein Luxus ist, sondern in die erste Dringlichkeitsstufe der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse gehört, sollte man keinem Deutschen besonders zu sagen brauchen. Er ist aber auch im Sinn derer, die überall die wirtschaftliche Rentierlichkeit suchen, kein Luxus; denn gerade die ordnungsgemäße Ausnutzung unserer Industriekapazitäten macht den Wohnungsbau gleichfalls zur zwingenden und gleichzeitig rentierlichen Notwendigkeit. Die Ausnutzung der Industriekapazität scheitert nämlich vielfach daran, daß keine Wohnungen für die zusätzliche Verwendung von Arbeitskräften vorhanden sind. Durch zweckmäßig gesteuerten Wohnungsbau kann daher ein empfindlicher Hemmschuh unserer Produktion beseitigt werden. Der Wohnungsbau wird auch die Freiztig ig keit wiederherstellen, die eine Voraussetzung für die wirtschaftlich zweckmäßige Eingliederung aller Geschädigten in unseren volkswirtschaftlichen Gesamtorganismus bildet.

Wir brauchen in der Trizone schätzungsweise 4 bis 4,5 Millionen Wohnungen. Der Nachholbedarf an Wohnungen wird auf den ungeheuren Betrag von 32 M i 1- l a r de n D- Ma r k geschätzt. Jeder Mensch sieht ein, daß die Baufinanzierung alten Stils hier versagen muß. Die Realkreditinstitute haben kein Geld; auch die Finanzierung aus öffentlichen Etatmitteln der Länder und Gemeinden ist heute sehr begrenzt. Es ist infolgedessen nötig, außerordentliche Einnahmen zu erschließen und besondere Anreize für den Aufbau zu schaften. Eine wichtige Quelle ist durch den Wirtschaftsrat bereits erschlossen, nämlich die Entschuldungsgewinne aus der Hypothekenabwertung. Für die Bizone ist es nun Sache der Länder, dafür Sorge zu tragen, daß diese Mittel in vollem Umfang für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden. Hamburg, dessen Verwaltung unsere Partei maßgebend beeinflußt, hat bereits als einziges Land entsprechende Ausführungsverordnungen erlassen. Das Hamburger Beisplel kann unseren Genossen in anderen Ländern nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Für die weitere Finanzierung ist auf die fünfprozentige Festquote zurückzugreifen. Wir legen jedoch Wert darauf, daß es den Inhabern dieser Guthaben freigestellt wird, in welcher Weise sie jene Mittel langfristig anlegen wollen. Diese beiden Finanzquellen haben den Vorteil, daß sie sofort mit sehr erheblichen Beträgen zu fließen beginnen. Daneben ist selbstverständlich das Zwecksparen zugunsten des Wohnungsbaues durch Steuervergünstigungen und andere Anreize auf möglichst breiter Grundlage zu fördern. Eine vierte Finanzierungsquelle, die allerdings bereits für viele andere Zwecke in Anspruch genommen wird, ist der

Lasjenausgleich. Es gibt wohl keine bessere und zweckmäßigere Verwendung dieser Mittel als die Schaffung von Wohnungen für Flüchtlinge und Bombengeschädigte. Diese Beträge aus dem Lastenausgleich könnten vor allem zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten herangezogen und zinsfrei gehalten werden. Wir müssen ferner fordern, daß die Bauindustrie und Wohnungswirtschaft auch an den Marshallplanmitteln, die für Investitionszwecke bereitgestellt werden, angemessen beteiligt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders Bezug nehmen auf die Leitsätze, die der Finanzierungsausschuß unserer Partei zur Finanzierung des Wohnungsbaues aufgestellt hat. Um aber die Bautätigkeit und vor allem den sozialen Wohnungsbau kräftig voranzutreiben, ist es notwendig, daß der Bau-investition auf allen Gebieten der Material- und Kreditbeschaftung unter allen Umständen eine bevorzugte Priorität zugesprochen wird. In den bizonalen Planungen ist der Bauwirtschaft bisher nicht entfernt der Platz eingeräumt worden, der ihr zukommt. Nach den Frankfurter Planungsansätzen betrug der Anteil der Bauwirtschaft am gesamten Eisenverbrauch im ersten Halbjahr 1948 nur 3 Prozent, 1936 dagegen betrug der Anteil des Bausektors am gesamten Eisenverbrauch mindestens 20 Prozent. In der Investitionsperiode 1925/32 entflelen 61 Prozent der gesamten Investitionen auf Bauinvestitionen und davon allen 20 Prozent auf die Wohnungsproduktion. Heute dagegen wird die Bauwirtschaft mit ein paar Prozenten am Verbrauch von Kohle. Eisen und Holz abgespeist. Es scheint wirklich an der Zeit, mit der schon zehn Jahre andauernden Zurücksetzung der Bauwirtschaft Schluß zu machen und ihr wieder wie im Frieden den alten Platz an der Spitze der volkwirtschaftlichen Prioritätsliste einzuräumen. Auf eines möchte ich noch besonders hinweisen: Die Bauwirtschaft ist bekanntlich eine Schlüsselindustrie, etwa ein Drittel aller Werktätigen sind mittelbar oder unmittelbar in ihr beschäftigt. Eine Stillegung oder Einschränkung der Bautätigkeit, die infolge unseres derzeitigen Deflationsprozesses droht, hat daher besonders verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt und die ganze Volkswirtschaft. Das Bauen ist also gerade heute, nach der Währungsreform, aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen eine eiserne Notwendigkeit.

Ich nannte vorher als eine der Finanzierungsquellen auch den Lastenausgleich. Dieser Lastenausgleich wird heute allerdings für die verschiedensten Zwecke und Investitionen in Anspruch genommen. Alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse, für deren Befriedigung man zunächst keine Mittel hat, werden an den Lastenausgleich verwiesen. So ist dieser Lastenausgleich seit Jahren das Tummelfeld höcht demagogischer Versprechungen und höchst uneinsichtiger Hoffnungen geworden. Überlegt man dagegen die Dinge nüchtern, so kommt man zu der Überzeugung, daß der wirtschaftliche Erfolg des Lastenausgleichs nicht entfernt den politischen Fanfarenstößen entsprechen kann. Was ist den nüberhaupt dieser Lastenausgleich, wirtschaftlich gesehen, und was will er? Er will die Vermögensverluste, die durch den Krieg und seine Folgen entstanden sind, im Rahmen des volkswirtschaftlich Möglichen auf Kosten derer ausgleichen, die ihr Vermögen in der Kriegs- und Nachkriegszeit retten konnten. Er ist also ein Verteilungsproblem, das uns die Aufgabe stellt, denen, die noch Vermögen haben, Teile davon zu nehmen und sie denen zu geben, die einst Vermögen hatten. Dazu kommen die Interessen der kleinen Sparer, die durch asoziale Schnitte der Währungsreform ihre letzte Habe verloren haben, und ferner die berechtigten Forderungen der Flüchtlinge, die nichts als ihre nachte Existenz retten konnten. Es scheint mir von Wichtigkeit zu sein, das an sich so schwierige Problem nicht noch mehr zu komplizieren, und zwar dadurch, daß verschiedene Nebenabsichten mit dem Lastenausgleich verbunden werden. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion werden von allen Seiten solche Nebenabsichten, wie insbesondere die der Sozialisierung, abgelehnt. Was übrig bleibt, ist noch verworren und schwierig genug. Aus der noch unübersehbaren Fülle der Gesichtspunkte, die in der öffentlichen Diskussion über den Lastenausgleich geltend gemacht werden, schälen sich besonders drei wesentliche heraus, die m. E. unter allen Umständen zu beachten sind.

- 1. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und aus politischen Erwägungen hat die Belastung des Sachbesitzes bis an die Grenze des Tragbaren zu gehen. Es wäre schwer erträglich, wenn der unter den heutigen Umständen der Güterknappheit an sich glücklichere Sachwertbesitzer gegenüber dem Geldwertbesitzer bevorzugt würde.
- Der Lastenausgleich darf nicht auf die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger abgewälzt werden. Der Arbeitsertrag darf infolgedessen durch den Lastenausgleich nicht geschmälert werden.
- 3. Der Lastenausgleich darf nicht zu Belastungen führen, die unsere Volkswirtschaft funktionsunfähig machen. Die Produktivität unserer Volkswirtschaft muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Es obliegt m. E. gerade unserer Partei, als der Partei der arbeitenden Bevölkerung, darüber zu wachen, daß besonders die letzten beiden Grundsätze beachtet werden; denn jeder Verstoß dagegen würde sich letzten Endes zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung auswirken.

Wenn man sich nun Gedanken über die Größenordnungen des Lastenausgleichs macht, d. h. wenn man das noch bestehende Vermögen mit den Forderungen an dasselbe vergleicht, so kommt man zu der Erkenntnis, daß kein großer Spielraum für Lösungen besteht. Die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen, die wirtschaftlichen Notwendiskeiten diktieren uns einfach Art und Umfang des

Lastenaus gleichs.

In der Debatte ist häufig darüber gesprochen worden, die kleinen Vermögen, die nicht zur Vermögenssteuer veranlagt sind, zu schonen. So wünschenswert dies an sich wäre, so glaube ich doch nicht, daß sich diese Absicht verwirklichen läßt; denn die nicht zur Vermögenssteuer veranlagten Vermögen machten vor dem Kriege etwa 85 Prozent des Volksvermögens aus; die mittleren und großen Vermögen also rund 15 Prozent. Eine progressive Belastung dieser größeren Vermögen würde kaum sehr ins Gewicht fallen. Selbstverständlich wird man aus sozialen Gründen, wie auch aus Gründen der Erfassungstechnik, eine Freigrenze zugrunde legen. Man spricht davon. Vermögen bis zu 3000 DM unbelastet zu lassen. Dagegen dürfte kaum etwas einzuwenden sein, Jedoch dürfte das Hausinventar, dessen Wert einen gewissen Mindestbetrag überstelgt, kaum von der Belastung freigestellt werden können. Es wäre auch unbillig, das Hausinventar, das unter Umständen große Vermögenswerte darstellen kann, unbelastet zu lassen, während ein viel weniger wertvolles Haus belastet wird.

Eine Kategorie von Vermögen jedoch müßte besonders herangezogen werden: Dies sind die in der Nazizeit erworbenen Vermögen. Ich halte es für eine politische Notwendigkeit, den über ein bestimmtes Maß hinausgehenden Vermögenszuwachs der Nazizeit, der auf die wirtschaftliche Wahnsinnspolitik der nazistischen Führung zurückzuführen ist, restlos an den Lastenausgleich abzuführen. Doch wirtschaftlich

wird auch diese Maßnahme kaum zu Buche schlagen.

Wiegroß ist nun das zum Lastenausgleich abzuführende Vermögen? Es ist aligemein bekannt, daß genauc statistische Unterlagen über die Art und Größe der Kriegs- und Nachkriegsverluste sowle über die Höhe und Zusammensetzung des noch vorhandenen Volksvermögens fehlen. Es existieren nur Schätzungen, die sehr voneinander abweichen. Man muß sich damit abfinden, daß es technisch unmöglich ist, eine solche Bestandsaufnahme bis Ende dieses Jahres durchzuführen oder gar noch auszuwerten. Im übrigen stößt auch die richtige Bewertung der Vermögensobjekte und die Nachprüfung der Verluste auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Schätzungen der Aktivmasse der zum Lastenausgleich heranzuziehenden Werte bewegen sich zwischen 70 und 100 Milliarden D-Mark. Der Entschädigungsanspruch wird dagegen auf 150 Milliarden für Kriegsschäden und 300 Milliarden für Reichsschulden angesetzt. Auch diese Schätzungen sind bestritten. Sicher dagegen ist, daß wir allein an Fürsorgelasten, die durch den Krieg und die Nachkriegsfolgen entstanden sind, etwa 2,5 Milliarden D-Mark jährlich aufbringen müssen, In Betracht kommen hier nur die nicht mehr arbeitsfähigen Flüchtlinge, Bombengeschädigten und Währungsgeschädigten. Die Sozialetats der Länder und Gemeinden werden diese Lasten nie tragen können. Sie müssen daher auf den Lastenausgleich abgewälzt werden.

Selbst wenn ein Lastenausgleichsvermögen von 100 Milliarden zur Verfügung stünde, so würden allein die Fürsorgebelastungen eine Verzinsung von 2 bis 3 Prozent nötig machen. Die weitere Frage ist: wie bzw. bis zu welcher Grenze kann das Lastenausgleichsvermögen belastet werden, ohne daß unsere Volkswirtschaft funktionsunfählg wird? Wir müssen uns wohl damit abfinden, daß die produktiv eingesetzten Sachvermögen voraussichtlich weniger belastet werden können als die Geldvermögen; denn bei Realvermögen muß auf die schwankende Ertragslage und auf die Notwendigkeit der Aufnahme neuer Betriebskredite Rücksicht genommen werden. Es ist sicherlich nicht die besondere Sympathie für die Sachwertbesitzer, sondern einfach wirtschaftliche Vernunft, die uns voraussichtlich zwingen wird, die wirtschaftliche und soziale Funktion des Sachbesitzes zu berücksichtigen. Jeder Unternehmer. jeder Bauer, jeder Sachwertbesitzer ist nur noch der Treuhänder der allgemeinen Volkswirtschaft, er hat infolgedessen bestimmte Verpflichtungen gegen diese Volkswirtschaft, die sich aus seinem Besitz ergeben. Erfüllt er diese Verpflichtungen nicht, so fordern wir seine Ablösung. Der Lastenausgleich muß uns daher zu einer erhöhten Kontrolle der Sachvermögen führen und zur Durchführung des Grundsatzes, daß nur der beste Wirt unabhängig von der Frage des jeweiligen Eigentums zum Wirtschaften berechtigt ist. M. E. wäre es erheblich wichtiger, durch die Möglichkeiten des Lastenausgleichs auf eine solche Maßnahme zu kommen, als den Sachwertbesitzer um einige Prozent mehr oder weniger zu belasten. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß die Vermögensabgabe nur in den seltensten Fällen durch Naturalabgabe geleistet werden kann und daß auch die Geldzahlung auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen wird; denn es ist wirtschaftlich unmöglich, große Vermögensbestände in angemessener Zeit zu realisieren; das hat uns das Reichsnotopfer und die nazistische Vermögensabgabe der Juden gezeigt. Die meisten Sachverständigen sind zu der Überzeugung gelangt, daß die Belastung des Sachwertbesitzes im wesentlichen in Renten um gewandelt werden muß, daß also der Sachbesitzer nur mit einer langfristigen verzinslichen Zwangsschuld belastet werden kann. Diese Belastung kann um so höher sein, je niedriger die Verzinsung und Amortisationsquote ist. Inwieweit überhaupt die laufen de Produktion weitere Belastungen verträgt, hängt allein von der Größe des zukünftigen Sozialprodukts ab und von den sonstigen Ansprüchen, die aus dem Volkseinkommen befriedigt werden müssen. Wir wissen allerdings heute schon, daß jedenfalls unser derzeitiges Volkseinkommen bei weitem nicht ausreicht, um auch nur die notwendigsten Bedürfnisse für den Unterhalt der Bevölkerung, für Ersatzinvestitionen und für die Aufbringung der Besatzungskosten zu befriedigen. Die Durchführung des Lastenausgleichs setzt also auch eine erhebliche Erweiterung unseres ganzen Produktionsapparates voraus. Der Schlüssel hierfür liegt aber nicht allein in deutscher Hand. Bei aller Unsicherheit der mit dem Lastenausgleich zusammenhängenden Fakton wissen wir doch das eine sicher, daß selbst bei höchster Belastung nur ein Bruchteil der vorgesehenen Hilfsmaßnahmen finanziert werden kann. Sollen aber Wohnungen, Siedlungen, Hausrat, Arbeitsplütze beschafft werden, alles Forderungen, die man an den Lastenausgleich gestellt hat, so genügt es nicht, nur die Vermögen zu belasten, es müssen auch neue Einnahmequellen erschlossen werden. Gedacht wurde bereits an Einkommensopfer zugunsten derer, die nicht mehr arbeiten können, an eine Mietsteuer zugunsten derer, die keine Wohnung haben, usw. Bei allen diesen Erwägungen muß aber die Frage gestellt werden. inwieweit der einzelne Haushalt und unsere ganze Volkswirtschaft überhaupt, noch Belastungen ertragen. Wird bei den Belastungen die privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich tragbare Grenze überschritten, so kann das eine im voraus gesagt werden, daß der Lastenausgleich einen hemmungslosen Kampf um das verbleiben de Sozialprodukt heraufbeschwört. der den Wiederaufbau nicht nur empfindlich stört, sondern überhaupt unmöglich

macht. Die Schlußfolgerungen, die sich für uns aus all diesen Erwägungen ergeben, sind die, daß wir in allen Fragen des Lastenausgleichs mit Vorschlägen und Versprechungen sehr vorsichtig sein müssen. Wir können nur das eine versprechen, daß wir uns gemäß unserer Tradition mit allen Kräften bemühen werden, die gerechten Ansprüche der Verarmten nach bester Möglichkeit zu befriedigen, ohne daß die Produktionskräfte unserer Volkswirtschaft Schaden leiden und damit die Arbeitsplätze des Volkes verlorengehen.

Noch ein kurzes Wort zur Agrarpolitik!

Aus unserer wirtschaftlichen Gesamtsituation ergibt sich unsere Stellung zur Agrarpolitik. Diese war einst Gegenstand mehr oder weniger tiefschürfender Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei. Die Landwirtschaft paßte nach den damaligen Anschauungen nicht so recht in das soziale Konzept. Wie weit liegen diese Zeiten fruchtloser theoretischer Auseinandersetzungen zurück! Das reale Leben ist längst darüber hinweggegangen. Während vor 50 Jahren die unentwegten Sozialisten die ganze Landwirtschaft am liebsten ausradiert und durch Industrieanlagen ersetzt hätten, geht heute unser aller Wunsch dahin, die uns verbliebene Landwirtschaft unter allen Umständen zu erhalten, sie aber gleichzeitig so ertragreich wie möglich zu machen. Wir müssen heute bei unserer Agrarpolitik mehr denn je von dem Grundsatz ausgehen, daß es die erste Aufgabe der Landwirtschaft ist, Devisen zu sparen. Alles, was die Landwirtschaft erzeugt, brauchen wir nicht einzuführen. Wir müssen daher alles tun, um der landwirtschaftlichen Produktion auch Anreiz zu geben. Selbstverständlich dürfen solche Anreize nicht zu wirtschaftlicher Sinnlosigkeit führen. Es wäre beispielsweise sinnlos, im eigenen Land zu erzeugen, was billiger eingeführt werden kann. Wir müssen überhaupt unsere Agrarpolitik viel mehr von der Außenhandelspolitik her betrachten, als es bisher geschehen ist. Für unsere Industrie ist es eine Binsenwahrheit, daß sie nur Rohstoffe und Waren mit möglichst niedrigem Lohnanteil einführt und Güter mit hoher Arbeitsintensität ausführt. Diese Binsenwahrheit gilt natürlich auch für die Landwirtschaft. Doch tat man hier häufig aus wehrwirtschaftlichen und sonstigen unwirtschaftlichen Motiven gerade das Gegenteil, Die wirtschaftliche Vernunft verlangt nicht nur von der Industrie, sondern auch von der Landwirtschaft, die Produkte selber zu erzeugen, bei denen der Arbeitsantell am größten ist und bei denen die bei uns fast immer ungünstigen Bedingungen des Bodens und Klimas die geringste Rolle spielen. Nun hört man häufig den Einwand, daß die unbeschränkte Einfuhr billiger landwirtschaftlicher Produkte unsere Landwirtschaft zum Erliegen brächte. Nun, die Landwirtschaft braucht dadurch noch lange nicht zum Erliegen zu kommen; sie muß sich eben auf eine arbeitsintensive Veredelungswirtschaft umstellen. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Veredelungswirtschaft ist m. E. auch die Siedlungsfrage anzusehen. Die Landausteilung in landwirtschaftliche Kleinbetriebe ist wirtschaftlich nur dann sinnvoll, wenn die Produktivität der Landwirtschaft dadurch keinen Schaden leidet. Sie ist nur sinnvoll, wenn hierdurch mehr Menschen ernährt werden können als bisher. Aus diesen Gründen lehnen wir eine politische Bodenreform, wie sie in der Ostzone durchgeführt wurde, ab; wir können sie uns vom Standpunkt des wirtschaftlichen Ertrags aus nicht leisten. Mit dieser Feststellung ist selbstverständlich nichts gegen die Bodenreform im allgemeinen gesagt. Es wird in unserem Kreis wohl kaum jemand geben, der sie ablehnt. Wir wissen, daß sie houte eine noch zwingendere Notwendigkeit ist als sie ehedem war; denn Hunderttausende von Flüchtlingen warten auf eine eigene Schollel Eine Schnsucht, die wir unter allen Umständen befriedigen müssen, damit die Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat endlich Wurzel fassen. Wir müssen ferner auch daran denken, daß die Siedlung auch die Lohnfrage mildert. Der Arbeiter, der eine Kleinsiedlerstelle sein eigen nennt, ist viel krisenfester als der, der nichts hat. Wir werden daher die Siedlung im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten und der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit fördern, wie wir sie auch im Weimarer Deutschland gegen alle Widerstände der anderen Parteien gefördert haben. Es ist jedoch keine Weltanschauungsfrage, sondern einfach ein Rechenexempel, ob man dem Kleinbetrieb oder dem landwirtschaftlichen Großbetrieb, der Siedlung oder der Gutsgenossenschaft den Vorzug gibt. Diese Frage wird weitgehend beantwortet durch die Bodenbeschaffenheit. Entscheidend bei allen agrarpolitischen Maßnahmen wird von nun an immer der landwirtschaftliche Ertrag sein müssen. Wir müssen daher alle Maßnahmen fördern, die zur landwirtschaftlichen. Veredelungswirtschaft führen.

Doch, Genossen, all diese praktischen wirtschaftlichen Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten sind noch nicht ausreichend, um unsere Gesellschaft neu zu ordnen. Es genügt nicht, die Dinge zu ordnen, wir müssen Einfluß auf die Menschen gewinnen, die letzten Endes die Träger dieser Ordnung sind. Was nützen die besten Gesetze und zweckmäßigsten Institutionen, wenn die Menschen sie nicht mit ihrem Geist erfüllen! Der Geist aber, der eine Einrichtung trägt, ist für die Ordnung nicht weniger entscheidend als die Einrichtung selbst. Nun haben es die Sozialisten früherer Jahrzehnte zweifellos nie recht verstanden, auf den Geist der Menschen, auf ihre Psyche, das Unwägbare in ihnen, Einfluß zu gewinnen. Man hat diese Bereiche, die erst das Leben in seiner Gesamtheit ausmachen und zur Grundlage der Kultur eines Volkes gehören, immer etwas vernachlässigt. Unsere Partei hat auf kulturellem Gebiet nie ein eigenes Programm entfaltet. Dies ist kein Zufall. Kulturell waren die Sozialisten immer die Kostgänger des liberalen Bürgertums; denn der Materialismus ist keine Erfindung der Sozialisten: er war vielmehr der Glaube des liberalen Bürgertums vor 100 Jahren. Das Bürgertum ist verantwortlich für die Säkularisierung des Menschen, für die Relativierung der Eihik, für die Zerstörung der metaphysischen Substanz in den Menschen. Die führenden Sozialisten des vorigen Jahrhunderts, selbst meist Abkömmlinge des Bürgertums, waren ganz Kinder ihrer Zeit. Sie nahmen die kulturellen Ideen dieses liberalen Bürgertums auf und machten sie populär. Unter dem Einfluß dieser Anschauungen haben sie Religion und Moral als Ideologien bezeichnet. Sie wollten damit sagen, daß diesen Lebensgebieten keine eigentliche Realität zukomme, daß sie nur der unwirkliche Reflex wirtschaftlicher Vorgänge seien, daß sie sich in einem Zustand funktionaler Abhängigkeit von der Wirtschaft befänden. Sie glaubten nur an materielle Größen, denen sie allein eine lebenstragende Realität zusprachen. Inzwischen haben wir aber gelernt, daß Moral und Religion Größen von unge-heurer Wirkkraft sind, daß ohne sie kein Volk und keine Ordnung bestehen kann. Sie sind Realitäten besonderer Kraft und Art. Wer aber die Gesellschaft ordnen will, der muß sich dieser immateriellen Realitäten bewußt sein und ihnen besondere Pflego angedeihen lassen. Unter diesem Gesichtspunkt empfand ich es immer betrüblich, daß die Sozialisten Deutschlands im Gegensatz zu den angelsächsischen Sozialisten diesen Problemen ablehnend gegenüberstanden. Die Kirchen ihrerseits haben der Arbeiterschaft eine solche Einstellung allerdings auch sehr leicht gemacht; denn im Kampf zwischen Kapital und Arbeit haben sich die Kirchen nicht auf die Seite der wirtschaftlich Entrechteten gestellt, sondern fast immer auf die Seite des Kapitals. In den letzten 15 Jahren ist hier auf beiden Seiten manches anders geworden. Christliche Kreise suchen mit Sozialisten ins Gespräch zu kommen. Ich denke, Genossen, wir sollten dieses Gespräch gerne aufnehmen; denn wenn die wirklichen Christen und die überzeugungstreuen Sozialisten in dieser aus den Fugen geratenen Welt zusammenstehen, dann vermag diese Welt wirklich eine Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit zu werden.

Im künstlerischen und im wissenschaftlichen Bereich hat die Sozialdemokratie zwar den lobenswerten Vorsatz gefaßt, Kunst und Wissenschaft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen; in Praxis ist dabei meist nur die Verbreitung eines populären Aufgusses alles dessen herausgekommen, was Wissenschaftler und Schriftsteller, die meist Nichtsozialisten waren, erdacht haben. In diesen Bahnen lief allzu häufig auch die von unserer Partei so sehr geförderte Volksbildung. Die rechte Volksbildung kann m. E. nicht darin bestehen, dem Arbeiter popularisiertes Wissen zu vermitteln, sondern nur darin, in ihm auch neues Gemeinschaftsempfinden zu erwecken. Das Gemeinschaftsempfinden ist aber das Entscheldende in jeder Kultur. Alle Kulturen bestanden schließlich darin, daß die Menschen eines

bestimmten Lebenskreises ein gleiches Ziel verfolgten, daß sie das gleiche fühlten und über des Lebens große Gegenstände dieselben Auffassungen hatten. Erst diese Einheit des Fühlens und Denkens schließt die Menschen zu einer großen Gemeinschaft zusammen, die denselben Ausdruck in allen Handlungen und in allen Schöpfungen findet. Ein solches Einheitsempfinden in der Moral könnte der Sozialismus wecken, aber nur ein Sozialismus, dessen tiefste Grundlage eine im Metaphysischen wurzelnde Ethik ist.

Genossen! Es wird vielleicht manchem von Ihnen etwas zuviel der Kritik gewesen sein, mit der ich gegenüber vielen alten und liebgewordenen Vorstellungen zu Gericht gegangen bin. Es ist aber schließlich nicht die Aufgabe, auf einem Parteitag eine Lobrede auf die Partei zu halten, es ist vielmehr unsere Aufgabe, die Wirklichkeit zu analysieren und daraus die Schlußfolgerungen für unser politisches Handeln zu ziehen. Wir stehen heute zwischen den Blöcken von West und Ost, zwischen der liberalistischen Profitwirtschaft und der kommunistischen Zwangswirtschaft. Wir sozialistischen Demokraten repräsentieren dagegen eine Ordnung eigener Art, eine sozialdemokratische Ordnung. Diese Ordnung eigener Art ist die zukünftige Ordnung Europas. Wenn es für dieses alte Europa überhaupt noch eine Zukunft gibt, eine Zukunft der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, dann kann es nur unser Weg sein, der zu dieser Zukunft führt. Ich gehe so weit, zu sagen: Unser Europa und diese Neuordnung sind heute eins. Gelingt es uns, diese sozialistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, so wird Europa leben; gelingt es uns nicht, so ist dies das Ende. Unsere Partei ist der Pionier dieser neuen Ordnung. Versagen wir, so gibt es niemand, der die Lücke ausfüllen könnte; die anderen Paricien denken nicht daran, eine sozialistisch-demokratische Ordnung zu schaffen. Sollte aber unsere Partei nicht mehr sein, dann werden wir entweder kapitalistisch oder kommunistisch. Wir werden, wenn wir versagen, entweder eine Kolonie für kapitalistische Ausbeutung oder ein Anhängsel bolschewistischer Gleichschaltung. Genossen! Trotz aller Ungunst der Verhältnisse ist es uns Sozialdemokraten, und zwar uns ganz allein, gelungen, unsere westliche Zone vor dem Einbruch des Kommunismus zu retten - vielleicht das einzige politische Aktivum der ganzen Nachkriegszeit. Es ist uns ferner, entgegen allen Widerständen von Rechts, gelungen, die alten sozialen Errungenschaften zu erhalten und trotz unseres Zusammenbruchs weiter auszubauen. Das Bürgertum möge wissen, daß ohne unsere politische Arbeit die Massen heute im kommunistischen Lager stünden; und die Arbeiter mögen wissen, daß sie ohne unsere politische Arbeit schutzlos der kapitalistischen oder der kommunistischen Ausbeutung ausgeliefert wären. Wir können daher mit Stolz sagen, daß unsere Politik Erfolg gehabt hat. Gehen wir daher getrost und guten Mutes den Wog weiter, den wir bisher gegangen sind. Wir werden uns ebenso wie bisher allen Tendenzen ins Extreme entgegenstemmen; denn wir lieben die Freiheit und wollen die soziale Gerechtigkeit. Die Massen zu diesem Ziel zu führen und eine wahrhaft sozialistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, das ist und bleibt die Mission der deutschen Sozialdemokratie.

Vorsitzender Gnoß: Ich danke sowohl dem Genossen Kriedemann als auch dem Genossen Veit und nicht zuletzt dem Genossen Zorn für die vortrefflichen, gut durchdachten und anregenden Ausführungen. Ihr Beifall bewies, daß Sie der gleichen Meinung sind. Bevor wir in die Diskussion eintreten hat das Wort zur Geschäftsordnung der Genosse Heiland.

Rudolf Helland, Marl: Genossinnen und Genossen! Die Berliner Ereignisse und der Protest, der heute morgen durch den Parteitag hier so treffend zum Ausdruck kam, kann nicht weit genug in jedes Haus in Deutschland hineingetragen werden. Ich bitte deswegen, den Parteiverstand sofort zu beauftragen, die Erklärung der Berliner Genossen von heute morgen und auch den Protest des Parteitages in einem Flugblatt sofort in Millionenauflage in jedes deutsche Haus hineinzutragen. (Beifall.) Genossinnen und Genossen! Wir als Sozialdemokraten wollen nicht nur der Wellenbrecher der kommunistischen Brandung sein, sondern wir müssen der

Hort des Rechtes sein, wenn die menschliche Zivilisation in Europa bestehen bleiben soll. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Es ist durch den Genossen Heiland der Antrag gestellt worden, sofort, und zwar deshalb sofort, weil beabsichtigt ist, den einzelnen Vertretern der Bezirke möglichst noch einen größeren Teil der Auflage mitzugeben, diese Erklärung als Flugblatt herauszubringen. Ich werde deshalb persönlich die Frage stellen, ob das möglich gemacht werden kann und alles versuchen, daß heute nachmittag noch der Druck vor sich gehen kann. Ist der Parteitag der Meinung, daß diesem Antrag des Genossen Heiland stattgegeben werden soll? (Zurufe: ja.) Widerspruch höre ich nicht. Ich bemühe mich deshalb, das Manuskript dafür unterzubringen und cvtl. den Text des Protokolls mit heranzuziehen, um dieses Flugblatt sofort fertigzustellen. Wir haben dann die freundliche Aufforderung erhalten, alle diejenigen Parteitagsdelegierten und Gäste, die den Weg gach Hause mit der Eisenbahn zurücklegen müssen, darauf aufmerksam zu machen, daß draußen im Gang dieses Gebäudes bei der Reichsbahnauskunft Fahrkarten für die Rückreise gelöst werden können. Ich möchte aber damit gleichzeitig den Wunsch verbinden, daß zwar die Erleichterung von Ihnen in Anspruch genommen werden möge, es aber niemanden veranlassen soll, seine Heimrelse vorzeitig anzutreten, denn der Parteitag dauert bis heute abend. Es ist außerdem noch eine Mitteilung zu machen, die in erster Linie die Mitglieder des Parlamentarischen Rates in Bonn angeht. Genosse Schönfelder als der stellvertretende Präsident des Rates hat für morgen, um 16 Uhr, eine außerordentliche Sitzung einberufen, um zu den letzten Berliner Ereignissen dort Stellung zu nehmen. Ich bitte die hier anwesenden Mitglieder des Parlamentarischen Rates, sich auf diese Sitzung morgen nachmittag einzurichten. Dann darf ich noch für die neuen Mitglieder des Parteivorstandes bekanntgeben, daß sich der Parteivorstand zu einer kurzen Sitzung, um 14.45 Uhr, in dem kleinen Zimmer neben der Gaststätte des Planetariums zu einer Sitzung zusammenfindet. Und nun, Genossinnen und Genossen, kommen wir zur Erledigung der Aussprache zu Punkt 4 und 5 der Tagesordnung. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß damit verbunden sind alle Anträge, die zu Punkt 4 der ersten Vorlage unter der Nr. 27-38 abgedruckt Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, dann ferner ein Nachtrag, der mit Antrag 68 behandelt wird, und ein 5. Nachtrag, der Antrag Nr. 74. Außerdem stehen mit zur Aussprache, ohne daß darüber eine Abstimmung herbeigeführt werden soll, die Grundsätze zum Lastenausgleich. Genossinnen und Genossen, ich darf von vornherein darauf aufmerksam machen, daß sich bis jetzt genau 20 Redner in die Liste eintragen ließen. Es ist damit ganz zweifellos das große Interesse dokumentiert worden, das der Parteitag diesen Fragen entgegenbringt. Präsidium aber ist um so mehr verpflichtet, strengstens darauf zu achten, daß die Redezeit nicht überschritten wird. Ich warne deshalb schon jetzt vor jedem Versuch, weil ich dann gezwungen sein würde, dem betreffenden Redner das Wort zu entziehen. Wir kommen zur Aussprache über Funkt 4 und 5 der Tagesordnung. Das Wort hat zunächst der Genosse Nevermann, Hamburg, ihm folgt Genosse Schoettle, Stuttgart.

Paul Nevermann, Hamburg: Im Auftrage des Sozialpolitischen Ausschusses habe ich dem Parteitag den Entwurf eines Sozialprogramms zu unterbreiten. Genossinnen und Genossen! Bereits auf dem Nürnberger Parteitag wurde vom Ausschuß der erste Entwurf eines Sozialprogramms vorgelegt. Der Parteitag in Nürnberg beschloß, diesen Entwurf den Bezirken zur Stellungnahme und zur Kritik zuzuleiten. Er beschloß ferner, den Sozialpolitischen Ausschuß zu beauftragen, die eingegangenen Stellungnahmen noch einmal zu bearbeiten. Diesen Auftrag hat der Sozialpolitische Ausschuß inzwischen erfüllt. Im Juni 1947 wurde der Entwurf in einer zweiten Lesung in Seesen durchgenommen und es enistand der Seesener Entwurf. Im August 1948 wurde dieser Entwurf einer dritten Lesung unterzogen, und aus diesen Beratungen enistand der Entwurf, der heute dem Parteitag vorliegt. Der Entwurf ist in einer ganzen Anzahl von Unterausschüssen und im Plenum des

Ausschusses eingehend beraten worden. Ich darf auf die Kritik des Genossen Biester an der Zusammensetzung der verschiedenen Ausschüsse des Parteivorstandes sagen, daß der Sozialpolitische Ausschuß gegen diese Kritik gefeit ist. Der Sozialpolitische Ausschuß bestand nicht nur aus Mitgliedern, die vom Parteivorstand berufen sind, sondern auch aus Delegierten der Bezirke. Genossinnen und Genossen: Ich möchte nicht in die Materie des Sozialprogramms einsteigen, um den Parteitag nicht zu belasten, ich möchte nur betonen, daß unsere Genossen, die in der sozialen Arbeit der Gemeinden und der Länder und in Zukunft im neuen Direktoriat für Arbeit stehen, dringend sozialpolitische Richtlinien für ihre Arbeit benötigen. Auf der anderen Seite sehe ich ein, daß wir schlecht diesen Teil als Gesamtprogramm beschließen können. Ich beantrage daher: "Der Parteitag beschließt den vorliegenden Entwurf eines Sozialprogramms als "Sozialpolitische Richtlinien der Sozialdemokratie und beauftragt den Parteivorstand, diese Richtlinien an die Bezirke weiterzuleiten". Der Entwurf hat auch einen Abschnitt über soziales Bau- und Wohnungswesen. Genossinnen und Genossen! Hierzu ist in verschiedenen Tagesordnungspunkten mehrfach gesagt worden, wir müssen den Menschen, insbesondere den minderbemittelten Menschen, praktische Hilfe angedeihen lassen und ein praktisches Vorwärtskommen bieten. Ich bin der Auffassung, daß dieser Teil des Programms, soziales Bau- und Wohnungswesen, die Grundlage für große praktische Hilfen sein kann. Auf dieser Grundlage ist inzwischen auch bereits weiter gearbeitet worden. Die sozialistischen Aufbauminister der Bizone zusammen mit Wohnungspolitikern aller Zonen haben eine weitere Ausgestaltung dieses Abschnitts des Sozialprogramms vorgenommen. Ich darf Ihnen empfehlen, dem 5. Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 und zwar dem Antrag Nr. 74, der aus diesen unseren letzten Beratungen hervorgegangen ist. Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Antrag enthält einen Aufruf zum Wohnungsbau. Die Sozialdemokratie könnte sich wegen der notwendigen praktischen Hilfen, von denen so oft gesprochen wurde, das größte Ansehen in der Bevölkerung und die größte Anziehungskraft erringen, wenn sie die Initiative abgeben würde für einen umfassenden Kleinwohnungsbau. (Bravol) Deswegen heißt es in der Präambel zu diesem Antrag 74: "Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt die unverzügliche Inangriffnahme des sozialen Wohnungsbaus. Er verpflichtet alle sozialdemokratischen Mitarbeiter in den Ländern und Gemeinden, den Wohnungsbau und seine Finanzierung in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufgaben zu rücken." Im Antrag Nr. 74 ist aber nicht nur dieser Aufruf enthalten, sondern es werden genau spezifizierte Wege gewiesen, wie praktisch die Finanzierung des Kleinwohnungsbaus durchgeführt werden kann. Unsere Arbeiten haben dabei zurückgreisen können auf die wertvolle Initiative, die auf diesem Gebiet unsere bayrischen Genossen bereits entfaltet haben. Auf diese Arbeit und einigen weiteren Vorschlägen sind diese Anträge entstanden, die von mir im einzelnen noch begründet werden.

Ich darf endlich bitten, den Antrag Nr. 76 zu beachten, der aus einer Besprechung eines Teiles des Sozialpolitischen Ausschusses hervorgegangen ist. Auch dieser Antrag enthält die praktischen Dinge, die heute auf der Tagesordnung stehen und die insbesondere bei der neuen Verwaltungsstelle für Arbeit in Frankfurt in den nächsten Wochen auf der Tagesordnung stehen werden. Zu diesen praktischen Fragen der Sozialpolitik bitte ich durch die Annahme des Antrages Nr. 76 Stellung zu nehmen, den ich nicht mehr begründen werde, weil er für sich selber spricht. (Beifall.)

Erwin Schoettle, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Ich beabsichtige nicht, mich mit den programmatischen Darlegungen der Genossen Veit und Zorn zu beschäftigen. Ich bin fest überzeugt, daß diese umfassenden Darstellungen sozialdemokratischer Auffassungen auf diesem Parteitag nur am Rande diskutiert werden können und daß die wichtigste Aufgabe, die vor uns allen liegt, die ist, diese Vorstellungen in die Parteidiskussion hineinzutragen und sie als eine Vorbereitung für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Aktionsprogrammes zu betrachten. Ich möchte lediglich auf Grund von mehr als fünf Monaten praktischer

Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit des Wirtschaftsrates einige Bemerkungen machen zu Fragen, die uns alle beschäftigen müssen. Gerade an den Ausführungen des Genossen Zorn ist mir klargeworden, wo das Dilemma sozialdemokratischer Politik in der Gegenwart liegt. Es ist nicht so sehr der Umstand, daß wir Sozialdemokraten nicht auf dem einen oder anderen Gebiet klare Vorstellungen hätten. Der Mangel ist vielmehr, daß unsere Vorstellungen noch nicht koordiniert sind. Wir haben noch nicht zur Grundlage eine Konzeption von dem Ziel, zu dem Wir nicht in 40 und 50 Jahren, sondern in dem Zeitraum gelangen wollen, in dem wir leben und in dem mit uns Millionen Menschen am Rande der Verzweiflung leben. Das Problem, diesen Menschen unmittelbar Hilfe zu bringen, und zugleich jeden Schritt, den wir tun, auf das Gesamtziel zu richten, ist von uns noch nicht in vollem Umfang gelöst worden. Eine andere Schwierigkeit, vor der wir stehen, eine Schwierigkeit, die zum Teil außerhalb des Bereichs unseres eigenen Einflusses liegt, ist die alte Tatsache, mit der wir immer recht hatten und die uns heute in ihrer ganzen Schwere zum Bewußtsein kommt: daß zwischen den wirklichen Lebensbedürfnissen von Millionen Menschen und ihrem politischen Bewußtsein ein so großer Riß klafft, daß es möglich ist, auf Grund eines falschen Bewußtseins, auf Grund einer falschen Klassenfront diesen Menschen, die nach Ordnung, nach Sicherheit und nach Freiheit zugleich streben, im Namen der Freiheit wirtschaftspolitische, sozialpolitische Rezepte unterzuschieben, die ihren tatsächlichen Interessen widersprechen. Dieser Zwiespalt zwischen den wirklichen Bedürfnissen unserer Gesellschaft und ihrem Bewußtsein ist die Voraussetzung für die politischen Möglichkeiten eines Herrn Professor Erhard und seiner bürgerlichen Mehrheit in Frankfurt,

Genossinnen und Genossen! Man kann nicht einfach sagen, es sei eine Aufgabe sozialdemokratischer Propaganda, diesen Zwiespalt aufzulösen. Es ist vielmehr eine konkrete Aufgabe sozialdemokratischer Strategie, die Voraussetzung zu schaffen, mit denen wir als eine Minderheitspartei, die wir im Augenblick sind und die wir vielleicht noch auf absehbare Zeit sein werden, praktische Ergebnisse erzielen und zugleich unsere Minderheitsposition überwinden können. In der Wirtschaftspolitik ist die Sozialdemokratie zum erstenmal seit 1945 vor die konkrete Aufgabe gestellt worden, auf einer höheren Ebene als der der Länderparlamente praktische Politik in dem Sinne zu machen, daß es nicht mehr darum ging, zu deklamieren und zu fordern, sondern ganz konkret zu helfen. Unter welchen Bedingungen ist diese Arbeit vor sich gegangen? Sie ist vor sich gegangen unter unerhörten Beschrünkungen. Wir sind in einer völlig anderen Situation als alle unsere Fraktionen in den Landtagen. Wir sind beschränkt auf das rein wirtschaftspolitische Gebiet. Wir müssen um jedes bischen Zuständigkeit einen erbitterten Kampf führen und stehen oft vor der Frage, ob es überhaupt noch einen Sinn hat zu arbeiten. Wir haben gerade auf dieser Ebene, die weithin sichtbar ist, viel weniger Ausweichmöglichkeiten als auf anderen Gebieten. Wir können nicht ausweichen auf das Gebiet der Kulturpolitik oder der Rechtspolitik, sondern wir stehen vor dem unverhüllten Klassengegensatz, der sich in der Tatsache manifestiert, daß in Frankfurt auf der anderen Seite eine reine Interessentenvertretung sitzt. In diesem Konflikt, Genossinnen und Genossen, steht die sozialdemokratische Fraktion vor der Aufgabe, ohne die Grundsätze eines praktischen Aktionsprogramms eine sozialdemokratische Politik zu improvisieren, bei der sie jeden Tag in Gefahr ist, in Widerspruch mit bestimmten Vorstellungen in den Reihen unserer eigenen Parteigenossen zu geraten. Ein Konflikt, vor dem auch jede sozialdemokratische Fraktion stehen wird, wenn sie auf einer höheren Ebene als der jetzigen im Wirtschaftsrat, zum Beispiel in einer künftigen parlamentarischen Körperschaft, solche und ähnliche Fragen zu entscheiden haben wird. Nun, Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß in einer Situation, wo die wirtschaftspolitischen Ansichten unversöhnlich einander gegenüberstehen, unsere Politik bestimmt sein muß nicht nur von der Überlegung, ob das, was wir fordern, praktische Bedeutung für die Parteipropaganda hat, sondern daß es uns darauf ankommen muß, jeden Tag die anderen vor konkrete Forderungen zu stellen, mit denen sie sich auseinanderzusetzen haben. Das ist der Punkt, an dem ich illustrieren möchte, was ich als die nächsten Aufgaben sozialdemokratischer Strategie im politischen Raum bezeichne. Wir haben ein klassisches Beispiel in den letzten Tagen erlebt. Der Genosse Kriedemann hat bereits in seinem Bericht darauf Bezug genommen. Ich meine das Gesetz über die Schaffung fachlicher Wirtschaftsstellen. Es ist zum erstenmal bei diesem Gesetz möglich gewesen, die CDU zu sprengen und dem Gesetz einen ganz anderen Inhalt zu geben, als er ursprünglich von der Mehrheit beabsichtigt war. Ich glaube, hier liegt ein Fingerzeig. Ich rede nicht irgendeiner Koalition mit der CDU das Wort wie sie heute ist. Aber ich bin mir über eines vollkommen klar: wenn wir in politische Auseinandersetzungen hineingehen, in denen Entscheidungen fallen, die nicht nur für den Augenblick, sondern auf Jahre hinaus das politische Gesicht Deutschlands bestimmen werden, dann müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es genügt, ein schönes, nach allen Seiten wohllautendes Programm zu verkünden und damit ehrenvoll zu unterliegen oder ob wir nicht die Verpflichtung haben, neben den programmatischen Forderungen auch die politischen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu schaffen. Was ich meine, ist folgendes: es ist kein Geheimnis, Genossinnen und Genossen, daß die CDU in ihrer heutigen Gestalt wie ein schwerer Stein mitten in unserem Wege steht, daß sie sozusagen der symbolische Ausdruck der festgefahrenen politischen Front ist, die in Deutschland entstanden ist. Es muß uns gelingen, durch unsere Strategie diese erstarrte Front zu sprengen und bündnisfähige Partner zu gewinnen. Es geht nicht um Koalitionen, sondern es geht darum, daß aus dem Block, der sich als Christlich-Demokratische Union darstellt, die Kräfte herausgesprengt werden, mit denen die Sozialdemokratie ko-operieren kann, Ich glaube, daß das eine wirklich konkrete Aufgabe für die nächste Zeit ist und daß diese Aufgabe voraussetzt, daß wir jede Möglichkelt zu einem ernsthaften politischen Gespräch mit Menschen benutzen, die bereit sind, soziale Politik zu machen, auch wenn sie nicht Sozialisten sind, ohne daß wir uns Illusionen machen dürften über die Dauer des Weges, den wir gemeinsam mit ihnen gehen können. (Beitall.)

Vorsitzender Gnoß: Das Wort hat der Genosse Wissell, Berlin, und ihm folgt der Genosse Klabunde, Hamburg.

Rudolf Wissell, Berlin: Genossen und Genossinnen! Als Zeichen der Wiedersehensfreude freue ich mich über das Klatschen. Ich kann es jedoch nicht als Vorschuß für das gelten lassen, das ich zu sagen habe. Zu sagen habe ich doch auch Verschiedenes, wie ich glaube recht, recht Kritisches, und ich weiß nicht, ob Sie in diesen Fragen auch restlos mit mir übereinstimmen.

Drei Jahre nach dem verlorenen Kriege haben wir es noch nicht fertiggebracht, weder ein sozialpolitisches noch ein Wohnungsbauprogramm endgültig verababschieden zu können. Der Genosse Nevermann hat mit Recht gesagt, wir können die vorliegende Formulierung nur als Richtlinie hinausgeben und wir hoffen, daß im Laufe des nüchsten Jahres nun auch ein endgültiges Frogramm verabschiedet werden kann. Entscheidende Fragen der Sozialversicherung, wie auch manche Fragen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, müssen noch geprüft werden, ob sie dem Ziel einer einheitlichen Gestaltung, zum Beispiel der Sozialversicherung, für ganz Deutschland gerecht werden.

Ich habe auch Kritik zu üben an den Ausführungen meines Vorredners, des Genossen Dr. Zorn. Nicht etwa, daß ich am Inhalt dessen, was er gesagt hat, etwas im besonderen auszusetzen hätte, im Gegentell, ich habe seine Ausführungen geradezu als einen Lichtblick betrachtet, der, wie nach trüben Regenschauern, die Hoffnung auf die Sonne wieder aufkommen läßt. Das erste Referat, das wir gehört haben, hat auf mich einen etwas sehr regnerischen Eindruck gemacht. Ich hatte das Gefühl zu nüchterner Darstellung der Einzelheiten, das wirkte deprimierend.

Die Ausführungen des Genossen Zorn dagegen bilden für die Zukunft eine Grundlage der Agitation, wie wir sie uns besser nicht wünschen können. Wir werden in der nüchsten Zeit in viel höherem Maße als bisher auch eine Intensivierung der sozialen Arbeit der Partei vorzunehmen haben und erkennen aus den

Maßnahmen des Frankfurter Besitzbürgerblocks, daß soziale Massenkämpfe ungeheuren Ausmaßes bevorstehen. In diesen Kämpsen fällt der SPD die politische Führung zu, die politische, nicht die gewerkschaftliche. Diese Intensivierung der sozialpolitischen Arbeit unserer Partei muß in allen Bezirken durch die bezirklichen sozialpolitischen Ausschüsse in engster Zusammenarbeit mit den aktiven Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, in den Konsumgenossenschaften usw. durchgeführt werden. Das soziale Programm, das der Sozialpolitische Ausschuß in Zusammenarbeit mit den Bezirken ausgearbeitet hat, ist dazu sicherlich eine sehr wertvolle Richtlinie. In jedem Orte, in jedem Betriebe, in allen Parlamenten und allen Organisationen müssen die sozialpolitischen Ziele der Sozialdemokratie wirksam vertreten werden. Der Parteivorstand muß diese sozialpolitische Arbeit der Parteibezirke durch sein sozialpolitisches Sekretariat unterstützen. Er muß das Sozialprogramm der Partei als Richtlinie in entscheidender Weise unterstützen. Ich habe den Eindruck, daß in manchen unserer Parteikreise die Notwendigkeit der sozialpolitischen Arbeit doch noch unterschätzt wird. In der früheren Zeit waren alle Parteiorganisationen in allen ihren Institutionen gewissermaßen mit der Entwicklung der Sozialpolitik in diese hineingewachsen. Sie kannten alle Einzelhelten, denn unter ihrer Mitwirkung im Reichstag sind diese zustande gekommen. Ich habe den Eindruck, daß diese innere Verbundenheit, die früher auch bei den leitenden Funktionären vorhanden war (ich brauche nur an Molkenbuhr, Pfannkuch, Bebel zu erinnern), heute in manchen Parteiinstitutionen doch nicht so lebhaft ist, wie es wünschenswert sei.

Der Sozialpolitische Ausschuß — ich glaube wohl, das für alle sagen zu dürfen — hat sich unter dem Referat des Genossen Zorn doch einiges anders vorgestellt, als es hier gegeben wurde. Wir haben erwartet, daß nicht nur die Aufgaben dargestellt würden, sondern haben gedacht, daß auch die Wege, auf denen das zu Erstrebende erreicht werden kann, geschildert werden würden. Das fehlt in diesem Referat, so glänzend es an sich ist und so sehr wir es für unsere Arbeit gebrauchen können. Überlegen Sie sich bitte einmal, daß es unsere Aufgabe sein wird, den Lebenswillen unseres Volkes zu stärken. Man muß heute geradezu sagen, daß dieser Lebenswille des Volkes gebrochen ist.

Die heutige Geburtenzahl liegt unter 15 pro Tausend. Heute wachsen in die Sozialversicherung alle diejenigen hinein, die aus der Geburtenjahrgängen von 37 pro Tausend stammen. Das bedeutet auch ein immer stärkeres Anwachsen der Zahl der Rentenempfänger. Noch im Anfang unseres Jahrhunderts hatten wir in Deutschland 2 Millionen Geburien. Diese sind schon in den dreißiger Jahren unter 1 Million gefallen. Ob wir im nächsten Jahr auch nur 1 Million erreichen, will mir sehr zweifelhaft erschelnen. Diese neuen Aufgaben, den Lebenswillen des Volkes zu stärken und zu heben, können wir auch durch eine verstärkte Gestaltung des sozialen Wohnungsbaues erreichen. Darum begrüße ich auch die Versuche, die jetzt von Bayern ausgegangen sind. Wenn aber gehofft wird, daß etwa durch den Sparwillen auch der Mieter noch etwas für den Wohnungsbau abfallen sollte, so möchte ich das sehr bezweifeln. Vor einigen Monaten suhr ich in der Stadtbahn. Mir gegenüber saßen zwei Maurer, die kamen von der Arbeit. Der eine erzählte, er habe gut verdient. Da sagte der andere: "Da kannst du sparen." "Ich soll sparen?" erwiderte der andere. "Ich spare nur für mich allein, denn ich habe jeizt zweimal das, was ich erspart habe, verloren." So denken viele, viele Arbeiter. Das Geld wird in erster Linie gebraucht für den Bedarf alles dessen, was im Haushalt fehlt, für Wäsche usw. Für den Wohnungsbau sind ungeheure Mittel erforderlich, um nur das Notwendigste zu erstellen. — Ich komme zum Schluß. Man kann in zehn Minuten nicht alles sagen, was zu sagen ist. Wir müssen die Mittel schaffen, um die armen, elenden, ausgebombten Flüchtlinge in ein Heim zu bringen, wo sie sich als Menschen wieder wohlfühlen können. Wenn das nicht geschieht, dann besteht die Gefahr, daß sie destruktiven Tendenzen zum Opfer fallen. Wir würden das bei den nächsten Wahlen erleben. Wenn wir diese Ziele erreichen, dann werden auch die Flüchtlinge und Verdrängten in Deutschland wieder sagen können, "daß die Sonne auch ihnen wieder lacht". (Beifall.)

Erich Klabunde, Hamburg: Ich bin beauftragt, den Aufruf zum Wohnungsbau, der Ihnen heute morgen vorgelegt wurde, kurz zu begründen. Ich muß die Situation schildern. Eine außerordentlich bedrohliche Situation stellt heute nicht mehr der Mangel an Baustoffen, das Problem der Leistungsfähigkeit der Bauarbeiterschaft, die sich erfreulicherweise außerordentlich gesteigert hat und an viclen Stellen 100 Prozent der Friedensarbeit beträgt, dar, sondern das Problem ist heute die Geldbeschaffung für den Wohnungsbau. Es besteht hier die ernsthafte Gefahr, daß trotz des Mangels an Millionen von Wohnungen keine Wohnungen gebaut werden können, oder aber, wenn wir sie nach ungünstigsten Bedingungen des Marktes gebaut haben, der Bevölkerung wegen der hohen Mieten praktisch nicht zur Verfügung stellen können. Deshalb ist es erforderlich, Richtlinien gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen und eindeutig auszusprechen, wie wir uns den Wohnungsbau, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung und auf die Mieten der hergestellten Wohnungen, denken. Es muß ein Programm ausgesprochen werden, auf Grund dessen in dieser Beziehung keine Zweifel bestehen bleiben.

Ich glaube, die Forderungen, die wir haben, werden sich nicht ohne Kampf durchsetzen lassen. Die Organisation des privaten Haus- und Grundbesitzes hat schon in den letzten Monaten die Forderung nach einer Mietpreisstelgerung erhoben, vor allem aber auch nach freier Mietpreisbildung für Neubauwohnungen. Ich darf aus dem Organ der genannten Vereinigung einen Satz zitieren: "Wir haben immer noch politische und keine wirtschaftlichen Mieten." Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Miete eine politische Miete ist, weil über jede Miete eine politische Entscheidung zu fällen ist. Es gibt keine wirtschaftliche Entscheidung, die frei von Politik wäre. Die Miete ist nach Grundsätzen des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu kalkulieren, sagen wir. Durch unseren Antrag würde eine völlige Umkehrung in der Wohnwirtschaft eintreten, die Beseitigung der ein Jahrhundert lang entwickelten Profitwirtschaft erfolgen.

Hier liegt der Punkt, der auf lange Sicht gewissermaßen der Angelpunkt eines sozialistischen Wohnungsprogramms überhaupt sein muß. Wir sprechen weiter die Notwendigkeit aus, daß die höchsten zulässigen Neubauwohnmieten sich nach den jetzigen örtlichen Neubaumieten zu orientieren haben. Wir wollen keine Erhöhungen über den jetzigen Stand, weil die Konsequenz auf der lohnpolitischen Linie liegt. Das bedeutet aber auch eine Konsequenz für die Altbaumieten. Wir brauchen auch hier eine Regelung, die nicht in diesem Aufruf ausdrücklich enthalten ist.

Woher sollen die Mittel kommen? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Wir sagen, daß zunächst einmal die Mittel, die aus dem Gesetz vom 9.7.48 zur Blockierung der Abwertungsgewinne bei Hypotheken entstanden sind, in voller Höhe dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müssen. Gelingt das, dann kommt der Wohnungsbau schneller wieder in Gang, obwohl heute Kapital für erststellige Hypotheken noch nicht bereitsteht. Wir verlangen welter, daß die fünf Prozent der Resikopfquote bereitgestellt werden, in der Weise, daß jeder einzelne nach Belieben diese Verfügung aussprechen kann. Es soll ihm nicht die Entscheidungsfreiheit genommen werden. Ist er sozial schlecht gestellt, dann kann er die Restkopfquote behalten oder aber Genossenschaftsanteile erwerben.

Das Zwecksparen muß über den bisherigen Rahmen ausgedehnt werden, um noch mehr Mittel zu bekommen. Wir wollen ferner die Forderung außtellen, daß aus dem endgültigen Lastenausgleich Mittel für den Wohnungsbau hergegeben werden, um wieder Wohnraum zu schaffen. Die Art, wie dies zu geschehen hat, ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Es kann so geschehen, daß für eine Zeit auf die Tilgung der Zinsen verzichtet wird. Sie werden dem Vorschlag entnehmen, daß er genau überlegt ist. Wir bitten Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen, bitten Sie, sich aber darüber klar zu sein, daß ein umfassendes sozialistisches Wohnungsbauprogramm als Voraussetzung eine vernünftige Finanzierung benötigt. (Beifall.)

Waldemarvon Knöringen, München: Wir haben es dem Parteivorstand zu danken, daß er es auf diesem Kongreß ermöglicht hat, was wir auf dem Parteitag in Nüraberg bereits vermißten, nämlich den Beginn einer ernsten grundsätzlichen Debatte über den geistigen Standort der Sozialdemokratischen Partei. Durch die Rede des Genossen Dr. Zorn ist, wie wir hoffen, eine Diskussion eingeleitet, die nunmehr draußen in der Partei ihre Wirkung haben wird. Es kann nicht Aufgabe eines Parteitages sein, in der Fülle der politischen Probleme eine solche Diskussion auch nur annähernd zu Ende zu führen. Es ist aber nötig, daß die Teilnehmer diese Gedanken hinaustragen in die Partei, um die Partei in eine geistige Unruhe zu versetzen, und nicht zu nuhen und zu rasten, bis diese Fragen grundsätzlich zu Ende gedacht sind. Das kann in einer demokratischen Partei nicht Aufgabe eines Vorstandes sein, sondern muß die Aufgabe der Mitglieder der ganzen Partei sein.

Es ist nicht richtig, wenn die Partei draußen wartet, welche geistige Erkenntnis von oben her vorgebracht wird. Wir müssen anfangen, von unten her aufzubauen und die volle Verantwortung zeigen, die wir für das Schicksal der Partei tragen, wie klein auch unsere Funktion sein möge. Wir müssen uns mit den geistigen Grundgedanken auseinandersetzen, die heute in einer veränderten Umwelt uns zu anderen Ergebnissen führen. Wir können nicht mehr von Schlagworten leben. Wir mitsen handeln. Wir müssen in der Lage sein, das, was wir als sozialistisches Ziel vor Augen sehen, dem einfachen Mann, dem Volk draußen, deutlich zu machen. Wir müssen an den praktischen Fragen des Lebens feststellen, inwieweit wir uns von der kapitalistischen Auffassung unterschelden. Das geht nicht durch Volksversammlungen und durch Referate, die wir uns schnell aus irgendeiner Zeitung zusammenstellen. Das geht nur, wenn wir einer solchen Propaganda die wissenschaftliche Forschung voransetzen. Ich glaube nicht so sehr an die großen Konferenzen, ich glaube nicht an die Ausschüsse von 60 bis 150 Mitgliedern ingendwelcher Spezialgruppen, wo Reden gehalten werden, Diskussionen stattfinden und man wieder nach Hause fährt und die Probleme nicht geklärt worden sind. Ich möchte hier ersuchen, daß der Parteivorstand viel mehr Bedeutung der wissenschaftlichen Vorarbeit dieser Probleme zuwendet. Diese Vorarbeit kann nicht auf großen Arbeitsgemeinschaftstagungen geschehen, sondern sie muß von Fachleuten und Spezialisten durchgeführt werden, die der Materie Herr sind. Erst wenn diese Probleme eine gewisse Klärung und Durcharbeitung enfahren haben. können sie zum Gegenstand weiterer Diskussionen gemacht werden. So sind wir in Bayern an die Grundfragen des sozialen Wohnungsbaues herangegangen. Wir haben kein Wort von öffentlicher Propaganda für den Wohnungsbau gesprochen, ehe wir uns nicht darüber klarwurden, daß man hunderttausend Wohnungen in drei Jahren errichten kann, wenn man den politischen Willen dazu hat. Wir sind heute in der Lage, jedem Fachmann in Bayern zu beweisen, daß die Durchführung des sozialen Wohnungsbaues möglich ist, aber nur, weil wir Monate vorher uns hingesetzt und mit den Fragen auseinandergesetzt haben.

Wir leben in der Periode des Lastenausgleiches. Ich möchte ein Wort der Kritik anbringen. Eine gewisse Unsicherheit über diese Frage in unserer Partei ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir nicht vonher diese Probleme wissenschaftlich untersucht haben. Wir müssen herauswachsen aus der Atmosphäre des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens. Wir müssen in unserer politischen Arbeit vorausdenken und überlegen, was in den kommenden Jahren an politischen Entscheldungen in der großen Linie zu treffen ist. Infolgedessen müssen wir uns jetzt mit einer wissenschaftlichen Analyse für solche Fragen beschäftigen.

Sozialismus ist auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft, wurde gesagt. Das ist wahr. Der Sozialismus ist nicht mehr ein Traum, der irgendwann kommt, eines Tages, wenn wir gentigend danach gerufen haben. Er steht vor uns, er hat begonnen, sich zu verwirklichen. Er ist eine harte Tatsache. Wir müssen ihn mit Zahlen errechnen. Wir können uns nicht mehr mit

schönen Worten begnügen. Nur, wenn Sie Imstande sind, Genossen, den Millionenmassen des deutschen Volkes zu zeigen, daß die Sozialdemoknatie einen Weg hat, wie fünf Millionen Wohnungen gebaut werden, werden Sie die Massen gewinnen. Diesen Weg können wir ohne Sozialismus nicht gehen. (Beifall.) Wir brauchen Fachleute. Wir sollen bei diesen Fachleuten nicht immer danach fragen, ob sie bereits das Mitgliedsbuch unserer Partei für 50 Jahre in der Tasche haben. Hier begegne ich immer wieder, wenn ich einen guten Genossen gefunden habe, dem Argument, daß der Gefundene für die Aufgabe viel zu jung seit. Er sei erst 45 Jahre und da könne man ihm das nicht zutrauen. Alle Achtung vor der Tradition der Partel. Wir laufen aber Gefahr, daß wir vor der Tradition die Zukunft vergessen, eine Zukunft, die sich gründen muß auf eine leidenschaftliche Sachtätigkeit. Die Sozialdemokratie der Zukunft, eine neue Sozialdemokratie muß aus den Erfahrungen des Kampfes von heute ühre neue sozialistische Zielsetzung ableiten. Sie kann es nur tun durch eine wissenschaftliche Analyse der Zeit und durch eine ernsthafte Überleitung dieser Erkenntnis auf die Praxis des Tages. Das ist die Aufgabe, Hoffen wir, daß das kommende Jahr bis zum nächsten Parteitag viele Beispiele solcher wissenschaftlichen und politischen Arbeiten zeigen wird, dann wird uns um die Sozialdemokratie nicht bange sein. Wir glauben, wir sind die Partei der Wissenschaft und des Sozialismus, daher werden wir auch siegen. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß erteilt das Wort Genossen Hauck, Düsseldorf.

Arthur Hauck, Düsseldorf: Es ist hier bereits zum Ausdruck gekommen. daß die grundsätzlichen Ausführungen des Genossen Zorn Grundlagen der Kritik und Diskussionen sein müssen innerhalb der Partei, innerhalb unserer Versammlungen, insbesondere auch innerhalb unserer Distrikte, um die sozialistische Wissenschaft in den Massen zu vertiefen. Ich möchte noch Stellung nehmen zu folgenden Gegenwartsfragen: Es ist das Moment, daß wir in der Entschließung über den Lastenausgleich kein Wort oder wenigstens nicht das entscheidende Wort fanden hinsichtlich der politisch Verfolgten und der Opfer des Nazismus. In dieser Beziehung sind nicht genügend Richtlinien gegeben worden. Ich kann mir vorstellen. daß Verfolgte nach dem Zusammenbruch es verstanden haben, sich durch Energie eine kleino Rücklage zu schaffen. Es besteht die Gefahr, daß diese nun in gleicher Weise zu dem Lastenausgleich herangezogen werden sollen. Durch Erwerbsbeeinträchtigung und Haft geschädigt, soll seit dem Zusammenbruch durch vollen Einsatz im Wiederaufbau von Opfern des Faschismus neu erworbenes Vermögen nun dazu verwendet werden, um vielleicht daraus aus seinen Mitteln mit dazu beizutragen, daß chemalige Nazlanhänger und Aktivisten für eventuelle Kriegsbeschädigung und Flüchtlingsschaden entschädigt werden. Es folgt hieraus, daß jene vor allem heranzuziehen sind, die das Elend mit verschuldet haben, Das ist dasjenige, was ich hier vermisse. Nach der Richtung hin bitte ich unsere Stelungnahme zu überdenken.

Aber das wesentliche, was mich weiter bewegt, ist besonders auch unsere Entschließung, der ich an sich nur den Erfolg wünsche, die Entschließung zu Punkt 4, Antrag 76. Das ist die Frage, mit welcher sich der Wirtschaftsrat in allernächster Zeit mit aller Energie beschäftigen muß, nämlich die Lohnstoppgesetzgebung. Es muß ein Mittel gefunden werden, daß die Arbeiter einen gerechten Lohn bekommen, denn sonst werden wir es nicht verhindern können, daß wir einer Streikwelle entgegengehen, daß die Arbeiterschaft letzten Endes dazu kommt und sich das Rocht auf höhere Löhne erkämpfen muß.

Eine weitere Frage, das ist die der Sozialversicherung. Genosse Wissel hat schon mit Recht derauf hingewiesen, daß es heute ein bedeutender Mangel ist, daß jene fehlen, die mit der Sozialpolitik emporgewachsen sind, die heute die nötigen Richtlinien geben können und das nötige Interesse für diese Frage wecken. Hier ist es besonders unsere Rentenversicherung, die einer Gefahr unterliegt, die gar nicht schaff genug in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden kann, nämlich, daß sich heute die Regierungen der Verpflichtung entziehen, die ihnen zur Aufrechterhal-

tung der Leistungen in der Sozialversicherung gegeben ist. Ich erinnere hier besonders an den § 1384 der Reichsversicherungsordnung, wonach das Reich die Verpflichtung hat, die Deckung der Rentenausgaben sicherzustellen bzw. die für die Grundbeträge erforderlichen Mittel bereitzustellen, zweitens einen jährlichen Reichsbeitrag von 20 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Allein diese Aufgaben werden nicht erfüllt, sondern es wurden diese Mittel den Sozialversicherungsträgern der Rentenversicherung gesperrt, so daß es praktisch unmöglich ist, diese Leistungen zu vollbringen. Wir bedauern, wenn sich die Finanzbehörden weiterhin weigern können, diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Gegenwart nur durch Kredite zu sichern, führt auf die Dauer zu einem Bankerott der Sozialversicherung. der Rentenversicherung, so daß die Versicherten ihrer geleisteten Beiträge verlustig gehen, denn die Mittel, die angesammelten Kapitalien, sind ja hinüber, sie sind in Kanonen verpulvert worden. Nicht zum erstenmal, sondern zum zweitenmal, im ersten Weltkrieg sowohl wie im letzten Weltkrieg in erhöhtem Maße. Das hier wiedergutzumachen, ist Pflicht der Allgemeinheit und kann nicht den Rentenversicherten, den Sozialversicherten allein aufgebürdet werden, denn die Sozialversicherung, besonders die Invaliden- und Angestelltenversicherung, sie haben die Folgen des Krieges zu tragen, indem durch den Krieg die Zahl der Invaliden und Rentner ganz bedeutend erhöht ist. Hier haben wir einzugreifen, hier müssen wir Mittel und Wege schaffen, daß die ungerechte Behandlung der Sozialversicherung, ... wie sie gegenwärtig sowohl von Frankfurt wie auch von den einzelnen Ländern geübt wird, geändert wird. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage des Zentralamtes für Arbeit, welches dem Wirtschaftsrat zur Zeit angegliedert ist. Auch hier schon allein bürgt uns die Zusammensetzung nicht dafür, daß hier wirklich sozialistische Arbeit im Interesse der breiten Masse geleistet wird. Hier haben sich die ehemaligen Reaktionäre vereinigt, die ehedem auch bei der Notverordnungspraxis mitgewirkt haben, lediglich, um an den Ärmsten der Armen zu sparen. Sie bestimmen ebenfalls wiederum, was auf diesem Gebiet geschehen soll. Hier gilt es in dem Zusammenhang, vor allen Dingen das Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherung wiederzugeben. Das ist eine Forderung, die unsere Genossen überall zu vertreten haben. Diese Forderung muß Widerhall finden, damit die Arbeiterschaft selbst bestimmen kann: daß man den Weg nicht weitergeht, den uns Adolf Hitler gezeigt hat. Wir haben hier leider noch das totalitäre System in Wirksamkeit; wenn man auch einen gewissen Beirat geschaffen hat, so hat er nichts zu beschließen, er kann lediglich beraten, und wenn der Herr Leiter das nicht will, dann wird nicht durchgeführt, was die Beiratsmitglieder zum Besten und im Interesse der Versicherten vortragen. Wenn ich die Zeitschrift "Die Sozialversicherung" ansehe, da will man diese Leiter auch für die Zukunst als die Maßgebenden festlegen. Dem unsere Aufmerksamkeit zu widmen, ist unsere vornehmste Aufgabe, wenn die Sozialversicherung nicht in Mißkredit bei den breiten Massen der Bevölkerung kommen soll,

Paul Bleiss, Minden: Genossinnen und Genossen! Die sozialdemokratischen Grundsätze zum Lastenausgleich, die uns vorliegen, lassen einige Fragen offen, die noch einer Klärung bedürfen. Wenn ich die Grundsätze richtig verstanden habe, dann wird darin vorgeschlagen, daß man zu einer globalen Belastung des Sachvermögens kommen müßte, daß die Sachbesltzer die Belastung ihres Sachvermögens in Form einer laufenden Rente abzutragen hätten. Ich glaube, daß gerade diese Gedankengänge noch einer welteren Erörterung bedürfen. Der Sinn des Lastenausgleichs muß doch meines Erachtens der sein, die während des Krieges entstandenen Schäden auf diejenigen prozentual zu verteilen, die ihren Sachbesitz retten konnten. Die Erfassung muß besonders scharf bei den großen Vermögen sein. Das bedeutet aber, daß wir nicht nur zu einer Belastung, sondern zu einer weltgehenden Neuverteilung des Sachbesitzes setzt aber eine Feststellung des entstanden denen Sich adens voraus.

Viele Genossen, die sich mit dem Problem des Lastenausgleichs beschäftigt haben,

machen hier den Einwand geltend, daß man von der individuellen Schadensfeststellung Abstand nehmen müßte, weil diese Schäden — besonders bei den Flücht-

lingen — heute nicht mehr feststellbar sind.

Genossinnen und Genossen, ich bin der Meinung, daß ein solches Argument für uns nicht gelten dars. Denn wessen Interessen haben wir beim Lastenausgleich zu vertreten? Nicht etwa die derjenigen, die heute noch Sachbesitzer sind, sondern die Interessen der Flüchtlinge, der Bombengeschädigten und besonders der großen Gruppe der Kleinsparer, unserer Arbeiter, die im Vertrauen auf den Staat ihre Pfennige damals zur Bank oder Sparkasse getragen haben. Sie haben gerade ein Recht darauf, daß ihnen ihr Vermögensschaden, ihre sauer ersparten Groschen, ersetzt werden, und man kann sie nicht damit trösten, daß inzwischen eine Währungsreform erfolgt sei, für die nicht wir, sondern die Militärregierungen die Verantwortung tragen.

Wir haben ihre Rechte wahrzunehmen und damit wir wissen, um welche Größen es sich handelt, müssen wir diese Schäden feststellen. Ich bin der Meinung, daß eine solche Schadensfeststellung absolut möglich ist, und da, wo die Unterlagen nicht mehr vorhanden sind — wie bei den Ostflüchtlingen —, da

wird man zu einer Pauschalierung kommen müssen.

Wir können auch den Einwand nicht gelten lassen, daß eine solche Erhebung deswegen nicht durchgeführt werden könne, weil es einen zu großen Fragebogenaufwand, einen zu großen Papierkrieg verursachen würde. Zweifellos brauchen wir für eine derartige Feststellung statistische Unterlagen. Aber wir haben in unserer Wirtschaft viele Statistiken anzufertigen, die nicht immer unbedingt notwendig sind. Deshalb glaube ich, daß gerade in diesem Falle, wo es sich darum handelt, ein fundamentales Gesetz für die Zukunft zu schaffen, man sich nicht durch das — besonders von den bürgerlichen Parteien immer wieder vorgebrachte — Argument eines Papierkrieges in die Enge treiben lassen sollte, sondern sich hier, wo die Statistik einem wirklich nützlichen Zweck dient, auch dieses Mittels ruhig bedienen sollte. Denn wir müssen bei dem Lastenausgleich zu einer Neuverteilung des Sachwertbesitzes kommen und bei einer so grundlegenden Veränderung in der Vermögensstruktur hat das Argument des Papierkrieges seine Wirkung verloren.

Der Kriegslastenausgleich muß eines der fundamentalen Gesetze unserer Zeit werden. Wir können ein solches Gesetz nur mit sozialistischer Gerechtigkeit aus-

statten, wenn die erforderlichen statistischen Unterlagen vorhanden sind.

Eine zweite sehr wichtige Frage, die ich hier nur kurz streifen kann, ist die Rententheorie, die in den sozialdemokratischen Grundsätzen erwähnt wird. Diese Theorie bedarf ebenfalls nochmals einer gründlichen Prüfung. Der Genosse Dr. Arndt hat kürzlich ausführlich dargelegt, daß die Verrentung der Ansprüche gerade für das Großkapital eine große Erleichterung sein könnte. Ich möchte das, der Kürze der Zeit halber, in Form eines einfachen Beispiels erläutern; Wenn ein Millionär auf Grund einer Verrentung seiner Vermögensabgabe eine jährliche Rente von 5 Prozent seines Vermögens zu bezahlen hätte, dann wären das 50 000 DM. Wenn er diese Ausgabe von seinem Gewinn absetzen kann, dann erspart er dadurch eine Steuer von 40 000 DM, bei einer 30prozentigen Einkommenssteuer. Das würde also bedeuten, daß seine Nettobelastung nur noch pro Jahr 10 000 DM ausmachen würde. Das ist für einen solchen Kapitalbesitzer nicht mehr als ein Almosen, Ich glaube, wir sind alle davon überzeugt, daß eine solche Form der Belastung für die Zwecke des Lastenausgleichs für uns nicht vertretbar ist. Denn die 10 000 DM. die er dann aufzubringen hat, die wird er doch schon durch ganz geringe Preiserhöhungen wieder hereinholen. Deswegen dürfen wir eine Verrentung, d. h. eine Zahlung von laufenden Jahresraten, nur überall da durchführen, wo Möglichkeiten einer Natural- oder Kapitalteilung überhaupt nicht vorhanden sind, wie vielleicht bei den kleinen Landwirten und dem Kleinhausbesitz. Im Grundsatz müssen wir uns zu einer Naturalteilung, einer Aufteilung des Kapitals bekennen.

Wenn jemand ein großes Warenlager hat, dann muß er eben seine Warenbestünde auflösen, und wenn er das nicht will oder nicht kann, dann muß er sich Fremdkapital verschaffen, um seine Auflage aus dem Lastenausgleich zu erfüllen.

Wenn jemand über ein großes Realvermögen verfügt, dann soll das eben in natura geteilt werden, vielleicht können wir daraus neue Bauernstellen gewinnen.

Denken Sie hinsichtlich der Möglichkeiten einer Kapitalteilung auch an die Vielzahl der Aktiengesellschaften. Bei diesen Aktiengesellschaften kann der Lastenausgleich in Form einer Kapitalzusammenlegung erfolgen. Man kann dann dieses Aktienkapital wieder erhöhen. Wir schaffen dadurch einen breitgestreuten neuen Aktienbesitz, den man den Geschädigten — unter Anrechnung auf ihre Entschädigungsansprüche — anbieten kann. Ich gehe darin noch einen Schritt weiter: Wenn man zu einer solchen Kapitalaufteilung, zu einer großen Streuung des Aktienbesitzes kommt, wenn wir dadurch die Aktienmajoritäten des Großkapitals beseitigt haben und wir eine Vielzahl von Kleinaktionären schaffen, dann kann man diese Kleinaktionäre zu Treuhandgemeinschaften zusammenfassen. Ich glaube, daß wir mit einer solchen Kapitalaufteilung eine gute Arbeit auch im Sinne einer Demokratisierung unserer Wirtschaft leisten. Dann können wir über diese Treuhandgemeinschaften von der Kapitalseite her eine Steuerung und Lenkung unserer Wirtschaft beeinflussen, die uns die Durchführung unserer Zukunftsaufgaben wesentlich erleichtern wird.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Ich glaube, daß die in den Grundsätzen erwähnte Rententheorie des Lastenausgleichs für uns - als Sozialdemokratische Partei - nicht tragbar ist, weil sie den Geschädigten keine Gewähr für eine Erfüllung ihrer Ansprüche bietet. Wir müssen im Prinzip eine Neuverteilung des Sachvermögens anstreben, wir müssen danach streben, weil nur dadurch die Interessen der Flüchtlinge, der Bombengeschädigten und vor allen Dingen der Kleinsparer in der Weise wahrgenommen werden können, wie diese Geschädigten es von uns erwarten. Wir müssen uns zum Grundsatz der Schadenserfassung bekennen, weil nur auf diesem Wege eine gerechte Wiedergutmachung und eine Festlegung der Vermögensbelastungen erfolgen kann. Wir dürfen der Verrentung der Belastungen, d.h. einer sich über viele Jahre erstreckenden allmählichen Abzahlung der Schulden nur da zustimmen, wo uns nach Lage der Dinge keine andere Möglichkeit bleibt, wie beispielsweise bei den kleinen Landwirten und dem Kleinhausbesitz. Wo aber diese Renten, d.h. diese laufenden Zahlungen geleistet werden, da dürfen damit keine Steuergeschäfte betrieben, sondern da müssen sie aus dem wersteuerten Gewinn heraus bezahlt werden. Denn wenn sehon jemand sein Sachkapital behält, dann muß er in den nächsten 15 oder 20 Jahren auf jeden Kapitalertrag verzichten, dann soll auch er sich seinen Sachbesitz in diesem Zeitraum noch einmal erarbeiten, genau so, wie die Millionenzahl der Geschädigten es tun muß.

Genossinnen und Genossen! Darf ich mir jetzt noch im Anschluß an die Ausführungen des Genossen von Knöringen einen kurzen Hinweis auf die notwendige Personalpolitik unserer Partel erlauben: Das Gedankengut der Sozialisierung ist bei uns in der Theorie entstanden. Wir sind der festen Überzeugung, daß unsere Form des Wirtschaftens die kapitalistische Wirtschaftsform ablösen wird, aber bewähren muß sich die Sozialisierung erst in ihrer praktischen Durchführung. Das kann sie nur, wenn sie von denen gesteuert wird, die sich ihr mit ihrem Herzen verschrieben haben.

Wenn wir uns heute die Praxis ansehen, dann müssen wir feststellen, daß die übergroße Mehrzahl der Betriebsführer im bürgerlichen Lager steht, und gerade diese Leute werden — aus ihrer kapitalistischen Einstellung horaus — unserem Sozialisierungsprogramm einen unsichtbaren, dafür aber um so geführlicheren passivon Widorstand entgegensetzen.

Diese Gefahren können wir nur verringern, wenn wir heute schon unsere Genossen überall da in industrielle Schlüsselpositionen einsetzen, wo sich für uns auch nur eine Chance bietet, und wenn wir in der Heranbildung junger industrieller Führungskräfte die erforderliche Breitenarbeit leisten.

Schauen wir nach Frankfurt, schauen wir auf die konsequente Personalpolitik der bürgerlichen Parteien. Wir müssen genau so konsequent sein, wenn wir auf die Dauer nicht am kürzeren Hebelarm sitzen wollen.

Heinrich Jochem, Oberhausen: Genossen und Genossinnen! Die beiden Referate der Genossen Veit und Dr. Zorn haben der Partei zweifellos einige wichtige Grundsätze vermittelt, mit denen man in der Agitation und der Arbeit draußen schon etwas anzufangen vermag. Ich möchte zwel neue Grundsätze herausheben, um die besondere Aufmerksamkeit der Partell auf sie zu lenken, einmal den Grundsatz, der zwar nicht neu ist und den der Genosse Velt herausstellte, daß wir Arzt am kranken Körper der kapitalistischen Ordnung sein müßten, und den zweiten Grundsatz, den Genosse Dr. Zorn herausstellte, daß die Aufhebung des Privateigentums in den Schlüsselindustrien eine Forderung zweitrangiger Natur sein müsse. Diese beiden neuen Formulierungen rütteln, glaube ich, in etwa an den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei. Schon einmal in unserer Geschichte wurde von dem Genossen Tarnow der Satz geprägt, wir müßten Arzt am kranken Körper der kapitalistischen Ordnung sein. Wenn irgendein Arzt die Gesundung eines kranken Menschen herbeiführt, wenn ein Handwerker es fertigbringt, eine defekte Maschine wieder in Gang zu bringen, werden sie als tüchtige Meister anerkannt. Auch die Sozialdemokratische Partei müßte demnach ein guter Meister sein, wenn sie es fertig bringt, die defekte Maschinerie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wieder in Gang zu bringen. Eine solche Auffassung steht vollkommen konträr unserer Parole, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen, um an ihre Stelle die sozialistische zu setzen. Wir haben also zu prüfen, inwieweit wir Arzt sein dürfen, und hier glaube ich, geht in wielen Fällen unsere Hilfsbereitschaft zu weit.

In dem Referat des Genossen Kriedemann wurde zum Ausdruck gebracht, daß man auch politische Erfolge erzielen kann, ohne mit den anderen Parteien zu paktieren oder sich mit ihnen zu koalieren. Ich bezeichne es als einen Erfolg, wenn nunmehr die Gewerkschaften in die Organe der Wirtschaftsverwaltung als gleichberechtigte Faktoren eingeschaltet werden sollen. Dieser Beschluß des Wirtschaftsrates wurde aus unserer Oppositionsstellung erzielt. Es gibt aber auch Beispiele in der Geschichte, daß man ohne Tolerierung und ohne Koalition politisch wirtschaftliche Erfolge erzielen kann, ja daß man unter Umständen die politische Macht erobem kann. Ein Beispiel hierfür lieferte die NSDAP, ein anderes die englische Labour Party. Wir brauchen uns nicht die NSDAP als Vorbild zu nehmen, aber mindestens feststellen, daß es der englischen Labour Party gelungen ist, auf Grund ihrer oppositionellen Haltung die politische Macht mit demokratischen Spielregeln zu erlangen.

Genossen und Genossinnen! Wir haben zu überlegen, inwieweit eine Mitarbeit in den Lünderregierungen und in verschiedenen anderen staatlichen Organen für uns zweckmüßig ist, zumal wir feststellen, daß die Restauration der kapitalistischen Ordnung vor und nach dem 20. Juni in vollster Blüte steht. Wenn wir draußen den Massen einen neuen Weg zeigen wollen, dann genügt es nicht, daß man in Konferenzen und Versammlungen, in Zeitungen und Flugblättern zum Ausdruck bringt, was man will, sondern ich glaube, es ist notwendig, daß man diesem Willen manchmal auch durch die Tat den notwendigen Nachdruck verleiht, um den Mossen wirklich eine Hoffnung zu geben. Wenn aber Dr. Zorn sagt, daß die Aufhebung des Privateigentums eine Forderung und Parole zweitrangiger Natur ist, dann glaube ich, geben wir die Voraussetzung für die Schaffung einer sozialistischen Ordnung überhaupt auf. Haben wir denn nicht erlebt, daß das, was sich um den 20. Juni in der Wirtschaft und Staatsführung vollzog, auf die Macht des Besitzes zurückzuführen ist? Müssen wir nicht jene These viel stärker in die Offentlichkeit herausstellen, daß Besitz Macht und Macht Recht schafft und umgekehrt mit Hilfe des Rechts wieder Macht und Macht wiederum Besitz schafft? Haben wir nicht erlebt, welche ungeheure Macht sich aus der Hortung der Konsumgüter vor und nach dem 20. Juni ergab? Müssen wir also nicht aus der Erkenntnis, daß die Macht sich erst aus dem Besitz ergibt, die Verlagerung des Besitzes zum Volke hin als erste Forderung herausstellen? Haben wir nicht die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien stärker als bisher herauszustellen? Wir brauchen deswegen nicht an die Aufhebung des Eigentumsrechts der Handwerksmeister oder der kleineren Gewerbetreibenden zu denken. Wir haben eine neue Form der Verstaatlichung gefunden. Wir lehnen das, was im Osten geschicht, ab. Das Gesetz zur Sozialisierung der Kohle mit seiner "Seibstverwaltungskörperschaft Kohle" garantiert die echte Selbstverwaltung durch das Volk. Diese Parole stärker zu vertreten, auch wenn sie von den reaktionären Kräften und den Besatzungsmächten noch so stark abgelehnt wird, diese Parole unter Umständen mit einem entsprechenden Druck der sozialistischen Bewegung zu unterstreichen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und gehört zu den erstrangigen politischen Maßnahmen. Das will der Antrag Nr. 29 des Unterbezirks Duisburg-Wesel. Ich bitte die Delegierten, sich diesen Antrag genau anzusehen, denn er gibt im wesentlichen den Kern dessen wieder, was heute notwendig ist, nämlich diejenigen Mittel anzuwenden, die der Sozialdemokratischen Partei mit den Spielregeln der Demokratie zur Macht verhelfen können. Erst wenn wir die politische Macht haben, werden wir unsere Ziele durchzuführen vermögen, die wir uns gestellt haben.

Otto Günther, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Die von Genossen Dr. Zorn vorgetragene Marx-Kritik kann nicht unwidersprochen bleiben. Sie ist nicht neu und hat den gleichen Fehler, der fast alle Marx-Kritik auszeichnet. Unsere politischen, ja selbst sozialökonomischen Betrachtungen und Diskussionen bewegen sich immer um den Staat und werden ausgetragen in der Sphäre des Rechtsdenkens. Die Problematik des Marxismus aber geht von der Gesellschaft aus und sieht den Staat nur als dienstbare Einrichtung der nach ganz anderen Gesichtspunkten sich gestaltenden Gesellschaft. Es müßte Aufgabe der Diskussion sein, aus dieser Zweigleisigkeit herauszuführen.

Die Behauptung des Genossen Dr. Zorn, daß eiwa 80 Prozent des Lohnes bzw. der Lebenskosien für den lebensnotwendigsten Bedarf verwendet werden, steht im Widerspruch zu der tatsächlichen Lage, in der sich heute breite Schichten der Arbeitnehmer befinden. Ich glaube, daß die Erhebungen, die zur Zeit vom Deutschen Gewerkschaftsbund und von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft angestellt werden, um brauchbare Unterlagen über den augenblicklichen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu erhalten, im wesentlichen undere Zahlen bringen werden. Es wird sich dabei herausstellen, daß die übenwiegende Zahl der deutschen arbeitnehmenden Bevölkerung nicht nur 80 Prozent für den lebensnotwendigsten Bedarf aufzuwenden hat, sondern nahezu an die 100-Prozent-Grenze herankommt. Wir haben schon heute erhebliche Teile der Arbeitnehmerschaft, die noch nicht einmal in der Lage sind, von ihrem Lohn die bewirtschafteten Lebensmittel und Bedarfsgüter zu erstellen.

Genossinnen und Genossen, es taucht immer wieder das Wort vom "gerechten" Lohn auf. Einen "gerechten" Lohn gibt es nicht. Der Lohn ist das Ergebnis des Kampses zwischen Arbeit und Kapital. Man darf hier nicht moralische Begriffe einführen, denn im gegenwärtigen Augenblick, in dem es darauf ankommt, die klaren Fronten zu sehen, um dem Arbeitnehmer die Möglichkeit einer eindeutigen Stellungnahme zu erschließen, führt eine solche Argumentation zur Verschleerung des Tatbestandes und damit zur Verschlechterung der Kampskraft und Kampsfähigkeit der Arbeitnehmerschaft. Hier spielen keine sittlichen oder moralischen Begriffe eine Rolle, sondern hier ist allein ausschlaggebend die Kampskraft und die Kampsfähigkeit der dafür eingesetzten Organisationen und Institutionen. Streichen wir deshalb diesen Begriff in unseren Diskussionen, richten dafür aber unser Augenmerk auf die Möglichkeiten, die der Arbeiterschaft heute im Kamps um höhere Löhne und eine Besserung des Lebensstandards dienstbare Hilse leisten können. Es ist eine dringende Aufgabe, daß die Anfänge gemacht werden zur Neuregelung des Arbeitsrechts sowie des Schlichtungswesens.

Im Augenblick ergibt sich für manchen unserer Genossen, die staatliche Funktionen auszuüben haben und durch ihre politische Funktion auf die Seite des Arbeitgebers gerückt sind, eine unzweifelhaft schwierige Situation, da sich die Währungsreform für die staatlichen Finanzen, insbesondere die Kassenlage der öffentlichen Körperschaften, außerordentlich ungünstig ausgewirkt hat. Die von

der Militärregierung lange vor der Währungsreform gegebene Möglichkeit, das Lohnniveau im allgemeinen um etwa 15 Prozent zu erhöhen, ist von der Pünderschen Bürokratie weitgehend verzögert, man kann vielleicht sagen, sabotiert worden. Durch die Währungsreform bei gleichzeitiger Verzögerung bzw. Verhinderung einer Lohnerhöhung ist tatsächlich schon eine Lastenverschiebung auf die Schultern der breiten Arbeitnehmerschichten praktisch vorgenommen worden. Wir müssen alles iun, um von der staatlichen Seite bei aller Berücksichtigung der schwierigen Lage. in der sich die öffentlichen Körperschaften befinden, eine Erleichterung herbeizuführen. Eine solche Forderung ist um so leichter zu vertreten, als feststeht, daß nach der Währungsreform eine weitgehende Besserung der Arbeitsmoral der Arbeitnehmerschaft zu erkennen ist, während man von einer Besserung der Geschäftsmoral in den Kreisen der sogenannten freien Wirtschaft nicht sprechen kann. Es hat vielmehr den Anschein, als ob heute Steuerhinterziehung die beste Seite bürgerlicher Geschäftsmoral darstellt. Das ist die Ursache der augenblicklich schwierigen Kassenlage der öffentlichen Körperschaften. Diese darf man aber nicht zur Grundlage nehmen, um eine allgemein schleppende Lohnpolitik zu betreiben. Ich möchte wünschen, daß die in den Finanzkörperschaften tätigen Genossen diesem Problem ihr besonderes Augenmerk schenken und den Forderungen der Arbeitnehmerschaft weitgehendes Verständnis entgegenbringen. Wir haben davon abgeschen, zu dem Problem einen Antrag zu stellen, aber ich glaube, es genügt, wenn vor dem Forum des Parteitages den Genossen, die in dieser Materie arbeiten, das Gewissen geschärft wird. Dann werden sie in den kommenden Verhandlungen der Haltung der Arbeiterschaft das Interesse entgegenbringen und ihre Positionen so beziehen, daß wir mit ruhigem Gewissen in den kommenden Kämpfen nicht nur auf die wohlwollende Haltung unserer Funktionäre, sondern auch auf die tatsächliche Hilfe in der gegenwärtigen Notlage hinweisen können.

## Nachmittagssitzung

Präsident Löbe: Die Sitzung ist wieder eröffnet. An den Parteitag in Düsseldorf ist noch ein Telegramm eingegangen:

"Brüderliche Grüße und gutes Gelingen! Sozialdemokratische Partei an der Spar."

Über die Grüße der saarländischen Organisation freuen wir uns besonders und treten nun in die Fortführung unserer Debatte ein. Das Wort hat der Genosse Klingelhöfer, Berlin. Ihm folgt Hielscher, München.

Gustav Klingelhöfer, Berlin: Genossen und Genossinnen! Die Nachdrücklichkeit, mit der Sie dem Verlangen des Genossen Waldemar von Knöringen zugestimmt haben, daß die wissenschaftliche Fundamentierung unserer Politik in der ersten Reihe unserer Arbeit stehen muß, ermutigt mich zu der Feststellung zum Vortrag unseres Genossen Dr. Zorn, daß er im Grundsätzlichen zu allgemein blieb, um deutliche Kenntnisse zu vermitteln, und daß das Einzelne zu wenig systematisch erschien, um Grundsätze für die Politik zu ermöglichen; zu den Darlegungen des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates, der zu sehr in den Einzelheiten der Taktik der Fraktion verblieben ist, um die Hintergründe deutlich zu machen, auf der der Wirtschaftsrat seine Arbeit tat. Lassen Sie mich zu beiden Dingen wenige Beispiele geben; Zu den Voraussetzungen der Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei und auch zu den Voraussetzungen, die Opposition in der Kommunistischen Partei zu beeinflussen, gehört die klare Erkenntnis, warum es möglich war, daß in der Sowjetunion sämtliche Produktionsmittel in Gemeineigentum übergeführt wurden und eine totale Planwirtschaft eingeführt worden ist und dennoch das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vollständig verfehlt bleiben mußte. Ich will ein anderes Beispiel

geben: Wir haben 1918-1933 versucht, mit dem Mittel der Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, was uns 1918 nach der Revolution auf dem Gebiete der Sozialisierung zu erreichen nicht möglich war. Warum war das nicht möglich? Wir haben aus dieser Zeit erkannt, daß Sozialisierung eine Machtfrage ist. Wir stehen vor der Frage: Warum war die Wirtschaftsdemokratie von 1918 bis 1933 ein Irrweg, der auch dazu beitrug, daß unsere Macht im Jahre 1933 verfliegen mußte wie der Nebel vor der Sonne? Die Dinge sind heute so, daß es nicht mehr so sein darf, wie es im Reichswirtschaftsrat seit 1920 war. Wir müssen die Frage stellen: Weshalb brauchen wir heute eine Wirtschaftskammerorganisation, die das Recht der Mitbestimmung sicherstellt? Alle diese Fragen wollen wissenschaftlich untersucht werden. Wir müssen wissen, weshalb es dazu gekommen ist, daß trotz der Revolution von 1918 es zur vollen Herrschaft der Kartelle kam und zur Krise der Demokratie. Wir wissen, daß in der Konstruktion der deutschen Wirtschaftsorganisation Fehler vorhanden waren, die in den westlichen Demokratien nicht vorhanden waren. Wie kommt es, frage ich weiter, daß Genosse Zorn zur Ablehnung einer totalen Planwirtschaft kommt, und was bedeutet der Unterschied zu dem, was wir unter einer sozialistischen Wirtschaftsplanung verstehen? Und eine praktische Frage noch zum Vortrag des Genossen Zorn: Ich meine die Frage des Lasten-ausgleichs. Wir müssen hier erkennen, daß es sich in der Frage des Lastenausgleichs keineswegs um eine einmalige politische Aktion handelt, sondern es sich hier sehr wohl handeln kann um eine Frage, die immer wieder bei jedem Kriege auftauchen kann. Wir müssen erkennen, daß die Methoden des Krieges sich verändert haben, und mit der immer wieder in Erscheinung tretenden Frage des Lastenausgleichs rechnen. Wir brauchen auf die Frage eine Antwort, weshalb links von uns heute Konterrevolution ist, weil totalitäre Mittel angewandt werden, Mittel eines Polizeistaates. Wir müssen eine Antwort haben auf die Frage, welche Aufgaben dem demokratischen Sozialismus im heutigen Europa gestellt sind zwischen den beiden Extremen der linken Konterrevolution und der Konterrevolution rechts von uns.

Zur Frage des Wirtschaftsrates einige Bemerkungen. Der Wirtschaftsrat wird leicht ungerecht beurteilt. Gerade als Berliner möchte ich das sagen. Der Wirtschaftsrat war und ist das unglücklichste Parlament, das man sich vorstellen kann. Er ist weder ein Parlament noch ein Rat. Die Funktionen des Wirtschaftsrates waren längst vorbestimmt, und der Einfluß der Alliierten war hier stärker als auf irgendeinem anderen Gebiet. Als Legislative mußte der Wirtschaftsrat eine Karikatur sein. Wir müssen aber deshalb doch klar erkennen, daß der Wirtschaftsrat das erste Parlament war, das wir in Deutschland über den Lündern hatten, das über die Ländergrenzen hinaus wirkte. Es ist bedauerlich, daß der Fraktionsbericht diese Tatsache vollständig vernachlässigt. Man soll nicht übersehen, daß der Wirtschaftsrat das erste überzonale Parlament in Deutschland war. Wenn schon die SPD im Wirtschaftsrat in der Minderheit war, so mußte und konnte sie gerade als Minderheit eine konstruktive Oppositionspolitik machen. Hier war zu entscheiden, was in der Zukunft geschehen sollte und mußte. In der Frage der Wirtschaftsverfassung und der Frage der Wirtschaftsorganisation Deutschlands sehen wir, wie die Sozialisierungsfrage in den Ländern behandelt und zu einer Tragikomödie wird. Ich kann mir vorstellen, daß im Wirtschaftsrat ein Sozialisierungsgesetz und ein Bodenreformgesetz behandelt worden wären, so daß die CDU in dieser Frage zu einer Entscheidung getrieben worden würe, der sie nicht hätte ausweichen können. Eine andere Frage in der Politik des Wirtschaftsrates ist die Frage der Unternehmerverbände. Wenn der Wirtschaftsrat ein Wirtschaftskammergesetz beschlossen hätte, so könnten wir uns darauf verlassen, daß das, was uns heute als Macht der Unternehmerverbände begegnet, im Westen Deutschlands, von vornherein in Formen gegossen worden wäre, die dem ganzen Land eine Wirtschaftsorganisation gegeben hätten, die Arbeiter und Angestellte auch wirklich paritätisch zur Mitarbeit berechtigt hätte.

Lassen Sie mich mit wenigen Worten, damit ich zum Schluß komme, auch sagen, daß gerade Berlin dem Wirtschaftsrat Dank schuldig ist. Wir brauchen den

Wirtschaftsrat und sind ihm Dank schuldig für die Hilfe, die er uns leisten kannWir dürfen nicht übersehen, daß zwei Drittel von Berlin, mehr als zwei Millionen
Menschen, mit dem Westen auf Gedelh und Verderb verbunden sind; gerade
während des Blockadekrieges brauchen wir die Mitarbeit des Wirtschaftsrates.
Die Dinge liegen heute so, daß wir im Jahre 1948 Anlaß haben, nachdem wir im
Jahre 1864 ein Kommunistisches Manifest bekommen haben, daß wir im Jahre 1948
ein demokratisch-sozialistisches Manifest bekommen müßten. Es ist höchste Zeit
für ein Aktionsprogramm, das auf wissenschaftlicher Grundlage Grundsätze der
Politik schafft, die für die nächsten Jahre uns die Möglichkeit geben, Aufgaben,
die wir vor uns haben, auch zu bewältigen. Ich glaube, daß es notwendig wäre,
daß schon dieser Parteitag eine Kommission einsetzen sollte, um dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Vorsitzender Löbe: Genossinnen und Genossen! Unsere englische Genossin Miß Herbison hat den Wunsch geäußert, einige Worte zu uns zu sprechen. Die Genossin kann nur wenig Deutsch; aber sie wird jetzt einige Worte sagen, und sie hofft, verstanden zu werden.

Miß Herbison, England; Ich spreche vom Experiment, das die Labourregierung in England durchführen wird, und von ihren Bemühungen, einen Mittelweg zu finden zwischen den Gefahren, die uns von einer kapitalistischen Lebensweise einerseits und einer kommunistischen andererseits drohen. Die Labourregierung in England versucht, mit ihrem Experiment diesen Mittelweg zu finden, und hat eine Planwirtschaft begonnen, die dem Einzelmenschen seine Freiheit gewährleistet. Die Sozialisten in England sind jedoch davon überzeugt, daß für eine Reihe von Industrien eine Planwirtschaft möglich ist. In England sind bis jetzt der Kohlenbergbau, die Gasindustrie, das Elektrizitäts- und das Transportwesen verstaatlicht worden, weil das die Industrien sind, die nach Meinung unserer Genossen das Gerüst der Wirtschaft bilden. Die Genossen in England haben den Eindruck: es hat sich bereits ein Jahr nach der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues erwiesen, daß die Verstaatlichung ein ganz großer Erfolg war. Ich spreche aus meinen Erfahrungen, die ich selber als Vertreterin eines Bergarbeiterbezirks gesammelt habe. Eine Reihe von neuen Maschinen ist im Kohlenhergbau eingeführt worden. Es ist schwer, Nachwuchs für den Kohlenbergbau zu bekommen. Seit der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues in England ist es dort gelungen, viele Münner neu in diese Industrie hineinzuziehen. Die Kohlenproduktion ist bereits im vergangenen Juhr gestiegen und ist in diesem Jahre weiter gestiegen. Aber das ist nicht allein ausschlaggebend. Alle, die mit Bergleuten zusammen leben, wissen, daß heute in England das erstemal seit vielen Generationen unter den Bergarbeitern das Gefühl einer neuen Hoffnung besteht, einer Hoffnung, daß endlich einmal auch die Bergarbeiter ihren Anteil an dem Volkswohlstand bekommen werden.

Es ist weiter unser Ziel, jedem die gleiche Chance zu geben. In England ist es heute möglich, daß jeder Junge und jedes Müdchen, ganz gleichgültig, wie arm auch sein Elternhaus ist, eine Ausbildung bekommt, die bis zum Universitätsstudium führt.

Für jeden Arbeiter in der Welt ist es die Hauptsache, daß er das Gefühl der Sicherheit hat, der Sicherheit für seine oigene Existenz und für die Existenz seiner Angehörigen. In England gibt es heute eine Sozialgesetzgebung, die einem jeden Menschen Sicherheit gewährt, Sicherheit im Alter, Sicherheit im Falle von Krankheit oder Invalidität und Sicherheit im Falle seiner Arbeitslosigkeit. Seit Juli dieses Jahres ist es für jeden Menschen in England möglich, ob er in einer Versicherung ist oder nicht, einen Gesundheitsdienst in Anspruch zu nehmen. Dieser Gesundheitsdienst schließt ein: ärztliche Behandlung, Spitalaufnahme, die Möglichkeit, Brillengläser und vollständige Zahnbehandlung zu bekommen und für Schwerhörige die nötigen Apparate. Dieser Gesundheitsdienst steht jedem unentgeltlich zur Verfügung.

Das Wohnungsproblem war auch in England ein sehr drängendes. Bis Ende dieses Jahres werden dreiviertel Millionen Häuser gebaut, und zwar Häuser für

den gewöhnlichen Mann auf der Straße.

Dies ist nur eine Seite der Medaille, die ich die rosige nennen möchte. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß England in den vergangenen drei Jahren mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Vor dem Kriege war England ein verhältnismäßig reiches Land, am Ende dieses Krieges ein verhältnismäßig armes. Ein großer Teil der Dinge, die die Menschen in England selber gut gebrauchen könnten, muß exportiert werden, und England ist heute nicht in der Lage, viele der Dinge zu importieren, die es braucht.

Wenn unsere Genossen in England öffentlich reden, dann sagen sie immer wieder, es ist Sache der Regierung, Gesetze durchzubringen, aber die wirkliche

Regierung des Landes liegt in der Hand der Arbeiter selber.

Wenn wir für uns selber und für unsere Kinder das Beste wollen, dann müssen wir einsehen, daß wir auch die besten Leistungen vollbringen müssen. Die englischen Genossen haben das Gefühl, daß der Erfolg oder Mißerfolg des Experiments in England nicht nur die Angelegenheit Englands selber ist. In England sind die Genossen fest entschlossen, für den Sozialismus, d.h. für die Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen, einen Sieg zu erringen. Die Genossen in England sind so tief überzeugt von der Notwendigkeit ihrer Arbeit, sie wissen, daß der Erfolg ihres Experiments auch eine große Bedeutung für die ganze Menschheit haben wird.

Man kann den Sozialismus nicht nur in einem Land verwirklichen. Ich wünsche Ihnen daher auch Erfolg bei Ihren Anstrengungen. Ich weiß, daß es Ihr größter Wunsch ist, die Möglichkeit zu haben, den Kohlenbergbau zu sozialisieren. Der heiße Wunsch der englischen Labour Party ist der: Wir wünschen der Sozialdemokratischen Partei einen vollen Erfolg, und wir hoffen, wenn es einmal zu der Wahl zu einem Parlament eines geeinten Deutschlands kommen sollte, daß dann die Sozialdemokratische Partei eine klare Mehrheit hat. (Bravorufe.) Auf Ihrem Wege begleiten Sie die besten Wünsche der Labour Party. Wenn die Labour Party Ihnen hellen kann, sei es durch das Beispiel oder sei es auf andere Weise, so sind die Genossen der Labour Party dazu gern bereit. Zum Schluß des Kongresses darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß jeder einzelne Teilnehmer, der in seinen Distrikt zurückkehrt, das Gefühl hat, eiwas mitgenommen zu haben, um die Arbeit in Bogeisterung weiterführen zu können. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Ich danke der Genossin und möchte die Wünsche, die sie uns für unsere Arbeit übermittelt hat, damit beantworten, daß Ich sie bitte, den englischen Genossen die Grüße des Parteitages zu übermitteln, verbunden mit dem Wunsch, daß auch die britische Labour Party in ihrem Kampf große sichtbare Erfolge im Sinne des Sozialismus für die Zukunft haben möge. (Belfall.) Das Wort hat jetzt der Genosse

Erwin Hielscher, München: Genossinnen und Genossen! Der Ortsverein München hat mit Bedauern festgestellt, daß die Frage des Lastenausgleichs nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung dieses Kongresses gesetzt wurde. Nach der Neuordnung des Geldwesens stehen zwei große wirtschaftliche Probleme vor aus. Das eine ist die Frage der Stabilhaltung der neuen Währung, d.h. aber auch das Problem des Verhältnisses der Löhne zu den Preisen. Gleich danach steht aber das Problem des Lastenausgleiches. Unser Antrag, diesen Punkt nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen, ist so erledigt worden, daß er bol Punkt 5 mitbehandelt werden soll. Wir fürchten, daß durch diese Methode das Problem zu kurz kommt. Die schlechte Regelung eines ähnlichen Problems nach 1923 hat sehr dazu beigetragen, die Rechtsradikalisierung in Deutschland zu fördern. Aus den Opfern der Finanzkatastrophe nach 1918 setzte sich ein großer Teil der Anhänger des Nationalsozialismus zusammen. Das müssen wir als Partei diesmal verhindern.

Ich will mich kurz zu der Entwicklung außern, die die Frage des Lastenausgleichs innerhalb unserer Partei genommen hat. Es handelt sich beim Lastenausgleich oder, wie man richtiger sagen müßte, "Verlustausgleich" um einen Ausgleich. In letzter Zeit ist eine Umkehrung des Begriffes eingetreten, die man dadurch am besten charakterisiert, daß man auch das Wort umdreht. Es wird offenbar kein Lastenausgleich, sondern eine Ausgleichsbelastung angestrebt. Die Möglichkeit oder auch nur die Notwendigkeit einer Milderung der erlittenen Schäden wird vielfach verneint. Genosse Dr. Weiser hat hierfür die Formulierung gefunden, daß man aus dem Aufkommen aus dem Lasienausgleich einen "Fonds für soziale Investitionen" machen solle. Es wird in diesem Zusammenhang auch notwendig sein, genau abzuwägen, wie unsere Bauabsichten in der Frage der Beteiligung am Lastenausgleich berücksichtigt werden können. Nun ist an der neuen Auffassung immerhim verdienstvoll, daß die alten und langgehegten Illusionen zerstört erscheinen. Ich habe im Homburg bei der Sonderstelle "Geld und Kredit" mitgearbeitet, und wir haben wochenlang heftig miteinander gerungen, um diese Illusionen zu zerstören. Der Gegensatz der Auffassungen war nicht parteipolitisch bedingt. In Homburg befanden sich acht ausgesuchte Finanzsachverständige. Das Ergebnis sah eine fünfprozentige Abgabe, eine fünfzehnprozentige Festquote und weitere zehn Prozent Besserungsscheine vor. Ich habe selbst seit 1945 unverändert die Auffassung vortreten, daß die reine Geldregelung streng erfolgen müsse, aber auf einem ganz anderen Blatt steht die Regelung der Vermögensansprüche der Sparer, der Versicherten, der Sachbeschädigten und der Flüchtlinge. Das ist eine Frage der künftigen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, der Haushalte, der Besteuerung. Ich würde es für einen großen ökonomischen und politischen Fehler halten, wenn wir nach der Zerstörung der Illusionen das Kind mit dem Bade ausschütten würden, wenn wir die Ansprüche aller Geschädigten mit einem Federstrich beseitigen wollten. Wenige Jahre nach der letzten Inflation schwammen die Finanzminister im Gelde; gewiß gibt es gegenüber der damaligen Zeit erhebliche Unterschiede zuungunsten der heutigen Situation, Wir dürfen und wir müssen aber auch heute Optimisten sein. Wenn wir nicht Optimisten wären, wären wir nicht Mitglieder und Funktionäre dieser Partel. Ich halte es für meine moralische und politische Pflicht, darauf hinzuweisen, daß das Aufkommen, aus dem Lastenausgleich auch ganz den Geschädigten zugeführt wird. Nur so behält der Lastenausgleich seine moralische und ethische Rechtfertigung. Es ist selbstverständlich, daß zunächst einmal die Bedürstigen drankommen müssen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, für die ich bereits vor drei Jahren die Vorzugsrente vorgeschlagen habe. Es sind auch weitere Prioritäten denkbar. Es ist bei optimistischer Betrachtung möglich, eine Milderung der durch die Geldreform und den Krieg eingetretenen Verluste im bescheidenen Umfange vorzusehen. Denken Sie daran, daß der Durchschnitt der Spareinlagen vor der Geldreform bei 1600 Mark lag. Wie schwer es war, diese Spargroschen anzusammeln, wissen Sie. Es könnte auch eine Wiedergutmachung des Unrechtes der Anrechnung der Kopfquote im Verhältnis 1:10 auf diese Sparguthaben erfolgen. Durch die Anrechnung der Kopfquote auf die Sparkonten wurde die Hälfte der Sparkonten vernichtet. Der ursprüngliche Sinn war aber der, daß die noch nicht verbrauchten Löhne und Gehälter 1:1 umgetauscht werden sollten. Es kann zugegeben werden, daß sowohl bei den Fliegerschäden wie bei Flüchtlingsschäden Pauschalierungen eintreten. Es kommen nur ernste Schäden mit mindestens 50 Prozent überhaupt in Betracht. Ebenso selbstverständlich sind Staffelung und Höchstgrenzen möglich. Es wird gesagt, daß, nachdem der Homburger Plan nicht durchgoführt wurde, technische Schwierigkeiten beständen. Ich widerspreche dem ausdrücklich, das trifft nicht zu.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Oppositionspartei, der herrschenden Partei, der CSU, das Problem des Lastenausgleiches dadurch zu erleichtern, daß wir die Interessen der Kleinsparer, Versicherten, Flüchtlinge, die auch in unseren Reihen stehen, vorzeitig preisgeben. Ollenhauer hat es gestern als die große Bewährungsaufgabe bezeichnet, daß gerade die bei den Angestellten, Handwerkern

und dem Mittelstand stehenden Sympathislerenden für uns gewonnen werden mitssen. Wir dürfen sie in dieser Frage nicht entläuschen. Ich verlange in dieser Frage nichts Unmögliches, Wenn die Homburger Lösung der acht Sachverständigen als ökonomisch möglich bezeichnet wurde und wenn diese Lösung nur an der Weigerung der Alliierten gescheitert ist, den Lastenausgleich durch eine Handlung auf sich zu nehmen, so heißt das, daß wir zurückkommen sollten zu den großen Konzeptionen des Homburger Planes oder ihm näherkommen. Das wind möglich sein, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:

- Es muß mit dem Lastenausgleich sofort begonnen werden, und zwar mit einer Pauschalabgabe;
- 2. die Gesetzgebung muß beschleunigt werden.

Wir lassen durch das gegenwärtige Verlahren den betroffenen Deutschen viel zu lange Zeit, sich auf das Kommende einzurichten. Aber noch eines ist ebenso wichtig, nämlich die Sicherstellung, Veranlagung und Erfassung. Es ist im Augenblick schwer zu sagen, was schlimmer ist: der Zustand unserer Finanzverwaltung oder die Steuermoral. Dem einen Teil werden Lohnsteuern auf Heller und Pfennig abgezogen, beim anderen werden wir bei der veranlagten Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer auf das schamloseste betrogen. Die kleine Steuerreform hat keineswegs, ebensowenig wie die Geldreform, eine Besserung der Steuermoral herbeigeführt. Unsere Finanzverwaltung muß so schnell wie möglich auf einen guten Stand gebracht werden. Die Steuerbeamten müssen geschult werden. Die Betriebe müssen überprüft werden. Die Strafbestimmungen müssen mit Härte und in jedem Falle durchgeführt werden. Die Finanzverwaltung, auch der Demokratie, darf sich nicht durch Schwäche, sondern erst recht durch Härte auszeichnen. Ich bin überzeugt, daß die maßgebenden Instanzen der Partel, auch im Wirtschaftsrat, sich meiner Darlegungen nicht verschließen werden. Der Wirtschaftspolitiker hat die Aufgabe, nicht nur das, was ist, richtig zu sehen, sondern auch zu erfühlen, was kommt. Gerade wenn wir das Problem endgültig lösen wollen, können und müssen wir die von mir vorgebrachten Gedankengunge in die Lösung hineinarbeiten. Ich bin überzeugt, daß viele der Genossen meine Auffassung zum Lastenausgleich tellen. Noch mehr aber bin ich davon überzeugt, daß dies bei der überwältigenden Mehrheit unserer Wähler der Fall ist.

Walter Damm, Pinnebeng: Bei der Erörterung der sozialen Neuordnung kann ich nicht umhin, auf die Leidtragenden der sozialen Umwälzung einzugehen und unsere Arbeit einer Kritik zu unterziehen. Kurt Schumacher erklärte, die Sache der Flüchtlinge ist die Sache der Sozialdemokratischen Partel. Was ist selt Nürnberg auf diesem Gebiet geschehen? Unter unseren Augen vollzieht sich ein Strukturwandel, auf den wir keinen Einfluß oder nur einen gewissen Einfluß genommen haben. Die Revolutionierung der Helmatlosen und Besitzlosen schreitet vorwärts und wird nicht von uns zum Positiven geführt, sondern gerüt in die Hände von Nationalisten, Militaristen und Reaktionären. Die Folgen sind Hungerstreiks, Tumulte, die ersten Anzeichen, die noch weitere Folgen haben können. Die Flüchtlingspolitik ist in die Hände der Verwaltung geraten. Das liegt nicht an der Verwaltung, sie ist eingesetzt zu ordnen. Das liegt daran, daß man entweder nicht die Zeit hatte, sich dem Flüchtlingsproblem zuzuwenden, oder daß man die Probleme nicht erkannt hat. Die Verwaltung soll ordnen. Die Verwaltung sieht das Problem der Flüchtlinge unter dem Gesichtspunkt der Hilfsbedürftigkeit. Wir haben dieses Problem anders zu sehen und von einer anderen Seite anzufassen. Es muß endlich einmal aufhören, beim Flüchtling nur von einem Wohlfahrtsempfänger zu sprechen. Die Masse dieser gesellschaftlichen Schicht muß zu einem Sturmblock des sozialen Neuaufbaus gemacht werden. Der Anfang sozialistischer Flüchtlingspolitik liegt in den Gemeinden, in den Familien und in der Frage zu dieser Einheit. Dabei kann die augenblickliche Wohnungsnot kein Hindernis sein.

Als Flüchtlingsminister von Schleswig-Holstein kenne ich die Schwierigkeiten von Unterbringung von Flüchtlingen sehr genau. Trotzdem sind wir dazu übergegangen, mit allen Mitteln die Familien zusammenzuführen, auch wenn es im Gebäude knirscht, auch wenn Bürgermeister, Landräte oder sonstige Stellen diesen Weg nicht sehr freudig mitgehen. Die Verwaltungen in verschiedenen Ländern haben Erlasse herausgebracht, die die Familienzusammenführung hindern. Schwer hat sich die sogenannte vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung ausgewirkt. In den Ländern, in denen man eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung bekommt, kann der Flüchtling seine Arbeitskraft zur Ausbeutung hingeben, sobald die Arbeitsmöglichkeit vorbei ist, zieht er seiner Wege. Er kann nicht zu seiner Familie zurückkehren, sondern bevölkert die Landstraßen. Noch heute bevölkern in Deutschland Tausende und aber Tausende von Frauen und Kindern die Landstraßen (Hört, hörtl). Wir haben es nicht fertig gebracht, diese Menschen seßhaft zu machen, ihnen eine Heimstätte zu geben. Der vorübergehende Aufenthalt drückt die ehemalige seßhafte Bevölkerung herunter zu Wanderarbeitern, die niemals eine Heimat bekommen können, wenn die gesamte Flüchtlingspolitik, auch der Partei, nicht einschwenkt, um diese Schwierigkeiten nun endlich einmal zu regeln. Bürgermeister, Landräte, Regierungspräsidenten, Minister, ja, sogar Ministerpräsidenten haben verschiedene Anschauungen über diese Dinge oder gar keine Anschauungen. (Beifall.) Sie entscheiden nicht aus eigener Initiative, sondern lassen sich vielmehr von ihren Verwaltungen informieren, um dann Entscheidungen zu fällen. Damit kann die Partei ihre Arbeit nicht erfüllen. Wir erwarten vom neuen Vorstand, daß er die Führung in der Flüchtlingspolitik in die Hand nimmt und eine Koordinierung der gesamten Flüchtlingspolitik innerhalb der Partei und außerhalb der Partei anstrebt. Wir erwarten, daß sich die Partei einsetzt für eine Zentrale für das Flüchtlingswesen und daß von dieser Stelle aus auch die Regelung der Kriegsfolgelasten und damit der Flüchtlingslasten übernommen werden, um damit auch diejenigen Länder zu entlasten, die vorsucht haben, bisher aus eigenen Mitteln dieses Problem zu lösen. Wir bitten deswegen, den nächsten Punkt der Tagesordnung, Antrag 53, anzunehmen, um schon hiermit eine Richtlinie für die Arbeit zu geben, um in letzter Minute das negative Problem zu einer positiven Lösung zu bringen.

## Vorsitzender Gnoß erteilt das Wort sodann

Erich Arp, Kiel: Zur Wirtschaftspolitik gehört die Agrarpolitik. Seit langer Zeit ist diese ein Stiefkind der sozialistischen Politik. Ich bitte Sie, den Antrag 41 des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein anzunehmen und nicht etwa den weitergehenden Antrag Hamburg-Nordwest. Die Agrarpolitik stand nur ganz am Rande der Diskussionen des Parteitages. Wir sind der Meinung, daß wir mit einer sozialistischen Agrarpolitik, insbesondere mit einer Bodenreform, trotz aller Hemmnisse seitens der Besatzungsmächte, seitens der deutschen Reaktion und eigener Unklarheiten in unseren Reihen doch noch cher zum Zuge kommen, als mit der Frage der Sozialisierung der Industrie, des Kreditwesens usw., well auf diesem Gebiete die Interessen der hinter den Besatzungsmächten stehenden privatkapitalistischen Kreise des Auslandes uns nicht so entscheidend entgegenstehen.

Die Ernährungslage heute hat sich etwas gebessert dank der vorübergehenden Obst- und Gemüseschwemme. Ich möchte warnen, diese vorübergehende Besserung zu überschätzen. Im Augenblick bricht z. B. die deutsche Getreidewirtschaft zusammen, weil die Erfassung nicht funktioniert. Die Bewirtschaftung des Saatgetreides ist aufgehoben worden, und über dieses Loch in der Bewirtschaftung wandert das Getreide in den Hühnerstall oder in die Konditorei. Ich fürchte, daß nach sieben, nicht einmal sehr fetten Monaten nach der Währungsreform an jenem Höhepunkt, wenn auch sonst soziale Spannungen mit steigender Arbeitslosigkeit sich auffürmen, wir gerade sieben sehr mageren Wochen wieder in der deutschen Ernährung entgegengehen. Im letzten Jahr verstand das liberalistische Regime in

Frankfurt nicht, den Mangel zu organisieren, weder bei den Kartoffein, die zu Tausenden von Zentnern schlecht werden, verrottet sind, noch jetzt bei der zusammenbrechenden oder stark gefährdeten Getreidebewirtschaftung. Die Agrarpolitik wird in der nächsten Zeit ein Schlüssel zur europäischen Wirtschaftspolitik überhaupt sein, und sie wird auch in Deutschland eine zunehmende Bedeutung haben. Es kommt für uns darauf an, aus eigener Kraft die Intensivierung unserer Landwirtschaft so voranzutreiben, daß eine technisch mögliche Produktionsstelgerung um 50 % in wenigen Jahren gegenüber dem heutigen Tiefstand erreicht wird. Es gibt sonst keinen anderen Weg für uns, um nachhaltig dem zweiten Monopol neben dem Dollarmonopol, nämlich dem Getreidemonopol, entgegenzutreten, das nicht nur gegen eine besiegte Nation wie Deutschland, das auch gegen andere Länder mit aller Schärfe gehandhabt wird.

Wir haben uns noch viel klarer als bisher gerade agrarpolitisch in bezug auf die Betriebsgrößenfrage auseinanderzusetzen. Wir Sozialdemokraten sind uns nach meiner Auffassung noch nicht einig genug, z. B. in der Frage der Bodenbesitzreform. Wir Schleswig-Holsteiner wollen die Bodenbesitzreform durch Aufsiedlung der Großbetrlebe. So lautet unser Antrag, damit der Boden als frei vererbliches Eigentum in die Hand derjenigen gegeben wird, die ihn bearbeiten. Weitere Telle unserer Partei wollen aber Großbetriebe als solche erhalten und in mehr oder minder kollektiver Form bewirtschaften. Ich erinnere nur an die weltverbreitete, gerade von Sozialdemokraten doch zu verantwortende Bodenreformbroschüre der Gewerkschaften, die unter Verantwortung sozialdemokratischer Landarbeiterfunktionäre herausgegeben und sehr weit verbreitet wurde, wobel man so weit ging, daß man die Großgrundbesitzer sogar als Miteigentümer unter gewissen Voraussetzungen zulassen wollte. Wir aus unserer schleswig-holsteinischen Ecke sind vielleicht in der Legislative etwas weiter gekommen, praktisch sind wir nicht weiter gekommen, weil — hier möchte ich eine Bitte an die englischen Genossen anknüpfen —, weil z. B. die englische Labour Party zuviel Tories nach Deutschland schickt (Beifall) und weil diese Tories, zumeist als Militärs, aus diesen Großgrundbesitzerschichten stammen und nun seit Jahren eine Schwierigkeit nach der anderen vor uns auffürmen, die wir bisher nicht überwinden konnten. Wenn hier eine Bitte ausgesprochen werden darf, dann ist es die: Sendet uns weniger dieser Soldaten und mehr Politiker, möglichst Labourleute! (Beifall.) Die Auffassung, daß wir eine Bodenbesitzresorm durch Aussiedlung wollen, zeigt, daß wir den Marxismus wirklich nur als Denkmethode und nicht als Dogma im Kautskyschen Sinne vertreten. Es ist, um ein Bild des Genossen Zorn zu Ende zu führen. die technische Entwicklung nach der Zeit Kautskys so fortgeschritten, daß nicht mehr dem Großbetrieb die Lokomobile, der Dampfpflug vorbehalten sind, sondern die technische Entwicklung der Kleinmaschinen und des Benzinmotors es uns gerechtfertigt erscheinen läßt, aus wirtschaftlichen Gründen den bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb zu fördern, der technisch die gleiche Möglichkeit hat für das, was wir brauchen, insbesondere Hackfrüchte und Intensivveredelungskulturen. haben die Bodenbesitzreform in Schleswig-Holstein in der Richtung vertreten, daß wir nicht die Sowchose, den Staatsbetrieb, nicht die Kolchose wollen, sondern das Land in die Hände von Flüchtlingen, Landarbeitern und Neubauern legen wollen, aus wirtschaftlichen Gründen, weil eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht gefährdet wird durch dieses frei vererbliche Eigentum des gut wirtschaftenden Bauern, und aus politischen Gründen aus der sozialpolitischen Erkenntnis, daß es eine Freiheit und deren Sicherung in einer Demokratie nicht geben kann, wenn in ciner Gesellschaftsordnung nicht vorher die ökonomischen Machtpositionen, nicht nur der Industrie- und Finanzkapitalisten, sondern auch der Großlandbesitzer gebrochen werden. Deshalb fordern wir aus wirtschaftlichen und politischen Gründen diese Aufsiedlung, und um endgültig hier eine Meinung der Partei wenigstens in diesem Teilproblem festzulegen, bitten wir Sie um Zustimmung zu dem Antrag Nr. 41. Aus dieser Interessengemeinschaft von Arbeiterbewegung und Bauern mit den Neubauern wird dann auch das Problem der Sicherung der Demokratie seinen Fortgang nehmen können. (Beifall.)

Genosse Gnoß: Zur Geschäftsordnung hat sich Genosse Schröder gemeldet.

Hans Schröder, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Wir haben noch eine Reihe von Anträgen zu verabschieden. Ich glaube deshalb, daß es an der Zeit ist, mit der Debatte abzuschließen. Ich kann mir nicht denken, daß noch besonders wesentliche Gesichtspunkte aufkommen können. Ich stelle deshalb den Antrag auf Schluß der Debatte, damit wir die Anträge auch noch ordnungsmäßig verabschieden können.

Vorsitzender Gnoß: Wünscht jemand gegen den Schlußantrag zu sprechen? (Zuruf: Wieviel Redner sind noch eingetragen?) Eingetragen sind noch sieben Redner. (Zuruf: Welche?) Wenn damit die Abstimmung beeinflußt werden kann, will ich sie verlesen. (Verliest die sieben Namen.)

Es ist ordnungsmäßig der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Es wollte niemand dagegen sprechen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer für Annahme des Antrags auf Schluß der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich dankel Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Diskussion über Punkt 4 und 5 der Tagesordnung beendet. Das Schlußwort hat nunmehr Genosse Kriedemann.

Herbert Kriedemann, Frankfurt a. M.: Genossinnen und Genossen! Ich darf mich auf ein paar Bemerkungen zu einigen der Dinge beschränken, die hier in der Diskussion vorgebracht worden sind. Ich möchte mit den Ausführungen des Genossen Arp zur Agrarpolitik anfangen. Auch ich bin der Meinung, es wäre auf dem Gebiete der Agrarpolitik noch sehr viel zu tun. Ich habe schon auf dem Parteitag in Nürnberg daran erinnert, daß wir hier vor allen Dingen eine ganze Menge nachzuholen haben. Wir bemühen uns nach Kräften darum, und es darf gesagt werden, daß eine Relhe von ausgezeichneten und erfahrenen Genossen ununterbrochen auf diesem Gebiete an der Arbeit ist. Wir haben erst vor ungefähr zehn Tagen die Debatte über die Vorbereitungen eines sozialdemokratischen Agrarprogramms wieder ein Stück weiter nach vorn gebracht. Wir hoffen, daß wir recht bald in der Lage sein werden, eine Diskussionsgrundlage der Partei vorzulegen. Aus der Arbeit des agrarpolitischen Ausschusses - der besteht aus den Vertretern der Bezirke, dessen Mitglieder alle dadurch legitimiert sind, daß sie von ihren Bezirksorganisationen für diese Arbeit benannt worden sind - ist u. a. auch das entstanden, was hier im Hamburger Antrag behandelt wird. Ich glaube nicht, daß es in vollem Umfang zutrifft, wenn Genosse Arp sagt, daß diese Richtlinien für die Bodenreform nur wenig bekanntgeworden sind. Sie haben bereits auf dem vorigen Parteitag vorgelegen, und es scheint mir für die Richtlinien zu sprechen, wenn von Hamburg aus jetzt der Vorschlag gemacht wird, diese Richtlinien hier offiziell anzuerkennen. Die Genossen, die an dieser Frage gearbeitet haben, sehen keine Veranlassung, an seinerzeit erarbeiteten Richtlinien irgendwelche Veränderungen vorzunehmen. Ich darf insbesondere darauf hinweisen, daß das, was im schleswig-holsteinischen Antrag gefordert wird, in einem Punkt. bezüglich der Verwendung des Landes, das durch die Bodenreform frei wird, zur Schaffung selbständiger Existenzen, hier in diesen Richtlinien ausdrücklich festgelegt ist. Wir haben gar keinen Zweifel daran gelassen, daß nach sozialdemokratischer Auffassung das Ziel der Bodenreform die Schaffung neuer, selbständiger bäuerlicher Existenzen sein muß. Wir haben in diesen Richtlinien ebenso klar zum Ausdruck gebracht, daß wir der Meinung sind, die bäuerlichen Betriebe mitssen zum frei veräußerlichen und vererbbaren Eigentum derjenigen werden, die diese Beirlebe auch bearbeiten.

Als einer von denen, die an diesen Diskussionen mitgewirkt haben, will ich mit aller Deutlichkeit sagen: Ich halte es erstens nicht für gerechtfertigt und zweitens für sehr gefährlich, wenn durch die Ausführungen des Genossen Arp in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, als wäre maßgeblich oder auch

nur zahlenmäßig wichtige sozialdemokratische Kreise der Auffessung, zu einer kollektiven Landwirtschaft zu kommen. Der Gesetzentwurf für die Bodenreform. so wie er hier vorliegt, sagt das genaue Gegentell. Es ist dies nicht innerhalb unserer Verantwortung, wenn z. B. in Broschüren der Gewerkschaften unter dem Einfluß der Landarbeitergewerkschaften — und da ist es auch ein Einfluß, der einem Manne zugewiesen werden kann - ein anderer Standpunkt vertreten wird. Uber die Meinung der Sozialdemokraten kann es überhaupt kein Mißverständnis geben. Ich sehe mich veranlaßt, das mit einem solchen Nachdruck noch einmal zu wiederholen, weil uns das gerade noch fehlen würde zu unseren Schwierigkeiten, daß die Gegner unter Beziehung auf eine solche Bemerkung auf dem Parteitag altes Gewäsch wiederaufnehmen könnten, wir, die Sozialdemokraten wollen die Kollektivierung der Landwirtschaft. Was bei der Bodenreform notwendig ist, ist, Maßnahmen zu erwägen für solche Betriebe, die aus ganz bestimmten Gründen nicht aufgeteilt werden können. Auch der Genosse Arp wird nicht der Meinung sein, daß man jeden Großbetrieb aufteilen kann. Das wäre ungefähr das, was man in der Ostzone sinnloserweise gemacht hat. Daß man für solche Fälle sich auch Gedanken machen muß, auch Wege finden muß und nicht sagen kann: Was nicht aufgeteilt werden kann, muß dem Herrn Rittergutsbesitzer zur weiteren Nutzung überlassen bleiben, ist klar. Das hat aber nichts mit irgendwelchen kollektiven Vorstellungen zu tun. Wir haben gerade oft genug gesagt, daß wir in dem Privateigentum in Form des Arbeitseigentums keinerlei Gefährdung sozialistischer Wirtschaftsgestaltung sehen, und haben das hier in bezug auf die Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Bodenreform eindeutig festgestellt. Angesichts der sehr unbefriedigenden Entwicklung, die die Bodenreform in Deutschland genommen hat, wobei es dahingestellt sein kann, ob die Widerstände mehr von außen her, hinter den Besatzungsmächten stehend, kommen oder von den Kräften, die hier in Deutschland reaktionäre Politik betreiben, würde ich es für sehr wesentlich halten, wenn durch einen Beschluß des Parteltages im Sinne des Hamburger Antrags allen Sozialdemokraten, die sich in den Parlamenten mit dieser Frage befassen, noch einmal diese gründlich erarbeiteten und logischen sozialdemokratischen Richtlinien nachdrücklichst als Richtlinien in das Gedächtnis zurückgerufen würden. In breiten Teilen unseres Gebietes ist von Bodenreform bisher noch nicht die Rede gewesen. Ich bin der Meinung, wir müssen das immer wieder aufnehmen, ohne deswegen die Sozialisierung in der gewerblichen Wirtschaft auf die zweite Reihe zu schieben, und es wäre die Annahme des Hamburger Antrags außerordentlich erwünscht. Ich brauche gar nichts gegen den Antrag von Schleswig-Holstein zu sagen; in einem Teil deckt er sich mit einer ausdrücklichen Feststellung der Richtlinien, und was den zweiten Teil angeht, wo gefordert wird, daß mit den Flüchtlingen gleichberechtigt auch die dafür in Frage kommenden Einheimischen sind - wenn ich den Ausdruck erlauben soll -, entspricht das in vollem Umfang unseren Vorstellungen. Es kann auch der Schleswig-Holsteiner Antrag dazu angenommen werden.

Das zur Frage der Bodenreform und der Agrarpolitik. Es hat auch unser Bedauern immer wieder hervorgerufen, daß der Wirtschaftsrat nicht zuständig ist für Fragen der Sozialisierung, ebenso wie er leider nicht zuständig ist für Fragen der Bodenroform, ganz abgesehen davon, daß die heutige Mehrheit im Wirtschaftsrat den Sozialisierungsfragen und den Fragen der Bodenroform keineswegs eine

bessere Plattform bietet als sehr viele Länderparlamente.

Ich habe gestern in meinem Bericht darauf hingewiesen, welches Stückwerk im Augenblick in dem Gesetz über die Schaffung von Wirtschaftsstellen unternommen worden ist und daß es uns gelungen ist, unsere Grundsätze im vollen Umfang zur Geltung zu bringen durch die paritälische Einschaltung der Gewerkschaften. Daß wir darüber hinaus an unserer Forderung nach Schaffung von echten Wirtschaftskammern unter paritätischer Beteiligung der Gewerkschaften festhalten, ist eine Selbstverständlichkeit, und ich hoffe, daß demnächst in Bonn die Grundlagen für eine solche demokratische Wirtschaftsverfassung unzweideutig geschaften werden. Darüber hinaus ist eine Reihe von Ausführungen zur Frage des Lastenausgleichs

gemacht worden. Genosse von Knöringen hat als Grundlage heute morgen, als Grundpfeiler sozialdemokratischer Arbeit, eine gründliche interne Vorbereitung gewünscht, ehe man damit an die Öffentlichkeit geht.

Das, glaube ich, kann für die Arbeiten am Lastenausgleich als erfüllt angezehen werden. Auf Grund von eingehenden Überlegungen solcher Genossen, die für sich sachverständig politische Urteilsfähigkeit beanspruchen können, haben wir diese Beratungen in einen Kreis hineinverlegt, und einmal muß man ja damit anfangen, die Dinge in der Partei zu diskutieren. Wir haben zu diesem Zweck die Bezirke und alle Landtagsfraktionen aufgefordert, die Frau oder den Mann zu schicken, die in ihrem Bereich für diese Dinge als sachverständig erachtet werden, weil es uns vom ersten Augenblick an darauf ankam, die Dinge auch in einem Kreis zu diskutieren, der klein genug ist, um arbeitsfähig zu bleiben, aber noch groß genug, um auch reprüsentativ zu sein. Wir haben dann selbstverständlich die Flüchtlingsorganisationen, die Sozialpolitiker der Partei und die Genossen aus dem Wirtschaftsrat, die in Fragen des Finanzwesens, der Sozialpolitik, der Wirtschaft usw. zuständig sind, um ihre Beteiligung gebeten und erfreulicherweise ist diesem Wunsch entsprochen worden. Mehr als einmal sind alle Beteiligten darum gebeten worden, sich von einer öffentlichen Stellungnahme fernzuhalten, bis es gelungen sein würde, demnächst in den großen Grundsätzen einen einheitlichen sozialdemokratischen Standpunkt erarbeitet zu haben, weil wir nämlich schon früher, z. B. in der Frage der Bodenreform, erfahren haben, daß der eine oder andere da vorgeprellt ist, der die Meinung der Genossen erfahren und sich mit ihr auseinandersetzte, was willkommene Angriffspunkte bietet, auf die unsere Gegner warten. Anders, wenn etwas unter uns ausdiskutiert und zu den Akten gelegt ist, aber als sozialdemokratischer Standpunkt, auf Grund von verfrühten Veröffentlichungen einzelner Genossen, immer wieder zitiert worden kann, dann entstehen dadurch für unsere Arbeit Schwicrigkeiten, auf die wir angesichts der ohnehin schon vorhandenen Schwierigkeiten gern verzichten können. Was dem Parieitag jetzt als Richtlinien vorliegt, ist längst nicht alles, was bis zu einem gewissen Grade in diesem Kreise und zahlreichen Einzelberatungen festgestellt worden ist. Wir haben uns ausdrücklich davor gehütet, so sehr ins Detail zu gehen. Ich glaube nicht, daß es angesichts der Abänderungsanträge und der heutigen Diskussion möglich sein wird, vom Parteitag eine Zustimmung zu diesen Richtlinien zu erbitten. Ich bedauere das, denn für die Fortführung unserer Arbeit — und diese Arbeit ist noch lange nicht abgeschlossen — wäre eine solche Zustimmung des Parteitages zu diesen Grundsätzen sehr wesentlich gewesen. Ich kann es mir also versagen, auf den Lastenausgleich und auf diesen Vorschlag einzugehen.

Ich will mir eine Bemerkung gestatten. Wir haben es für sozialdemokratische Pflicht gehalten, an diese Dinge ganz nüchtern heranzugehen. Ich kann Ihnen sagen, wenn man sich in die Unterlagen genügend vertleft und erst einmal weiß, wie groß der Personenkreis ist, der arbeitsunfähig ist und über eigene Existenzmittel nicht mehr verfügt und dem nun unmittelbar geholfen werden muß, dann verliert die Überlegung, in welchem Umfange und in welcher Relation man die Vermögensverluste wieder herstellen kann, wesentlich an Bedeutung. Keiner von uns wird übersehen, wieviel Kleinsparer, wieviel kleine Vermögensbesitzer æsshädigt worden sind. Aber es wird ja hoffentlich auch keiner von uns überschen, daß es außer denjenigen, die ein Sparbuch besitzen, auch noch eine ganze Menge gibt, die keins besitzen und für die wir uns verantwortlich zu fühlen haben. Wir stehen doch nicht auf dem Standpunkt, daß die Lebenstüchtigkeit eines Menschen durch den Besitz eines Sparbuches oder kleinen Vermögens ausgewiesen wird. Wir wollen unter gar keinen Umständen etwas versprechen, was wir für nicht durchführbar halten und an dessen Durchführung wir uns nicht selber heranmachen möchten. Davon haben wir uns bei unseren Überlegungen und unseren Formulierungen im Wesentlichen und im Entscheidenden leiten lassen. Wir erleben von gewissen Seiten immer noch, daß so nachträglich Wert darauf gelegt wird, erst einmal festzustellen, was überhaupt verlorengegangen ist von

wegen der Gerechtigkeit. Einer von unseren Mitarbeitern hat auf die große Gefahr hingewiesen, daß dem Lastenausgleich dasselbe Schicksal droht, wie etwa der Entnazifizierung. Wenn man die Sache nämlich zu genau macht, dann verläuft sie sich möglicherweise eines schönen Tages im Sande, und eine Reihe von Leuten, die außerhalb unserer Partei so großen Wert darauf legen, daß erst jeder einmal in aller Ruhe seinen Verlust aufschreibt und geprüft wird usw., die stehen bei uns in dem Verdacht, daß das sozusagen ihre letzte Hoffnung ist zur Rettung ihres Venmögens, daß sich der Lastenausgleich irgendwie im Sande verläuft. Ich bin auch Optimist, ich weiß aber nicht, ob man den Optimismus so weit treiben darf, anzunehmen, daß die Finanzminister in den nächsten Jahren im Geld schwimmen würden. Ich darf noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der uns in der Lastenausgleichsdebatte sehr wesentlich zu sein scheint. Der Lastenausgleich liegt nicht nur im Interesse der Geschädigten, er liegt in unser aller Interesse, im Interesse aller arbeitenden Menschen. Wir sollen uns jedoch hüten, in der Regelung des Lastenausgleiches nach der einen Seite hin so großzügig zu sein, daß wir nach der anderen Seite hin jede Bewegungsmöglichkeit verlieren. Wir haben ja über den Lastenausgleich hinaus auch noch einige Aufgaben zu lösen. Wir sind doch wohl alle miteinander nicht bereit, trotz der Tatsache, daß durch diesen verlorenen Krieg das deutsche Lebensniveau für alle sinken wird, zu verzichten auf die soziale Besserstellung im allgemeinen, auf so etwas wie Schulgeldfreiheit, Verbesserung der sozialen Fürsorge usw. Die dafür benötigten Mittel dünfen dem Lastenausgleich nicht dadurch zum Opfer fallen, daß es einen wirksamen Lastenausgleich und eine Erfassung der Vermögen nicht gibt. Ich bin der Meinung, daß das Thema Lastenausgleich noch lange nicht erledigt ist. Es muß unter allen Umständen sowohl sofort mit einer Vorableistung der Vermögensbesitzer auf die Vermögensabgabe wie mit einer Vorableistung von Rentenzahlungen an die Geschädigten begonnen werden, weil man diese Menschen nicht einfach so lange warten lassen kann, bis die Gesetzgebung über diesen Komplex abgeschlossen ist. Ich bin freimütig genug, Ihnen zu sagen, daß ich bei der Eilbedürftigkeit dieser Gesetzgebung doch auch nicht übersehe, auf welch unglückliches Parkett diese Entscheidung in diesem Augenblick geschoben werden muß. Ein Lastenausgleich. im Stile des Sprunges ins kalte Wasser wäre doch nicht der richtige Lastenausgleich. Wir sollten uns nicht zuviel von der Güte unserer Argumente gegenüber den hartgesottenen Besitzverteidigern versprechen. Ich glaube, daß die Richtigkelt hier nicht durch die Fixigkeit in Gefahr gebracht werden darf. Es ist nach meiner Meinung fraglos, daß die Verabschiedung der Gesetze über den Lastenausgleich in einem direkt gewählten Parlament, besonders in einem Parlament, das unter dem Lastenausgleichprogramm gewählt wird, sehr viel besser aufgehoben ist. Wir haben die Arbeit am Lasienausgleich mit dieser Eile betrieben. weil wir dadurch, daß wir unsere konkreten Vorschläge auf den Tisch legen, die anderen zwingen wollen, auch ihrerseits Farbo zu bekennen, und wir möchten gern fragen: Wer bietet mehr?

Dr. Rudolf Zorn, München: Genossen und Genossinnen! Daß meine Ausführungen auf einige Kritik stoßen würden, das war mir klar. Ich wundere mich nur, daß Zweifel und Kritik nicht mehr und intensiver geltend gemacht worden sind. Eine besondere Freude war mir, daß ein alter Kämpe wie unser Genosse Wissell noch so jung und elastisch ist, um mit uns den Weg zu neuen Ufern zu gehen. Im übrigen hat er recht gehabt, wenn er die praktische Anwendung meiner Theorie auf die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart vermißt hat. Schuld an diesem Mangel bin nicht ich, sondern ist die Zeitnot, unter der der Parteitag steht. Im übrigen wird dieser Mangel durch die Drucklegung meines Referats beseitigt werden.

Die Diskussion hat wohl gezeigt, daß sämtliche Genossen mit mir die Spannungen, die Unklarheiten und das Dilemma unserer Partei empfinden. Das gibt uns allen die Hoffnung, mit diesen Unklarheiten fertig zu werden. Es ist wohl ein Zeichen der inneren Kraft unserer Partei, daß eine solche Debatte, wie wir sie geführt haben, in aller Öffentlichkeit geführt werden konnte. Ich bilde mir nicht ein, daß die Gedanken, die ich hier vor Ihnen entwickelt habe, der Weisheit letzter Schluß wären; sie sollen nur die Grundlage für eine ernsthafte Diskussion bilden. Die Dinge, die ich angeschnitten habe, müssen zweifelles gründlich durchdacht und in kleinem Kreise von Sachverständigen unserer Partei durchberaten werden; denn dann erst kann man sie zum Gegenstand der politischen Agitation machen.

Mit Recht hat Genosse Klingelhöfer auf die Notwendigkeit eines neuen Manifestes hingewiesen. Bekanntlich ist das Kommunistische Manifest hundert Jahre alt; es war, von seiner gewaltigen politischen Wirkung abgesehen, die Anwendung der philosophischen Auffassungen der Zeit auf die Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft. Unsere Erkenntnisse sind heute andere. Das ist auch der Grund, warum große Männer und bedeutende Werke sich einer jeden Zeit anders zeigen. Goethe zum Beispiel wurde um die Jahrhundertwende ganz anders ausgelegt und gedeutet als heute. Genau so ist es mit Karl Marx und dem Kommunistischen Manifest. Es ist daher an der Zeit, ein neues Manifest zu erlassen, ein sozialistisches Manifest, das unserem heutigen Lebensgefühl entspricht. Hoffen wir, daß unsere Programmkommission den Weg zu diesen neuen Ufern findet!

Genossen und Genossinnen! Die Sozialdemokratische Partei hat, wie ich Ihnen ausgeführt habe, die schwere Aufgabe, praktisch im Staat und in den Gemeinden zu arbeiten und gleichzeitig die Neuordnung der Zukrunft zu erkämpfen. Die Kommunisten haben es uns gegenüber leicht. Ihre hemmungslose Propaganda erhebt unerfüllbare Forderungen und verkündigt ein Zukrunftsbild ohne jede Rücksichtnahme auf die Gegenwart. Das, Genossen und Genossinnen, darf uns nicht entmutigen. Jede neue Ordnung wird unter Kämpfen und unter Schmerzen geboren. Es wird auch uns nichts geschenkt werden. Wir müssen und werden kämpfen gegen alle Widerstände von rechts und von links und auch gegen die Besatzungsmächte. Der Kampf, Genossen und Genossinnen, wird sich lohnen; denn er bringt uns die Freiheit und den Sozialismus und damit ein Leben, das zu leben wert ist. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Ich will mir Dankesworte ersparen; ich habe den Dank schon zum Ausdruck gebracht.

Wir kommen nunmehr zur Erledigung der Anträge, die zu Punkt 4 und 5 der

Tagesordnung eingegangen sind.

Bevor ich über die Anträge abstimmen lasse, möchte ich den Antrag des Genossen Nevermann über das Sozialprogramm, das Ihnen im Entwurf vorliegt, abstimmen lassen. Er lautet:

"Der Parteitag beschließt den vorliegenden Entwurf eines Sozialprogramms als sozialpolitische Richtlinie der SPD und beauftragt den Parteivorstand, ihn den Bezirken zuzuleiten."

Damit würde sich dann auch gleichzeitig die Diskussion in den Bezirken weiter in die Wege leiten lassen. Wer also für die Annahme des Antrags des Genossen Nevermann in bezug auf das Sozialprogramm ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich schlage nunmehr vor, daß wir zunächst über den Antrag 69 des Parteivorstandes abstimmen. Er lautet:

"Der Parteitag billigt die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates."

Wer für die Annahme dieses eben von mir noch einmal bekanntgegebenen Antrags Nr. 69 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Dieser Antrag ist gegen 13 Stimmen angenommen worden,

Um die Abstimmung zu erleichtern und überstüssige Abstimmungen zu vermeiden, schlage ich weiter vor, den Antrag 68 jetzt zur Abstimmung zu bringen,

weil dann eine Reihe von Anträgen dadurch erledigt wird. Ich ruse also den Antrag 68 zur Abstimmung auf. Wer für die Annahme dieser Entschließung ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Diese Entschließung ist einstimmig angenommen worden.

Damit ist nach meiner Meinung gleichzeitig der Antrag der Hamburger Genossen, Antrag 27, erledigt. Es sind weiter erledigt die Anträge 30, 31, 32, 33 und 34. Es sind alles Anträge, die sich mit dem Problem des Wirtschaftsrates beschäftigen. — Ich höre keinen Widerspruch.

Antrag 28 der Frankfurter Genossen ist eben durch eine schriftliche Erklärung zurückgezogen worden; er ist zu streichen und kommt nicht zur Abstimmung.

Antrag 29, Unterbezirk Duisburg-Wesel, wurde hier in der Diskussion begründet und steht jetzt zur Abstimmung. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung mit diesem Antrag ebenfalls beschäftigt und empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag 29. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Soweit von hier aus sichtbar, sind sechs Stimmen dafür. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Es kommt nunmehr zur Abstimmung der Antrag 76. (Er wird noch einmal verlesen.) Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es folgen nun noch die Abstimmungen über den Punkt 5 der Tagesordnung. Es handelt sich dabei um die Anträge 35, 36, 37, 38 und 74. Gleichzeitig standen dabei mit zur Verhandlung die Sozialistischen Grundsätze zum Lastenausgleich. Dazu lag ein Ergänzungsantrag vor, der unter Antrag 77 erschienen ist. Dieser Antrag ist Ihnen im Umdruck vorgelegt worden. Ich habe schon zu Beginn der Aussprache darauf hingewiesen, daß diese Grundsätze nicht zur Abstimmung stehen; sondern es sind Vorschläge, die dahin gehen, diese Grundsätze an den Parteivorstand zu überweisen und sie weiter zur Diskussion zu stellen, um dann nach diesen Grundsätzen die Arbeit für den Lastenausgleich weiterzuführen. Erhebt sich gegen dieses Versahren Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Grundsätze dem Parteivorstand und allen anderen beteiligten Stellen zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Der Antrag 74 beschäftigt sich mit Fragen des Wohnungsbaues; er wurde ebenfalls begründet. Der Antrag 37 und der Antrag 38 fordern vom Parteitag Beschlüsse und Maßnahmen des Parteivorstandes, um damit das Wohnungsproblem zur Diskussion zu stellen bzw. es zu lösen. Es wird vorgeschlagen, den Antrag 74 anzunehmen und damit gleichzeitig die Anträge 37 und 38 als erledigt zu betrachten. Wer also für die Annahme des Antrags 74 ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Offen bleibt jetzt noch der Antrag 35, der aber nach meiner Auffassung und nach Auffassung des Parteivorstandes durch die Grundsätze zum Lastenausgleich erledigt. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Dasselbe gilt auch für den Antrag 36, Unterbezirk Essen. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist auch dieser Antrag erledigt durch die Grundsätze zum Lastenausgleich,

Damit, Genossen und Genossinnen, sind die Anträge zu Punkt 4 und 5 der Tagesordnung erledigt worden und die Punkte selbst damit abgeschlossen.

Wir kommen nun noch zur Erledigung des Punktes 6, "Sonstige Anträge". Sie werden aus der Vorlage erschen, daß es dazu noch eine ganze Anzahl Anträge gibt, die hier nach folgendem Verfahren jetzt erledigt werden sollen: Soweit Begründungen zu geben sind, wird vorgeschlagen, einen Redner dafür und einen dagegen sprechen zu lassen. Dort, wo die Dinge klar sind und heute nicht erledigt werden können, sind sie nach Vorschlägen zu überweisen. Es ist gewünscht worden, daß zunächst einmal die Anträge zur Diskussion gestellt werden, die sich mit kulturpolitischen Fragen beschättigen. Zu diesem Zweck wird der Genosse Hennig einige Ausführungen machen.